

**Mutig.  
Modern.  
Menschlich.**

**Regierungsprogramm  
2008 bis 2013**

Beschlossen auf dem  
99. Landesparteitag der CDU Hessen  
am 3. November 2007 in Stadtallendorf

**CDU** HESSEN



**Mutig.  
Modern.  
Menschlich.**

**Regierungsprogramm  
2008 – 2013**

**Beschlossen auf dem  
99. Landesparteitag der CDU Hessen  
am 3. November 2007 in Stadtallendorf**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Mutig. Modern. Menschlich.</b>	<b>5</b>
<b>I. Gemeinsam leben in Hessen</b>	<b>9</b>
1. Der Mensch ist das Maß – Politik für alle Generationen	9
2. Gemeinsam aktiv – für eine lebendige Bürgergesellschaft	17
<b>II. Lernen und arbeiten in Hessen</b>	<b>22</b>
1. Qualifiziert. Verantwortungsvoll. Gerecht.	22
2. Innovativ. Visionär. Zukunftsgewandt.	38
3. Perspektiven geben. Arbeit schaffen.	43
<b>III. Unseren Wohlstand sichern</b>	<b>47</b>
1. Hessen – Land der Ideen	47
2. Kooperativ. Marktgerecht. Fair.	54
3. International denken. Regional handeln.	57
4. Klimafreundlich. Wirtschaftlich. Sicher.	62
<b>IV. Für einen starken Staat</b>	<b>66</b>
1. Freiheit in Sicherheit	66
2. Leistungsstark. Sicher. Konsequenz.	74
<b>V. Für einen schlanken und bürgernahen Staat</b>	<b>80</b>
1. Weniger Bürokratie – schnellere Entscheidungen	80
<b>VI. Solide Finanzpolitik</b>	<b>87</b>
1. Neuverschuldung beenden	87
2. Subventionsabbau – Förderprogramme auf den Prüfstand	89
3. Vorsorge für die Versorgungslasten der Landesbeamten	89
4. Länderfinanzausgleich reformieren	89

## **VII. Lebens- und liebenswertes Hessen \_\_\_\_\_ 91**

1. Umwelt erhalten. Natur bewahren. Tiere schützen. \_\_ 91
2. Traditionen bewahren. Kulturlandschaft pflegen. \_\_\_ 95
3. Sportland Hessen – ein Programm für alle \_\_\_\_\_ 99
4. Vorsorgen. Helfen. Unterstützen. \_\_\_\_\_ 102
5. Kunst und Kultur \_\_\_\_\_ 105
6. Tourismus \_\_\_\_\_ 107

## **VIII. Stark vor Ort \_\_\_\_\_ 109**

1. Kommunalpolitik vor neuen Herausforderungen \_\_ 109
2. Verlässlicher Partner der Kommunen \_\_\_\_\_ 109
3. Gemeinsamkeit macht stark \_\_\_\_\_ 109
4. Ballungsraum und Metropolregion Rhein-Main \_\_\_ 110
5. Kommunalfinanzen auf sicherer Grundlage \_\_\_\_\_ 111

## **IX. Starkes Hessen in Europa \_\_\_\_\_ 113**

1. Herausforderungen für Europa im 21. Jahrhundert \_ 113
2. Hessen – mitten in Europa \_\_\_\_\_ 113
3. Ein durch die Regionen geprägtes Europa \_\_\_\_\_ 113
4. Vertiefung vor Erweiterung \_\_\_\_\_ 114
5. Wir brauchen die innere Reform der EU \_\_\_\_\_ 115
6. Hessen gestaltet Europa – mit Ideen und Initiative \_ 116

**Mutig.  
Modern.  
Menschlich.**



***Für ein starkes Hessen:  
Wir halten Kurs!***

Hessen ist ein starkes Land. Menschen aller Generationen leben gerne hier und sind stolz auf ihre Leistungen. Dank unserer geografischen Lage im Herzen Europas, dank unserer hervorragenden Bildungseinrichtungen und vor allem dank des Engagements und der Bereitschaft der Menschen, aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitzuwirken, verfügen wir über großartige Potenziale. Das Erreichte ist jedoch kein Grund zum Ausruhen, denn Hessen steht, wie alle anderen Länder auch, vor großen Herausforderungen. Durch die demografische Entwicklung und die weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen wird sich unser Land auch in Zukunft weiter verändern müssen. In großen Schritten entwickelt sich Hessen zu einer Wissensgesellschaft und zu einem Zentrum Europas, in dem Menschen zusammenkommen, ihr Wissen austauschen und gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Die zentrale Frage lautet deshalb: Wie meistern wir die vor uns stehenden Herausforderungen im Interesse Hessens und seiner Menschen so, dass niemand auf dem Weg in eine sich weiter entwickelnde Gesellschaft zurückbleibt? Die Tatsache, dass 40 Prozent der in den letzten Jahren in unserem Bundesland geborenen Kinder aus Familien stammen, deren Wurzeln nicht in Hessen liegen, erfordert darüber hinaus weitere Anstrengungen im Bereich der Integration. Von allen Bürgern in Hessen erwarten wir dabei die Anerkennung unserer gemeinsamen Werte und Kultur, also letztendlich die Anerkennung dessen, was wir als „Leitkultur“ bezeichnen. Wir erwarten aber auch die gegenseitige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen.

Wir treten mit einem klaren Kurs an und sagen: Ja – wir wollen diese vielen Herausforderungen als Chance begreifen. Nicht klagen, sondern handeln. Nicht stehen bleiben, sondern mit Herz und Zuversicht unseren Weg gehen. In einer großen hessischen Gemeinschaftsleistung wollen wir auf der Grundlage der Entscheidungen und der Arbeit der letzten Jahre den Spitzenplatz Hessens in Deutschland ausbauen. Unsere Politik dient allen Menschen und setzt auf ihr Mit-tun. Wir brauchen alle: Frauen und Männer, Familien und Alleinstehende, Kinder und Jugendliche, erfahrene ältere

und neugierige junge Menschen, Menschen mit Behinderungen und Krankheiten, schwächere und starke Schüler, Arbeitnehmer und Unternehmer, Menschen ohne Arbeit und Existenzgründer, Sportbegeisterte wie Kulturinteressierte. Die CDU Hessen wird durch ihre Politik die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards weiter stärken.

Der Staat arbeitet nicht für sich. Der Staat gehört keiner Partei, sondern allen Bürgern. Deshalb lebt die hessische Gemeinschaftsleistung von der aktiven Mitgestaltung und Mitwirkung, vor allem auch von dem freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement unserer Bürger. Gerade deshalb darf der Staat nicht mit einem Übermaß an Vorschriften und Bürokratie im Weg stehen, wenn sich Menschen für unsere Kinder, unsere Sicherheit und für unser Gemeinwesen in Freiheit, persönlicher Verantwortung und Solidarität einbringen wollen.

### **Klare Alternativen**

Am 27. Januar 2008 stehen die Menschen vor zwei klaren Alternativen: für ein starkes Hessen oder für einen Rückschritt unter der Verantwortung eines Linksbündnisses. Dabei geht es um Grundsätzliches. Während das Linksbündnis auf Gleichmacherei und Bevormundung setzt, vertrauen wir auf die Kraft und die Verantwortung eines jeden Einzelnen. Das Linksbündnis bedeutet: keine Chance für die Entwicklung der Flughäfen, für den notwendigen Straßenbau, für moderne Forschung und für individuelle Bildung. Wir hingegen sind davon überzeugt, dass Hessens Reichtum und Stärke auch in Zukunft von einer gut ausgebauten Infrastruktur, moderner Forschung, preiswerter und umweltschonender Energie und vor allem von einer hohen Bildungsqualität abhängt. Kein Wähler Hessens kann sagen, dass alles sei ganz neu. Rot-Grün hat Hessen in den 90iger Jahren schwach gemacht. Es war und ist jahrelange Arbeit nötig, die Versäumnisse und Schäden dieser Zeit wieder zu beseitigen. Ein starkes Hessen verträgt deshalb kein Linksbündnis.

### **Versprochen – gehalten**

Schon 1999 sind wir mit klaren Versprechen angetreten und haben sie gehalten. Wir sind 2003 erneut mit klaren Versprechen vor die Bürger getreten, haben sie gehalten und dafür große Zustimmung der Bürger erfahren. Wir sind auch unbequeme Wege gegangen und haben die nach unserer Überzeugung notwendigen Entscheidungen durchgesetzt. Keine dieser Entscheidungen war einfach. Nie haben wir sie leichtfertig getroffen. Wir haben sie getroffen, um unsere



Zusagen einzuhalten und um den Auftrag der Wähler einzulösen. Wir sind ganz sicher: nur Mut und Durchsetzungsfähigkeit im Interesse der gemeinsamen Sache schaffen Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Nicht reden, sondern handeln: Das bleibt auch in Zukunft unsere Linie.

Seit 1999 haben wir auf diese Weise einen Modernisierungskurs eingeschlagen, der unser Land deutlich nach vorne gebracht hat. In vielen Bereichen sind wir mittlerweile bundesweit Vorreiter und haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Hessen wieder an der Spitze unter den deutschen Bundesländern steht. Dennoch: Das vor Ihnen liegende Programm zur Landtagswahl 2008 ist keine Bilanz mit den Erfolgen der Vergangenheit. Es ist ein Zukunftsprogramm für eine moderne und menschliche Politik in den nächsten fünf Jahren. Unser Dank gilt all denen, die an der Gestaltung des Programms und der Zukunft unseres Landes mitgewirkt haben.

### **Für ein starkes Hessen – mit Sicherheit, Bildung und Arbeitsplätzen**

Wie gewährleistet der Staat Sicherheit, verlässliche Bildung und stabile Arbeitsplätze? Zentrale Fragen der Landespolitik, auf die die Bürger in Hessen eine Antwort erwarten.

Wir haben den Menschen in Hessen das Vertrauen in ihre Sicherheit zurückgegeben: Heute verfügen wir über eine Polizei mit der modernsten Ausstattung wir haben die höchste Aufklärungsquote von Straftaten in der Geschichte unseres Landes und einen modernen, aber konsequenten Strafvollzug. In Hessen gilt: Opferschutz vor Täterschutz. Wir werden die funktionierenden Instrumente bei der Verbrechensbekämpfung halten und neue durchsetzen, weil wir für alle heutigen und zukünftigen Gefahren gewappnet sein müssen. Ohne Sicherheit ist unsere Freiheit gefährdet.

In der ersten Regierungsperiode haben wir die Bildung aus einem tiefen Tal rot-grüner Hinterlassenschaften herausgeholt. Bei der Sanierung der rot-grünen Altlasten haben wir 100.000 ausgefallene Unterrichtsstunden pro Woche beseitigt und zusätzliche Lehrer eingestellt. Schule findet wieder statt. 2003 haben wir eine Qualitätsoffensive gestartet, die die Vergleichbarkeit schulischer Bildung in den Mittelpunkt rückt und den Schulen mehr Selbständigkeit gibt. Unter diesen neuen Voraussetzungen kann jetzt der Schulalltag in mehr Eigenverantwortung gestaltet werden.

Hessens Wirtschaft boomt. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück, die Auftragslage der Unternehmen steigt. Den unter Rot-Grün verkümmerten Straßenbau haben wir wieder flott gemacht. An vielen Stellen wird gebaut und moderni-

siert. Nordhessen hat durch unsere Politik endlich eine klare Perspektive als innovativer Logistik-Standort in der Mitte Europas erhalten. Mittelhessen wird immer mehr zu einer beachteten Wissens- und Gesundheitsregion. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens kommt! Kein einziges Investitionsprojekt in Deutschland bringt so viele neue Arbeitsplätze, mit keinem anderen Projekt verbinden die Menschen weit über das Rhein-Main-Gebiet hinaus so hohe Erwartungen hinsichtlich der Sicherung ihrer Lebensperspektiven. Und es geht weiter: Hessen soll der europäische Magnet für Gründer, Investoren und Forscher werden. Das vor Ihnen liegende Programm ist auch in dieser Hinsicht das Programm für ein starkes Hessen.

### **Mutig. Modern. Menschlich.**

Unsere Politik dient den Menschen. Die verlässlichen Schulzeiten dienen den Kinder und Eltern. Die neuen Straßen dienen staugeplagten Berufstätigen und Mittelständlern, die Arbeitsplätze schaffen. Die neuen Hochschulinvestitionen dienen den Studierenden und ihren Berufsaussichten. Die neuen Methoden der Verbrechensbekämpfung dienen der Sicherheit der Bürger. Die verpflichtenden Deutschkurse dienen den Chancen ausländischer Mitbürger. Die Modernisierung der Kliniken in Mittelhessen dient der Versorgung der Patienten und der Sicherung der Arbeitsplätze auch in Zukunft. Die Investitionen in erneuerbare Energien dienen der Umwelt. Die Kulturinvestitionen dienen dem Tourismus und der Heimatpflege. Der Bildungs- und Erziehungsplan dient den Kindern beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Die neue Freiheit der Universität Darmstadt dient den innovativen Ideen kreativer Köpfe. Der Ausbau der Flughäfen schafft neue Arbeitsplätze. Der Einsatz für niedrige Strompreise dient Kunden und Verbrauchern. Die Sparbemühungen dienen der Lebens- und Gestaltungsfähigkeit künftiger Generationen.

Unsere Politik ist mutig. Beliebigkeit und das Festhalten an nicht mehr zeitgemäßen Strukturen überlassen wir anderen. Wir werden festhalten an Bewährtem und Zukunft auf Basis des christlichen Menschenbildes gestalten. Eine Politik, die Hessen nach vorne bringt und modernisiert, bringt immer auch Neues. Dabei ist Mut gefragt und nicht Angst vor Veränderung, denn Angst ist immer ein schlechter Ratgeber. Hessen muss auf diesem Modernisierungskurs bleiben und darf nicht zurückfallen.

**Dafür werden wir mit Ihrem Vertrauen weiter arbeiten.  
Für ein starkes Hessen. Wir halten Kurs!**

# I. Gemeinsam leben in Hessen

## 1. Der Mensch ist das Maß – Politik für alle Generationen

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Seine Würde und Freiheit zu wahren, seine Entfaltungsmöglichkeiten zu mehren und ihn in seiner Verantwortung für sich und andere ernst zu nehmen, ist die Leitlinie unserer Politik. Politik für die gesamte Gesellschaft bedeutet für uns, Chancen für alle zu eröffnen, die Leistungsfähigen zu stärken und den Schwachen zu helfen. Dabei setzen wir auf das Engagement jedes Einzelnen, auf Mitmenschlichkeit und Solidarität. Unser Ziel ist ein soziales und gleichberechtigtes Miteinander aller Generationen und Gruppen.

### **Politik aus christlicher Verantwortung**

Die CDU Hessen gestaltet Politik aus christlicher Verantwortung und vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes. Christlich-Demokratische Politik ist sich stets der Grenzen und Vorläufigkeiten menschlichen Handelns und politischen Gestaltens bewusst und weiß, dass es auf Voraussetzungen beruht, die der Mensch nicht selbst geschaffen hat und schaffen kann. Das bewahrt uns vor menschenfeindlichen Ideologien und mahnt immer wieder zu Bescheidenheit und Maß im politischen Diskurs. Auf dieser Grundlage engagieren sich Christinnen und Christen verschiedener Konfessionen gemeinsam mit Angehörigen anderer Religionen und Menschen ohne religiöse Bindung gemeinsam für ein menschliches, modernes und erfolgreiches Hessen.

### **Entlasten. Unterstützen. Fördern.**

#### ***Familienpolitik – ein Bekenntnis zur Zukunft***

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir müssen alles tun, um sie zu stärken. Die Familie ist die beste Grundlage und das beste Umfeld für Kinder, um zu lebensstüchtigen, verantwortungsbewussten Bürgern heranzuwachsen. Sie ist ein Ort generationenübergreifender Solidarität, der Geborgenheit vermittelt und in dem soziale Bindungsfähigkeit und gegenseitige Rücksichtnahme gelebt werden.

Die Entscheidung junger Menschen für das Zusammenleben als Familie ist zuallererst Privatsache. Staat und Gesellschaft sind jedoch auf die Leistungen von Familien angewiesen. Die Entscheidung von Paaren für Kinder entscheidet somit immer auch über die Zukunft unserer Gesellschaft. Das Bild der Familie hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Neue Realitäten erfordern neue Prioritäten.

Zentrale Aufgabe der Familienpolitik ist es daher,

- unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass jungen Paaren die Entscheidung für Familie und Kinder leichter gemacht wird
- Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familien ihr Leben so gestalten können, wie sie es selbst möchten.

Wir wollen die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter sowie die Qualität der Kinderbetreuung weiter verbessern und echte Wahlfreiheit eröffnen.

Deshalb werden wir:

- die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gemeinsam mit den Kommunen weiter bedarfsgerecht ausbauen und bis 2010 für mindestens 20 Prozent der Kinder, bis 2013 für mindestens 35 Prozent der Kinder einen Platz in einer Krabbelstube, bei einer Tagesmutter, in einer Krippe oder altersübergreifenden Gruppe bereitstellen
- uns weiterhin auf Bundesebene für die Einführung eines Betreuungsgeldes einsetzen
- die Wahlmöglichkeiten von Eltern in der Kinderbetreuung erweitern, indem wir durch verstärkte direkte Förderung der Eltern eine größere Betreuungsvielfalt ermöglichen – wir werden dazu einen Pilotversuch unternehmen, um den Einsatz von Betreuungsgutscheinen zu erproben
- Maßnahmen zur Förderung der Erziehungskompetenz von Eltern und Erziehern ergreifen, um die neuesten Erkenntnisse über frühkindliche Förderung optimal zu nutzen
- uns für die Einführung einer Kindergarteneingangsuntersuchung einsetzen
- die Tagespflegeangebote stärker mit den Kindertageseinrichtungen verknüpfen und die Qualitätssicherung in der Tagespflege weiterentwickeln
- Zertifizierung für besondere Qualitätsleistungen von Kindertagesstätten einführen
- schrittweise die Eltern vollständig von Kindergartengebühren befreien
- die Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen durch gezielte Förderanreize vorantreiben
- Modelle erproben, die die Kindergärten zu Familienzentren weiterentwickeln

Beim Ausbau schulischer Ganztagsangebote setzen wir auch künftig auf Freiwilligkeit, Qualität und Vielfalt. Das Eltern-

engagement und die Mitwirkung örtlicher Vereine, Kirchen und anderen Initiativen wollen wir dabei weiter stärken. Im Gegensatz zu Rot-Grün wollen wir keine Zwangsganztagschule.

In den kommenden fünf Jahren werden wir daher

- freiwillige Ganztagsangebote flächendeckend ausbauen. Diese Angebote sollen in der Regel durchgängig von 7.30 bis 17.00 Uhr bestehen- besonderes Augenmerk legen wir auf Grund-, Haupt- und Realschulen und hier vor allem auf eine noch stärkere Verbindung mit Ausbildungsbetrieben und Beruflichen Schulen
- bei der Gestaltung der Angebote für den Nachmittag insbesondere die Vereine, Kirchen und andere Einrichtungen intensiv einbeziehen
- bislang nebeneinander bestehende Hort-, Betreuungs- und Ganztagsangebote an Grundschulen in Absprache mit den Kommunen und weiteren Trägern soweit wie möglich zusammenführen
- Zertifizierungen für besondere Qualitätsleistungen von Ganztagsangeboten einführen.

Hessen soll noch kinder- und familienfreundlicher werden. Wir werden

- uns auf Bundesebene für die Erweiterung des Ehegatten-Splittings um eine Familienkomponente einsetzen
- im Bundesrat eine Initiative „Kinderlachen ist Zukunftsmusik“ zur Änderung der Bundesimmissionsschutzordnung einbringen, damit Geräusche, die Kinder verursachen, nicht mehr als Belästigung definiert werden und zu Spielverboten und Mietminderungen führen können.

## **Vorausschauend und generationengerecht.**

### ***Demografie ist Querschnittsaufgabe.***

Hessen hat die demografische Herausforderung angenommen und wird auch künftig politische Entscheidungen konsequent am Kriterium der Verantwortung für künftige Generationen ausrichten. Hessen hat unter der Führung der CDU bereits die entscheidenden Weichen gestellt, um einerseits die demografische Trendwende zu erreichen und andererseits durch zahlreiche Initiativen dieses Querschnittsthema offensiv ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Diese Position werden wir konsequent ausbauen.

Wir werden dazu:

- die Arbeit der zentralen Stabsstelle in der Staatskanzlei zur Koordinierung demografierelevanter Aspekte fortsetzen und dabei die Ergebnisse der Landtags-Enquete-Kommission aufgreifen
- die eingeleitete Strategie zur demografischen Trendwende auch in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern weiterentwickeln
- alle Förderprogramme des Landes daraufhin überprüfen, ob sie der Anforderung der demografischen Nachhaltigkeit gerecht werden und
- die breit angelegten Informationskampagnen für die hessischen Kommunen sowie entsprechende Modellprojekte fortführen.

### **Hoffnung braucht Träger.**

#### ***Politik für junge Menschen***

Politik für junge Menschen ist unter der CDU-geführten Landesregierung zu einer Erfolgsgeschichte geworden. Wir haben den Jugendlichen Perspektiven eröffnet und dort, wo es notwendig ist, Hilfestellungen gegeben.

#### **Fit machen. Fördern. Chancen eröffnen.**

Erziehung, Bildung, Ausbildung und Arbeit sind die entscheidenden Faktoren, um jungen Menschen Perspektiven zu bieten.

Politik für junge Menschen muss fördern, aber auch fordern. Junge Menschen sind die Leistungsträger von morgen. Deshalb haben wir Wege aufgezeigt, wie sich die Hoffnungsträger von morgen in die Gesellschaft einbringen können. Wir machen ihnen deutlich, dass jeder Einzelne Verantwortung für das Gemeinwohl trägt – für sich selbst, aber auch für andere.

Daher werden wir

- durch die Fortführung und Qualitätssteigerung der Ausbildungsprogramme auch jenen Jugendlichen eine Perspektive bieten, die mit einer weniger guten Ausgangsposition auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kommen
- uns weiterhin für eine ausreichende finanzielle und ideelle Unterstützung der Jugendarbeit einsetzen
- uns dafür einsetzen, dass das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr weiterhin angeboten werden und die dabei erbrachten Leistungen von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

## **Kinder vor Misshandlung und Verwahrlosung schützen**

Wir wollen verhindern, dass Kinder schutzlos Angriffen auf ihre seelische oder körperliche Unversehrtheit ausgesetzt sind. Häufig ist Überforderung ein Auslöser für Kindesmisshandlung.

Deshalb werden wir

- von Beginn an die Eltern in die Pflicht nehmen und in ein Netzwerk zum Schutz und zur Förderung der Kinder einbeziehen
- die Bündelung aller am Kinderschutz beteiligter Kräfte vorantreiben, um ein flächendeckendes Frühwarnsystem gegen Kindesmisshandlung und Verwahrlosung zu etablieren
- die bestehenden Projekte zur Fortbildung von Hebammen zu Familienhebammen landesweit flächendeckend ausbauen, um die werdenden Eltern vor allem aus Risikogruppen frühzeitig erreichen zu können
- ergänzend hierzu eine Initiative „Nachbarschaftshilfe nach der Geburt“ auf den Weg bringen
- das Gewaltpräventionsprojekt „Faustlos“ flächendeckend in das Programm aller hessischen Kindergärten integrieren, um frühzeitig der Gewaltbereitschaft unter Kindern vorzubeugen
- in Verhandlungen mit den Krankenkassen darauf drängen, die Früherkennungsuntersuchungen von Kindern in kürzeren Zeitabständen anzubieten, um das Schutzsystem engmaschiger zu gestalten.

## **Frauenpolitik als Selbstverständlichkeit**

### ***Vom Anspruch zur Wirklichkeit***

Frauen von heute sind an allen gesellschaftlichen Prozessen beteiligt. Sie sind hervorragend ausgebildet, hoch motiviert und machen von der Wahlmöglichkeit zwischen den verschiedenen Lebensmodellen Gebrauch. Das Ziel unserer Politik ist die dauerhafte und umfassende Durchsetzung und Sicherung von Chancengleichheit. Frauenpolitik bedeutet für uns auch, dass Frauen im Beruf gleiche Chancen haben wie Männer. Wir wollen zu einem partnerschaftlichen Miteinander von Mann und Frau beitragen und noch bestehende Benachteiligungen beseitigen. Wir unterstützen diesen Prozess – auch durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Daher werden wir

- uns dafür einsetzen, die berufliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern weiter zu verbessern
- dafür werben, dass die Chancengleichheit von Mann und Frau zentraler Bestandteil der Personalpolitik in den Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen wird
- uns dafür stark machen, die noch bestehenden Einkommensunterschiede von Frauen und Männern zu beseitigen und zum Beispiel mit einer Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hessische Vorbilder anerkennen und publik machen
- arbeitsmarktpolitische Initiativen ergreifen, die die Erwerbschancen von Frauen erhöhen
- insbesondere Existenzgründerinnen unterstützen, um mehr Frauen den Schritt in die Selbständigkeit zu ermöglichen
- für gleichberechtigte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt eintreten und in diesem Zusammenhang hier insbesondere die Teilzeitausbildung fördern
- Mentorinnennetzwerke weiter ausbauen
- wissenschaftliche Nachwuchskräfte an Universitäten besonders fördern und unterstützen, insbesondere das Modell „Studieren mit Kind“ ausbauen zum „Promovieren mit Kind“
- die Aktivitäten zum Schutz von Frauen und Mädchen vor häuslicher Gewalt fortsetzen
- in Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen die gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund vorantreiben
- weitere Initiativen ergreifen, um Verbrechen an Frauen wie Zwangsheirat, Zwangsverstümmelung und so genannte Ehrenmorde zu unterbinden.

## **Selbstbestimmt. Aktiv. Engagiert**

### ***Politik für ältere Menschen***

Menschen werden immer älter und fühlen sich dabei immer jünger. Sie sind länger körperlich und geistig aktiv, interessiert an Neuem und möchten am gesellschaftlichen Leben in jeder Form teilnehmen. In der Erfahrung dieser Menschen liegt ein großes Potenzial, das es zu nutzen gilt. Die mit der höheren Lebenserwartung verbundene veränderte Altersstruktur der Bevölkerung stellt die Gesellschaft aber auch vor neue Herausforderungen. Wir wollen die Anliegen der älteren Generation unterstützen, ihr Raum geben, sich wei-



terhin in die Entwicklung der Gesellschaft einzubringen und ihr Lebensumfeld selbstbestimmt zu organisieren.

Deshalb werden wir

- die Berufstätigkeit älterer Arbeitnehmer weiter fördern und Einstellungshindernisse beseitigen, denn am Arbeitsmarkt sind sie mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen unverzichtbar
- die Fort- und Weiterbildung älterer Arbeitnehmer verstärken und unterstützen
- den altersgerechten Wohnungsbau und -umbau weiter unterstützen
- neue Modelle des Zusammenlebens von Jung und Alt in Mehrgenerationenhäusern erproben und Seniorengenossenschaften fördern
- das betreute Wohnen in Wohnanlagen („Wohnen mit Service“) als Ergänzung zum Heim ebenso unterstützen wie die häusliche Pflege, die stationäre Pflege in Heimen und Wohngemeinschaften speziell für Demenzerkrankte
- die bedarfsgerechte Ausbildung im Bereich der Altenpflegekräfte fortführen
- im Bereich des Arbeitsschutzes und der Arbeitsmedizin weiterhin dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen den Bedürfnissen des Alters angepasst werden, um die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der älteren Arbeitnehmer zu erhalten
- den flächendeckenden Ausbau von Seniorenvertretungen positiv begleiten.

## **Zuwenden. Verstehen. Unterstützen.**

### ***Leben ohne Barrieren***

Selbständigkeit ist für jeden Menschen ein hohes Gut. Wir setzen alles daran, die dafür nötigen Rahmenbedingungen auch für Menschen mit Behinderungen auszubauen. Neben der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen haben wir in den letzten Jahren erreicht, dass die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im Öffentlichen Dienst in Hessen auf über 6 Prozent gestiegen ist. Hessen nimmt damit den absoluten Spitzenplatz bei der Beschäftigungsquote im Öffentlichen Dienst in Deutschland ein.

Wir werden deshalb

- die hessischen Schwerbehindertenprogramme fortführen, um Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz zu verschaffen

- die Maßnahmen der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben stärken, um eine behindertengerechte Beschäftigung zu ermöglichen
- Jugendliche mit Behinderung dabei unterstützen, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen
- das Landesblindengeldgesetz über 2009 hinaus verlängern
- ein Modellprojekt im Rahmen von „Galileo“ initiieren, bei dem Blinde das Navigationssystem als Orientierungshilfe auf Straßen und Plätzen testen können
- Studierenden mit Behinderung die Möglichkeit erweitern, erfolgreich einen Studienabschluss zu erwerben
- die Versorgungsstrukturen durch die Entwicklung von Wohn- und Betreuungsmodellen für ältere Menschen mit Behinderung ergänzen.

## **Das Leben schützen.**

### ***Vom Anfang bis zum Ende***

Der Schutz menschlichen Lebens ist für uns ein Grundpfeiler unserer christlich-humanen Gesellschaft. Wir setzen uns für den Lebensschutz in allen Phasen menschlichen Lebens vom Anfang bis zum Ende ein. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei Menschen in Lebensphasen besonderer Schutzbedürftigkeit: den Ungeborenen und den Sterbenskranken.

Wir wollen

- den Schutz des ungeborenen Lebens stärken und dafür insbesondere weitere Stiftungen für den Schutz ungeborener Kinder initiieren, um Abtreibungen aus finanziellen Notlagen zu verhindern
- eine Kampagne „Wir helfen kinderlosen Paaren“ starten, um das Thema Adoption stärker in das öffentliche Bewusstsein zu bringen und ungewollt Schwangere besser über die Möglichkeit der Freigabe des Kindes zu einer Adoption und eine geschützte Schwangerschaft zu informieren - hierzu gehört auch eine stärkere Aufklärung im Rahmen der Schwangerenkonfliktberatung
- über Adoptionsmöglichkeiten im Rahmen der Schwangerenkonfliktberatung
- uns für die Einführung einer bundesweit geschalteten Schwangerennotrufnummer einsetzen
- Bestrebungen, aktive Sterbehilfe zu erlauben, entschieden entgegenzutreten sowie eindeutige Rahmenbedingungen für die Patientenverfügung zu schaffen

- auf ein Verbot der geschäftsmäßigen Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung hinwirken
- die Arbeit der Hospizbewegung und den Ausbau der Palliativmedizin fördern
- die Forschung an adulten Stammzellen fördern, um Alternativen zur verbrauchenden Forschung an embryonalen Stammzellen zu stärken.

## **2. Gemeinsam aktiv – für eine lebendige Bürgergesellschaft**

**Sich einbringen. Zeit schenken. Gestalten.**

### ***Bürgergesellschaft braucht Engagement.***

Eine lebendige Demokratie baut auf aktive und engagierte Bürger. In Hessen hat dieses Engagement eine lange Tradition. Fast zwei Millionen Menschen engagieren sich freiwillig und ehrenamtlich, indem sie öffentliche und soziale Angelegenheiten nicht einfach Staat und Kommune überlassen, sondern in Eigenverantwortung übernehmen. Mit großem persönlichem Engagement setzen sie ihre Kraft ein, um anderen zu helfen, Gemeinschaft zu stiften und den Zusammenhalt zu fördern. Gleichzeitig erwerben sie soziale Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Kommunikationsstärke, interkulturelle Kompetenz oder Motivationsfähigkeit.

Wir wollen die Ehrenamtskultur in Hessen weiter festigen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass ehrenamtlich Tätige für ihre engagierte Arbeit stärker gewürdigt werden. Die Ehrenamtskarte bildet dabei ein zentrales Element und wird weiterentwickelt. Die durch das Ehrenamt erworbenen Kompetenzen sollen auch bei Einstellungen im Öffentlichen Dienst berücksichtigt werden. Wir wollen, dass sich auch junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund in noch größerem Maße für die Gemeinschaft einsetzen.

Unser Ziel ist es hierbei nicht, bezahlte Tätigkeiten durch das Ehrenamt zu ersetzen. Es geht vielmehr darum, eine Kultur des Ermöglichens auszubauen und ihren Bestand zu sichern, damit gute Ideen und beispielhafte Initiativen in Hessen nicht an bürokratischen Hindernissen oder finanziellen Engpässen scheitern müssen.

Dazu werden wir

- mit dem weiteren Ausbau des Modellprojekts „Engagementlotsen“ für ehrenamtlich tätige Menschen und solche, die es werden wollen, ein flächendeckendes Netzwerk aus Beratern und Wegbegleitern schaffen

- dafür sorgen, dass ehrenamtlich erworbene Qualifikationen mit einem beruflich nutzbaren Zertifikat abgeschlossen werden können
- bürokratische Hürden für Vereine beseitigen, insbesondere durch eine Beschleunigung der Verfahren zwischen Finanzämtern und Amtsgerichten
- eine erweiterte Anerkennung von steuerlichen Rücklagen für den ehrenamtlichen Bereich anstreben und die Übungsleiterpauschale erhöhen.

## **Fordern. Fördern. Einbinden.**

### ***Integration ist keine Einbahnstraße.***

Fast ein Viertel aller in Hessen lebenden Menschen weist einen Migrationshintergrund auf. Die Integration dieser Personengruppen bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben. Das erfordert die ständige Kooperation und den dauerhaften Dialog zwischen den in der Integrationspolitik engagierten Verbänden, Institutionen, Kirchen, religiösen Gemeinschaften, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Integration ist mehr als Koexistenz. Sie schafft vielmehr die Voraussetzung für ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft und fordert auf der Grundlage unseres Kultur- und Werteverständnisses große Anstrengungen von allen Beteiligten, an deren Ende das Gefühl der Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit stehen muss.

Integration braucht einen Standpunkt. Die für uns dabei unverzichtbaren Elemente der Leitkultur in Deutschland sind

- die Bejahung, Achtung und Verteidigung der Grundwerte unserer Verfassung, insbesondere unseres demokratischen rechtsstaatlichen Systems
- das klare Bekenntnis zu unserer durch gemeinsame Geschichte und Traditionen geprägten Gesellschaft
- das Einstehen für Gemeinwohl, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung
- die Übernahme von Eigenverantwortung
- die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung am Gemeinwesen
- und die Beherrschung der deutschen Sprache als unverzichtbare Voraussetzung für Kommunikation und Teilnahme am öffentlichen Leben.

Die Grundlagen für erfolgreiche Integrationspolitik in Hessen haben wir geschaffen. Wir wollen unsere Politik der nachhaltigen Integration weiter ausbauen, um die Stabilität unseres Landes zu sichern und den sozialen Frieden zu erhalten.

Deshalb werden wir

- die Förderung der deutschen Sprachkenntnisse weiter intensivieren und einfordern
- die Sprachfähigkeit von Kindern gezielt fördern. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung und zu gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb muss der Grundstein dafür so früh wie möglich gelegt werden - Sprachtests für Kindergartenkinder sollen helfen, Defizite rechtzeitig zu erkennen und auszugleichen
- die Qualifizierung von Erziehungs- und Lehrkräften auf die Realität einer stetig wachsenden Zahl von Kindern mit Zuwanderungshintergrund ausrichten
- die Ausbildung und Einstellung von Erziehern sowie Lehrkräften mit Migrationshintergrund fördern
- den Zuzug Hochqualifizierter fördern
- ein Netzwerk von Integrationslotsen für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Ausbildung organisieren. Sie sollen als Ansprechpartner für Zuwanderer dienen und bei der Integration praktische Hilfe leisten
- die Zusammenarbeit mit Muslimen innerhalb und außerhalb von Moscheegemeinden im Hinblick auf unsere Integrationsbemühungen fördern, um auch auf diesem Weg die Bildung von Parallelgesellschaften einzudämmen - dazu gehört, dass wir uns dafür einsetzen, dass die Ausbildung von Imamen in Deutschland erfolgt, damit zunehmend in deutscher Sprache gepredigt werden kann
- über Projekte mit Vereinen von Zuwanderern und ihren Vorständen das interkulturelle Verständnis fördern und auch darüber die Bildung von Parallelgesellschaften eindämmen
- nach Wegen suchen, neben dem christlichen Religionsunterricht auch Unterricht in anderen Weltreligionen in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht anzubieten
- dafür Sorge tragen, dass die Teilnahme an Klassenfahrten und am schulischen Sportunterricht für alle Kinder gewährleistet wird
- am Verbot des islamisch motivierten Kopftuchs für Beamtinnen festhalten
- frauenspezifische Integrationsmaßnahmen ausbauen, um gleiche Rechte und Chancen für Frauen mit Zuwanderungshintergrund zu schaffen
- die hervorragende Arbeit des Integrationsbeirates der Hessischen Landesregierung fortsetzen

- die integrationsorientierte Zusammenarbeit mit den Kommunen verstärken und die Umsetzung des gemeinsamen Konzeptes „Kommunen und Land – Hand in Hand für eine bessere Integration“ vorantreiben
- gemeinsam mit den Sportverbänden und anderen Organisationen ein Konzept zur freizeitorientierten Integration von Mädchen, Jungen und jungen Erwachsenen entwickeln und umsetzen
- dafür eintreten, dass Menschen, die sich nach der Verpflichtung zu einer Teilnahme an einem Integrationskurs diesem entziehen oder zentrale Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Frage stellen, ihr Bleiberecht verlieren.

### **Erinnern. Versöhnen. Gestalten.**

#### ***Unsere Verantwortung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler***

Nach Flucht und Vertreibung infolge des Zweiten Weltkrieges haben in Hessen viele Menschen eine neue Heimat gefunden. Sie haben großen Anteil am Aufbau unseres Bundeslandes. Nach dem Ende des Kalten Krieges fanden zudem viele Spätaussiedler in Hessen ihr neues Zuhause. Die Aufnahme und Integration von Spätaussiedlern wollen wir gemeinsam mit den Verbänden der Heimatvertriebenen in Hessen weiter voranbringen.

Die CDU Hessen begreift es als ihre besondere Verpflichtung, die Interessen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ernst zu nehmen und ihnen im gesellschaftlichen und politischen Dialog Nachdruck zu verleihen. Wir verstehen uns als Partner an ihrer Seite. Unser Handeln wird von dem Grundsatz geleitet, dass Vertreibung Unrecht ist, wann und auch wo immer sie geschieht.

Deshalb werden wir

- weiterhin einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen
- die Patenschaften des Landes für die Landsmannschaften der Balten-Deutschen und Weichsel-Warthe weiter stärken
- den Landesvertriebenenbeirat, der sich Vorbild gebend für andere Bundesländer bewährt hat, weiterhin unterstützen
- dafür Sorge tragen, dass sich die Hessische Landesregierung an der Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin nicht nur ideell, sondern auch finanziell beteiligt

- im Geiste echter Versöhnung und Verständigung in Kooperation mit unseren östlichen Nachbarn und im Sinne eines gerechten Ausgleichs die Anliegen der Heimatvertriebenen unterstützen und ihr kulturelles Erbe bewahren helfen
- die erfolgreichen Projekte für Spätaussiedler zum Erlernen der deutschen Sprache fortsetzen und wo nötig ausbauen - unser besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Sprachförderung für Kindergarten- und Schulkinder
- Patenschaftsprojekte von bereits integrierten mit neu hinzukommenden Spätaussiedlern ausbauen.

## **II. Lernen und arbeiten in Hessen**

### **1. Qualifiziert. Verantwortungsvoll. Gerecht.**

#### ***Bildung sichert Chancen.***

Die Grundlagen für ein erfülltes Leben, für Freude und Erfolg in Privatleben und Beruf werden nach der Familie zunächst in der Schule gelegt. Erziehung und Bildung schaffen wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und für die Fähigkeit zur Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. Zugleich ist eine möglichst gut gebildete und ausgebildete Bevölkerung eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft. Deshalb geben wir der Bildungspolitik in Hessen auch weiterhin Priorität.

Die wichtigsten Ziele unserer Bildungspolitik sind bestmögliche Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit für alle. Eine Wissensgesellschaft lebt davon, jede Begabung zu entdecken und so früh wie möglich zu fördern: Es kann gar nicht genug gut ausgebildete Menschen geben. Wir wollen daher jedem Schüler ein Höchstmaß an Bildungschancen ermöglichen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen ihre Begabungen bestmöglich entfalten können. Bildungsangebote müssen sich dabei an den Herausforderungen des persönlichen wie beruflichen Lebens orientieren. Wir werden alles dafür tun, dass jeder Schüler die Möglichkeit hat, einen möglichst guten Schulabschluss zu erwerben. Daher werden wir Leistung fördern und fordern.

Wir wollen ein System der Schulvielfalt

- mit leistungsfähigen Bildungswegen und anerkannten Schulformen
- mit direkten Anschlussmöglichkeiten zwischen den Bildungsgängen
- für alle Schüler, ob praktisch oder theoretisch begabt
- und mit Schulwahlfreiheit, damit Eltern auf der Basis der Eignung ihrer Kinder frei zwischen Haupt- und Realschulen und Gymnasien beziehungsweise Gesamtschulen entscheiden können.

#### **Erziehen. Bilden. Betreuen.**

#### ***Die Verantwortung der Eltern ernst nehmen***

#### **Erziehung beginnt zu Hause**

Bildung und Erziehung gehören zusammen. Sie finden zuerst im Elternhaus und dann erst in der Schule statt. Eltern tragen dazu bei, junge Menschen zu eigenständigen und sozialen Persönlichkeiten zu entwickeln. Eltern, Kindergärten und



Schulen arbeiten eng zusammen, um die Persönlichkeitsentwicklung und den Bildungsgang der Kinder und Jugendlichen gemeinsam zu begleiten. Die von uns eingeführten Erziehungsvereinbarungen zwischen Schulen, Schülern, Lehrern und Eltern sind hierzu ein wichtiges Mittel. Mit zunehmendem Alter wird die Eigenverantwortung der Schüler wichtiger, insbesondere dann, wenn sie die Option erhalten, ihren Schulalltag mitzugestalten.

Daher werden wir

- die Verantwortung der Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder stärken.
- weiterhin vertrauensvoll mit den gewählten Interessenvertretungen der Eltern im Hessischen Elternbeirat und der Schüler in der Landesschülervertretung zusammenarbeiten
- Formen der direkten Kommunikation der Landesregierung mit Eltern und Schülern ausbauen
- Erziehungsvereinbarungen als Bestandteil der Schulprogramme verbindlich machen
- Eltern mit Migrationshintergrund und Eltern besonders förderbedürftiger Schüler für die Unterstützungsbelange ihrer Kinder gezielt ansprechen und hierzu ein Netzwerk entsprechend engagierter Eltern initiieren
- Unterstützungsangebote in Erziehungsfragen für Eltern von Anfang an fördern
- die Bildung von Schul-Teams aus Schülern, aber auch mit Beteiligung von Lehrern und Eltern, unterstützen, die sich für Fairness, Hilfsbereitschaft und Unterstützungsangebote für schwächere Schüler einsetzen
- Formen besonderer Anerkennung für verdienstvolles Schüler- und Elternengagement weiterentwickeln
- Initiativen von Schulgemeinden zur Einführung einheitlicher Schulkleidung unterstützen
- für die Selbstverständlichkeit von Regeln und Höflichkeitsformen an den Schulen werben
- Maßnahmen zur Gesundheitsförderung an den Schulen wie Rauchverbot, Initiativen für ein gesundes Schulessen sowie sportorientierte Bewegungseinheiten im Unterricht fortsetzen und ausbauen
- Eltern beim Projekt „gewaltfreie Schule“ stärker einbinden

- das „Antischulschwänzer-Programm“ ausbauen. Schule schwänzen ist oft der Beginn einer Fehlentwicklung von Kindern und Jugendlichen, die zur persönlichen Destabilisierung, schulischem Misserfolg und Kriminalitätsgefährdung führt. Im Interesse dieser Kinder und Jugendlichen muss frühzeitig durch die Schulen, Schulaufsichtsbehörden, Eltern, Jugendhilfeeinrichtungen und notfalls durch die Polizei solchen Entwicklungen entschlossen begegnet werden.

### **Medienkompetenz stärken**

Die zukünftige digitale Medienvielfalt und der jederzeit mögliche Zugriff auf Medieninhalte erfordern vom Nutzer ein hohes Maß an Medienkompetenz. Gerade für Kinder und Jugendliche birgt ein unkontrollierter Zugang zu Medien erhebliche Gefahren. Ihnen muss der selbstbestimmte und verantwortliche Umgang mit den Massenmedien frühzeitig vermittelt werden.

Wir werden

- dem übermäßigen Konsum elektronischer Medien und insbesondere den Auswüchsen von gewaltverherrlichenden oder gewaltverharmlosenden Computerspielen oder Darstellungen in den Massenmedien, wie z. B. DVD, Internet oder Handyfilmen, entschlossen begegnen
- konsequent gegen gewaltverharmlosende und gewaltverherrlichende sowie pornografische Darstellungen in Massenmedien vorgehen. Neben der Medienerziehung der Kinder und der Information für die Eltern wird es eine Internetstreife der Polizei geben - außerdem wollen wir das Konzept der Selbstkontrolle und der Indizierung einschlägiger Medienprodukte besser mit einer wirksamen Aufsicht verzahnen
- den Eltern in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Volkshochschulen Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz in der Erziehung machen. Dies soll den Eltern die Möglichkeit bieten zu erkennen, welche Gefahren durch die modernen Medien für ihre Kinder bestehen
- die Medieninitiative Schule@Zukunft weiter ausbauen.

### **Bestmögliche Bildung von Beginn an**

Eine bestmögliche individuelle Förderung und Bildung muss schon im Elternhaus und Kindergarten beginnen. Vorschulische und Grundschulbildung gehen Hand in Hand.

Daher werden wir

- die landesweite Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans von 0 bis 10 Jahren vorantreiben
- alle Bildungsorte vom Elternhaus über Kinderbetreuungseinrichtungen bis hin zur Grundschule pädagogisch und organisatorisch enger verzahnen
- schrittweise und bedarfsgerecht die Angebote des „flexiblen Schulanfangs“ ausbauen, damit die individuell unterschiedlichen Entwicklungsschritte der Kinder durch längere bzw. kürzere Einstiegsphasen berücksichtigt werden können.

**Verlässlich. Eigenständig. Professionell.**

***Gute Ausstattung und Organisation für guten Unterricht***

**Unterrichtsgarantie und Verlässliche Schule**

Guter Unterricht braucht ausreichend Lehrer. Die CDU Hessen hat seit 1999 den riesigen Unterrichtsausfall unter rot-grüner Regierungsverantwortung beseitigt und die Unterrichtsgarantie geschaffen. Mit über 3.500 zusätzlichen Lehrer- und 2.100 zusätzlichen Referendarstellen erhalten Hessens Schüler heute jede Woche 100.000 Unterrichtsstunden mehr als noch vor acht Jahren. Dabei haben wir die Stundentafeln in den allgemeinbildenden Schulen sogar noch erhöht und vor allem den Deutsch- und Mathematikunterricht gestärkt. Darüber hinaus haben wir mit der Unterrichtsgarantie Plus seit 2006 die Verlässliche Schule geschaffen: Damit garantieren wir verlässliche Schulzeiten von der ersten bis zur sechsten Stunde nach Stundenplan in den ersten zehn Schuljahrgängen. Inzwischen steht hierzu ein Pool von rund 12.000 Vertretungskräften bereit, die überwiegend über ausgewiesene pädagogische oder fachliche Qualifikationen verfügen. Dazu haben wir die Mittel für Vertretungsunterricht im Vergleich zu rot-grünen Regierungszeiten von nur 5,7 Millionen auf 42 Millionen Euro gesteigert.

In den kommenden fünf Jahren werden wir

- die Mittel für die personelle Ausstattung der Schulen auch bei zurückgehenden Schülerzahlen auf dem derzeitigen Niveau halten, um die Qualität der hessischen Schulen und ihre Arbeit weiter zu verbessern
- darüber hinaus den Schulen zusätzliche Mittel für pädagogisches Personal zur Verfügung stellen
- ein Förderprogramm für Lehramtstudierende in Mangelfächern initiieren und ihnen unter der Bedingung guter Abschlussnoten eine Einstellungszusage geben

- die Mittel der Schulen für externe Vertretungskräfte, die in einem Jahr nicht ausgeschöpft werden, bis zu 70 Prozent einer Rücklage zuführen.

### **Landeseinheitliche Maßstäbe für Schülerleistungen**

Bis zur Regierungsübernahme 1999 hat es in Hessen keine Instrumente zum Vergleich der Leistungen in den einzelnen Schulen gegeben. Mit den zentralen Abschlüssen für Haupt- und Realschulen und dem Landesabitur sowie weiteren regionalen und landeseinheitlichen Vergleichsarbeiten können Eltern und Schüler heute nachvollziehen, wie sie in der beruflichen Ausbildung und im Studium mit Schülern anderer Schulen bestehen können. Die Schaffung eines Systems der Leistungsvergleiche geht einher mit einer zunehmenden Selbstständigkeit der Schulen.

In den kommenden Jahren werden wir

- die Ergebnisse der zentralen Schulabschlüsse wie die Ergebnisse landesweiter Vergleichsarbeiten (z. B. in Mathematik) über Internet gegenüber der Öffentlichkeit offenlegen und somit ein Instrument für die Vergleichbarkeit von Schulen gleicher Art schaffen
- die Orientierungs- und Vergleichsarbeiten in den Grundschulen, zum Zwecke der Orientierung der Eltern und Lehrer über den Entwicklungsstand der Kinder fortführen
- Lehrerfortbildung, Schulinspektion und Konzentration von besonderen Hilfen auch nach dem Kriterium ausrichten, in allen Schulen einen möglichst gleichmäßigen Leistungsstand zu erreichen
- unter diesen neuen Bedingungen die Schulen untereinander zu einem Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte für die Lernerfolge ihrer Schüler animieren.

### **Eigenverantwortliche Schule: Schlüssel zur Qualität**

Um das Ziel der bestmöglichen Qualitätssteigerung zu erreichen, ist es erforderlich, den Schulen wesentlich mehr Eigenverantwortung zu übertragen, als sie traditionell hatten. Der Weg zur eigenverantwortlichen Schule muss einerseits einhergehen mit der Weiterentwicklung von verpflichtenden Bildungsstandards, andererseits müssen die Maßnahmen zur internen und externen Qualitätsüberprüfung weiter verbessert und ausgebaut werden. Die Instrumente der Evaluation sollen dabei als Hilfestellung für die Schulen bei der Qualitätssicherung und Stärkung ihrer Eigenverantwortlichkeit verstanden werden.

Wir werden daher

- Bildungsstandards für alle Fächer einführen
- die Eigenverantwortung der Schulen weiter ausbauen
- das Modellvorhaben „Schule gemeinsam verbessern“ landesweit ausdehnen und die Rechtsstellung der Schulen verbessern
- mit den Schulträgern vereinbaren, für Schulen ein gemeinsames Budget zu schaffen, aus dem Lehr- und Lernmittel, Vertretungs- und Zusatzunterricht sowie kleinere Baumaßnahmen in Eigenverantwortung der Schule durchgeführt werden
- das Recht der Personaleinstellung durch die Schulen verstärkt zur Geltung bringen
- den Schulen weitere Freiheiten geben, indem sie Unterrichtsfächer in Projekten kombinieren und die Stundentafel innerhalb des Schuljahres verteilen können. Voraussetzung ist, dass zum Schuljahresende alle Lehrpläne für das Jahr erfüllt sind

Die staatlichen Schulämter müssen zukünftig mehr zu Einrichtungen der Schulaufsicht bzw. zur Servicestelle für Verwaltungsaufgaben werden.

Wir werden deshalb

- die Entscheidungsvorbehalte der Schulaufsicht vermindern und Entscheidungskompetenzen in größerem Umfang auf die Ebene der einzelnen Schulen verlagern
- die Schulaufsichtsbehörden zu modernen Qualitätsagenturen weiterentwickeln, deren Aufgabe die professionelle fachliche Unterstützung für die eigenverantwortliche Schule ist
- auch die Schulaufsichtsbehörden regelmäßig evaluieren und hierfür einen Referenzrahmen entwickeln, damit die Qualität der Aufsichtsbehörden weiter fortentwickelt werden kann
- interne und externe Evaluationssysteme für den weiteren Ausbau der eigenverantwortlichen Schule fortentwickeln
- die Schulinspektion („Schul-TÜV“) fortentwickeln und für eine nachvollziehbare öffentliche Darstellung der Ergebnisse sorgen.

### **Schulleitungen stärken**

Das Berufsbild der Schulleitung ändert sich mit der stärkeren Eigenverantwortung der Schulen. Die Gestaltungs- und Handlungsspielräume von Schulleitungen – und damit ihre Verantwortung für die Qualität des Unterrichts – werden

größer. Die Arbeitsweise und der Verwaltungsaufwand werden sich daher in den kommenden Jahren erheblich verändern.

Wir werden daher

- für die Übernahme von Schulleitungsfunktionen eine an die neuen Herausforderungen angepasste Berufsbeschreibung formulieren und noch intensiver für entsprechende Qualifikationsmaßnahmen sorgen
- die Schulleitungen schrittweise mit zusätzlichem Verwaltungspersonal ausstatten, das den Schulleiter in seiner Aufgabe unterstützen soll, damit er sich stärker der pädagogischen Leitung, der Personalführung, der Budgetverantwortung und der Ausgestaltung des Schulprofils widmen kann
- die Schulleiterbesoldung verbessern.

### **Gute Lehrer für gute Schulen**

Gute Schulen brauchen gute Lehrer. Unsere Lehrer sind die tragenden Säulen des Bildungssystems. Von den Schülern werden sie als Vorbilder wahrgenommen. Die bisher erzielten Erfolge unserer Bildungspolitik waren nur durch ihre qualifizierte und motivierte Arbeit möglich. In Fortführung unserer Politik wollen wir die Ausbildung der Lehrkräfte künftig schon an den Hochschulen noch stärker auf die Schulwirklichkeit ausrichten. Ein früher Praxisbezug ist wichtig, um Lehramtsstudenten die Gelegenheit zu geben, Lehrerfahrung zu sammeln und die eigene Eignung für den Lehrerberuf zu überprüfen.

Wir werden

- die schulformbezogene Lehrerausbildung erhalten
- die pädagogische Ausbildung der Lehrer an den Universitäten weiter verbessern
- Auslandssemester für Lehramtsstudenten unterstützen und den Nachweis von praxisbezogenen oder studienbezogenen Auslandsaufenthalten von Lehramtsstudenten im Bereich Fremdsprachen in die Bewertung der Studienleistungen in besonderem Maße berücksichtigen
- das der Schule zur Verfügung stehende Fortbildungsbudget schrittweise erhöhen
- die bereitgestellten und zertifizierten Fortbildungsangebote evaluieren, qualitativ verbessern und noch gezielter auf die Bedürfnisse der Schulen ausrichten
- bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschullehrer schaffen

- Weiterqualifizierungsangebote für Grundschullehrer für den Einsatz im Bereich der Haupt- und Realschulen fortentwickeln
- die diagnostische Kompetenz für die Erkennung und Förderung individueller Stärken und Schwächen der Schüler weiter ausbauen
- die Lehrer durch die Rückgabe der Vorgriffsstunde entlasten, wobei die Lehrer wählen können, ob sie die Erstattung in Zeit oder Geld erhalten möchten
- uns dafür einsetzen, dass durch Lehrerfortbildung zukünftig kein Unterricht entfällt
- in den weiterführenden Schulen am Fachlehrerprinzip festhalten
- die disziplinarischen Kompetenzen der Lehrkräfte und Schulleitungen stärken.

## **Klare Akzente bei den Inhalten**

### **Sprachliche, musische und naturwissenschaftlich-technische Förderung**

Gute Kenntnisse der Unterrichtssprache Deutsch sind unverzichtbar für die erfolgreiche Teilnahme am Schulunterricht. Zur Leseförderung sind Schulbibliotheken unverzichtbar. Auch der mittlerweile von uns erreichte hohe Standard der Computer- und Medienausstattung an den Schulen ist von großer Bedeutung.

Neben der Sprach- und Leseförderung kommt vor allem der Musikförderung eine herausragende Rolle für die geistige und seelische Persönlichkeitsentwicklung von Kindern zu. Musizieren in und neben der Schule soll für alle Kinder möglich sein. Schließlich muss auch das naturwissenschaftlich-technische Interesse der Schüler gefördert werden.

Wir werden daher

- unsere erfolgreichen Maßnahmen der Deutsch-Förderung fortführen und ausbauen
- besondere Deutsch-Angebote auch während und nach der Grundschulzeit für förderbedürftige Schüler schaffen
- verstärkt auf Eltern förderbedürftiger Schüler einwirken, vorhandene Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen
- landesweit freiwillige Initiativen der Schulgemeinden für Deutsch als allgemeine Schulsprache unterstützen („Deutsch auf Schulhöfen“)

- den Musikunterricht in allen allgemeinbildenden Schulen ausbauen mit dem Ziel, dass nach Möglichkeit jedes Kind ein Instrument spielen lernt
- die Zusammenarbeit der Schulen mit den Musikschulen verstärken
- ein Fünf-Jahres-Programm zur Förderung des Lesens und Musizierens an den Grundschulen, Haupt- und Realschulen starten
- Schulbibliotheken und naturwissenschaftlich-technische Angebote der Schulen besonders fördern
- den mittlerweile erreichten hohen Stand der Computer- und Medienausstattung an den Schulen erhalten und die Initiative „Schule@Zukunft“ fortsetzen.

### **Religionsunterricht und Werteerziehung**

Im Rahmen einer wertegeleiteten Erziehung ist der Religionsunterricht unverzichtbar. Die Erfahrung und das Wissen der eigenen geistigen, religiösen, weltanschaulichen und kulturellen Herkunft ist die Voraussetzung, um eine überdachte eigene Position in Wert- und Glaubensfragen zu entwickeln. Nur so kann auch Toleranz gegenüber anderen Auffassungen entwickelt und eingeübt werden.

Daher werden wir

- in Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen sicherstellen, dass weitestgehend konfessionell gebundener Religionsunterricht flächendeckend erteilt wird. Neben dem christlichen Religionsunterricht kann auch bei Bedarf Unterricht in anderen Weltreligionen in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden - dieser Unterricht ist von solchen Personen zu erteilen, die über eine in Deutschland erworbene oder anerkannte adäquate Qualifikation verfügen
- die Durchführung von verpflichtendem Ethikunterricht für alle Schüler sicherstellen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen.

### **Mehr Europa in der Bildung**

Die Mehrzahl der Jugendlichen in Hessen weiß zu wenig über Europa. Das Thema Europäische Union wird von Schülern vielfach als etwas Abstraktes, von ihrem persönlichen Leben weit Entferntes betrachtet. Wir wollen daher den Europabezug im Unterricht fächerübergreifend stärken. Auch muss die Fremdsprachenkompetenz bei Kindern und Jugendlichen in Schule und beruflicher Bildung insbesondere auch durch Auslandspraktika weiter gefördert werden.



## **Wirtschaft und Schule**

Das Wissen junger Menschen über allgemeine wirtschaftliche Zusammenhänge muss weiter verbessert werden. Notwendig ist deshalb eine bessere Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft. Deshalb wollen wir wirtschaftliche Themen an den allgemeinbildenden Schulen stärker berücksichtigen und punktuell auch Wirtschaftsakteure in das Schulgeschehen einbeziehen, zum Beispiel im Rahmen von Angeboten am Nachmittag im Rahmen der freiwilligen Ganztagsangebote.

**Differenziert. Qualifiziert. Durchlässig.**

***Schulvielfalt ist unsere Stärke***

### **Jedem seine Chance – jedem seine Schule**

Ein erfolgreicher Übergang in Ausbildung, Beruf oder Studium setzt eine möglichst hohe Qualität des Schulabschlusses voraus. Unser Ziel ist, jedem Schüler entsprechend seiner Begabung einen möglichst guten Schulabschluss zu ermöglichen und dafür die entsprechenden Fördermöglichkeiten zu bieten, aber auch die entsprechenden Leistungsanforderungen zu stellen.

Wir werden daher

- die hohen Ausgaben des Landes für Lehr- und Lernmittel beibehalten
- die Profile der verschiedenen Schulabschlüsse weiter schärfen
- Beratungsangebote für Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule und vor einem Wechsel zwischen verschiedenen Schulen ausbauen
- die Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben und Hochschulen verstärken
- die Auszeichnung von „Leuchtturmschulen“ in allen Formen und Profilen ausbauen und diese finanziell unterstützen
- spezielle Förderangebote für besonders begabte und lernstarke Schüler wie das landesweite Gütesiegel-Hochbegabungsprogramm in allen Teilen Hessens ausbauen
- Beratungsangebote für Eltern, wie die Begabungsdiagnostische Beratungsstelle BRAIN in Marburg, ausbauen.

## **Schulvielfalt statt Einheitsschule**

Seit der Regierungsübernahme 1999 haben wir dafür gesorgt, dass die Schulvielfalt in Hessen gestärkt und ausgebaut wird. Wir fördern damit die Schüler sowohl in ihren praktischen als auch theoretischen Begabungen und Neigungen und schaffen somit die Voraussetzungen für ein glückliches und erfolgreiches Berufsleben. Jeder Mensch, unabhängig von seinem Bildungsabschluss, genießt damit die gleiche Wertschätzung und Anerkennung in unserer Gesellschaft. Wir wollen keine rot-grüne Zwangseinheitsschule für alle, bei der am Ende Haupt-, Realschulen und Gymnasien aufgelöst werden. PISA und andere Studien beweisen: Gegliederte Schulsysteme bieten mehr Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit. Einheitsschulsysteme schneiden dagegen durchweg schlechter ab, denn sie schaffen Ungerechtigkeit, indem sie die Kinder und Jugendlichen über- oder unterfordern. Es gibt nicht den Einheitsschüler, sondern eine Vielzahl junger Menschen mit unterschiedlichen Begabungen und Talenten.

Daher werden wir

- optimale Schulformangebote sowohl für praktisch als auch theoretisch begabte Kinder einrichten und so auch künftig die Schulvielfalt im gegliederten System erhalten und weiterentwickeln
- weiterhin an Qualitätsverbesserungen arbeiten, statt wie Rot-Grün mit pädagogisch unsinnigen Systemveränderungen zu drohen
- Durchstiegs- und Anschlussmöglichkeiten zwischen den Bildungsgängen organisatorisch und pädagogisch weiter erleichtern.

## **Grundschulen**

Gemäß dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ haben wir dafür gesorgt, dass Grundschulen wohnortnah erhalten blieben. Dieses Ziel bleibt. Allerdings müssen wir auch auf die Tatsache reagieren, dass es in einigen Regionen immer weniger schulpflichtige Kinder gibt.

Zur Stärkung der Grundschulen werden wir

- neue Wege finden, um Grundschulstandorte wohnortnah zu erhalten. Dies könnte durch jahrgangsübergreifende Klassen oder gemeinsamen Schulleitungen für mehrere Grundschulen erreicht werden
- die Stundentafel in der Grundschule schrittweise weiter ausbauen
- besondere Angebote für förderbedürftige Kinder ausbauen

- in den Zeugnissen der dritten und vierten Klasse die Deutsch-Note mit einer Anmerkung zur Lesekompetenz versehen
- für mehr Männer als Grundschullehrer werben, um dem weiblichen auch ein notwendiges männliches Rollenvorbild zur Seite zu stellen.

## **Haupt- und Realschulen**

Zur Bildungsvielfalt und Bildungsqualität tragen gerade die Haupt- und Realschulen in Hessen bei. Schon in den vergangenen Jahren konnten wir die Stärken der Hauptschulen verbessern. Wir haben den Anteil der Hauptschulabgänger ohne Schulabschluss um ein Drittel von fast 23 auf unter 15 Prozent verringern und das Ansehen des Hauptschulabschlusses in der Wirtschaft verbessern. Dies gelang durch mehr Deutsch- und Mathematikunterricht, durch die Einführung von Projektprüfungen und SchuB-Klassen (Schule und Betrieb) für mehr Praxis- und Berufsnähe. Neunzig Prozent der SchuB-Teilnehmer erreichten ihren Hauptschulabschluss. Die Realschulen profitieren von mehr Unterricht und zentralen Abschlussprüfungen. Mit einer verbesserten Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen erreichen wir eine noch stärkere individuelle Förderung für Haupt- und Realschüler, noch mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen bzw. Bildungsgängen und den Erhalt einer wohnortnahen Schulvielfalt und Bildungsqualität.

Deshalb werden wir in den kommenden Jahren

- das höchst erfolgreiche SchuB-Programm in differenzierter Form auf alle Hauptschulen und Hauptschulzweige ausdehnen. Damit werden wir jedem Hauptschüler mehr Praxis- und Arbeitsplatznähe ermöglichen, um dessen schulische und berufliche Perspektiven entscheidend zu verbessern
- jedem Hauptschüler ein Ganztagsangebot machen, das in der Regel von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr reicht
- den Unterricht in den Kernfächern Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Technik stärken
- das Fach Arbeitslehre praxisnäher ausgestalten
- den Einsatz von Ausbildungslotsen („Schulscouts“) an Hauptschulen verstärken
- die Ausbildung der Lehrer für das Hauptschullehramt durch die Fortentwicklung einer spezifischen Hauptschulpädagogik verbessern. Hierzu soll eine Professur für Hauptschulpädagogik eingerichtet werden

- angehende Lehrer auch in Bereichen der Sozialpädagogik noch besser auf die Arbeit in den Hauptschulen vorbereiten
- die Anschlussfähigkeit für Hauptschüler in weiterführende Bildungsgänge ausbauen
- zur weiteren Qualitätsverbesserung und angesichts zurückgehender Schülerzahlen künftig die Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen in organisatorischer wie pädagogischer Hinsicht weiter stärken
- das Profil des Realschulabschlusses als Mittleren Schulabschluss weiter schärfen
- einen qualifizierenden Realschulabschluss einführen
- besondere Fördermaßnahmen für lernstarke Realschüler im Übergang zur gymnasialen Oberstufe schaffen
- das Angebot der Osterferiencamps für versetzungsgefährdete Schüler an Haupt- und Realschulen ausbauen
- für den Fall der Nichtversetzung die Möglichkeit eröffnen, durch freiwillige Teilnahme an einem Unterrichtscamp in den Sommerferien mit abschließender Nachprüfung die Versetzung doch noch zu erreichen.

## **Gymnasien**

Das deutsche Gymnasium zählt laut PISA zu den weltweit erfolgreichsten Schulformen. Mit dem Landesabitur haben wir den hessischen gymnasialen Bildungsabschluss im Bundesvergleich gestärkt und mit der gymnasialen Schulzeitverkürzung dafür gesorgt, dass Hessens Schüler im Bundes- und internationalen Vergleich nicht zurückstehen müssen. Darüber hinaus haben wir mit dem Oberstufengymnasium Schloss Hansenberg im Rheingau und darüber hinaus in allen Schulamtsbezirken spezielle Fördermöglichkeiten für besonders begabte und lernstarke Schüler geschaffen.

Daher werden wir

- die erfolgreiche Schulform Gymnasium erhalten und weiter ausbauen
- die Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Hochschulen frühzeitig fachlich-inhaltlich intensivieren
- das hohe Niveau der Gymnasiallehrausbildung auch in Zukunft sichern und fortentwickeln
- bei der Erstellung der Standards für die gymnasiale Ausbildung Wert auf Beibehaltung hoher inhaltlicher Anforderungen legen, um die Studierfähigkeit langfristig zu verbessern

- die Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Unternehmen stärken, damit die zukünftigen Abiturienten frühzeitig Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge bekommen
- das System der „Leuchtturmschulen“ weiter ausbauen
- das erfolgreich gestartete Landesabitur fortführen, damit sowohl eine verbindliche Wissensbreite als auch individuelle Kreativität gewahrt bleiben
- die Zusammenarbeit mit den Schulträgern im Rahmen G8 bei der Ausgestaltung des Nachmittagsunterrichts und der entsprechenden Angebote intensivieren
- die Lehrpläne des achtjährigen Gymnasiums (G8) einer konsequenten Überprüfung auf weitere Straffungsmöglichkeiten unterziehen
- gemeinsam mit anderen Bundesländern eine flexiblere Verteilung der Stunden von der Grundschule bis zur Oberstufe anzustreben.

## **Förderschulen**

Wir stehen für den Erhalt des differenzierten Förderschulwesens. So können Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch weiterhin entsprechend ihrem Leistungsvermögen und der Art ihrer Beeinträchtigung optimal unterrichtet werden. Hessen verfügt über ein landesweites Angebot an sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren für Schüler mit Lern-, Sprach- und Verhaltensschwierigkeiten sowie Hör- und Sehbeeinträchtigungen. Die Zahl dieser Zentren wurde seit 1999 mehr als verdreifacht.

In den kommenden Jahren wollen wir

- die erfolgreiche Arbeit der Beratungs- und Förderzentren ausbauen und die Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern weiter stärken
- den Hauptschulabschluss an Schulen für Lern- und Erziehungshilfe ermöglichen
- durch die präventive und integrative sonderpädagogische Arbeit der Förderzentren in den allgemeinen Schulen die Zahl der Schüler erhöhen, die trotz eines besonderen Förderbedarfs an einer allgemeinen Schule verbleiben können.

## **Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft**

Schulen in freier Trägerschaft sind eine unverzichtbare Bereicherung der hessischen Schullandschaft. In den vergangenen Jahren haben wir schrittweise die finanzielle Unterstützung der Ersatzschulen erhöht.

Künftig werden wir

- die Finanzierung der Ersatzschulen auf eine neue systematische Grundlage stellen, die sich an den tatsächlichen Schülerkosten orientiert und für alle Beteiligten transparent und damit nachvollziehbar ist
- insbesondere die Förderschulen in freier Trägerschaft finanziell besser stellen.

## **Berufliche Schulen und berufliche Bildung**

Hessens Berufliche Schulen leisten eine hervorragende Arbeit. Sie tragen dazu bei, dass die deutsche duale Ausbildung nach wie vor Weltruf genießt. Damit dies auch künftig so bleibt und die Ausbildung hessischer Schüler an Beruflichen Schulen weiter verbessert wird, ist es notwendig, die schon in den letzten Jahren begonnenen zukunftsweisenden Veränderungen fortzusetzen. Dabei werden die beruflichen Vollzeitschulformen weiterhin eine bedeutende Rolle spielen.

Wir werden deshalb

- die Zusammenarbeit der Beruflichen Schulen mit den Haupt- und Realschulen verstärken
- den allgemeinbildenden Unterricht in der Teilzeitberufsschule stärker in Berufsfeldern zusammenfassen und für Abiturienten flexibilisieren
- die Beruflichen Schulen in ihrer Profilschärfung und Entwicklung zu Kompetenzzentren unterstützen, um die Schulstandorte in der Region zu erhalten
- schulträgerübergreifende Standorte für Fachklassen bei entsprechendem Bedarf und im Einvernehmen mit Ausbildungsbetrieben erleichtern
- die neuen Freiheiten des Modellprojekts „Selbstverantwortung Plus“ schrittweise auf alle Beruflichen Schulen übertragen
- die Modalitäten des Berufsgrundbildungsjahres an die moderne Arbeitswelt anpassen
- die Möglichkeiten des Quereinstiegs in den Bereich der Beruflichen Schulen, insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen zum Berufsschullehrer für FH-Absolventen in Mangelfächern, bei Bedarf ausbauen
- Möglichkeiten des E-Learning ausweiten
- neben den Inlands- auch verstärkt Auslandspraktika ermöglichen
- Studenten in dualen Studiengängen die Möglichkeit einräumen, auf Antrag von der Berufsschulpflicht befreit zu werden

- die Tarifpartner verstärkt zur Einrichtung theoriegeminderter Ausbildungsberufe auffordern.

## **Weiterbilden. Qualifizieren. Teilhaben.**

### ***Bildung hört nicht mit der Schule auf.***

Globalisierung, Technologisierung und politische Veränderungen der Gesellschaft treffen immer mehr Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Lebensführung, ihren sozialen Einstellungen und politischen Meinungen. Lebensbegleitendes Lernen umfasst somit die allgemeine politische, berufliche und kulturelle Bildung. Wenn Menschen länger leben und arbeiten, ist es ein Gebot ökonomischer und sozialer Vernunft, dass sie Zeit und Gelegenheit haben, auch in der Mitte des Lebens weitere Kompetenzen zu erwerben. Lebensbegleitendes Lernen wird zur besten Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Wenn sich das Wissen rascher als früher erneuert und künftige Berufe anspruchsvoller werden, dann ist die Frage einer optimalen Bildung und Ausbildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Um die ökonomischen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie den Wandel von sozialen Strukturen bewältigen zu können, ist es daher erforderlich, alle Menschen ein Leben lang mit Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten zu begleiten.

Wir wollen mit dem bereits begonnenen Aufbau von Zentren Lebensbegleitenden Lernens

- für alle Menschen in der Region, Jugendliche und Erwachsene, Beschäftigte und Arbeitsuchende, einen einfachen und direkten Zugang zum lebensbegleitenden Lernen schaffen, damit sie beraten werden können und ein individuell passendes Bildungsangebot erhalten, das zertifizierbar und verwertbar ist
- den Bildungsverantwortlichen und Bildungsfachleuten der öffentlich-rechtlichen (z.B. Volkshochschulen) und freien Träger in den Regionen die Möglichkeit eröffnen, ihr Bildungsangebot besser auf die Bedürfnisse der Bürger auszurichten
- die Angebote mit Unterstützungsleistungen wie Bildungsberatung und Übergangsmangement verknüpfen und so eine größere Bildungswirkung erreichen. Die Beruflichen Schulen sind der Kern des Entwicklungsprozesses der Zentren des lebensbegleitenden Lernens, an dessen Ende eine neue Regelform von schulischer und außerschulischer Ausbildungsdienstleistung steht

- Humanressourcen, soziale Integration und Wettbewerbsfähigkeit fördern, Synergieeffekte erzielen, den Mitteleinsatz optimieren und in ineffektiven Maßnahmen gebundene Mittel für die neuen Aufgaben freisetzen
- für die Wirtschaft qualifizierte und geeignete Mitarbeiter in den Regionen gewinnen und den demografischen Wandel meistern.

Wir werden dazu

- die Zentren Lebensbegleitenden Lernens zu einem landesweiten "Hessen-campus" fortentwickeln. Sie sollen flächendeckend allen Trägern angeboten werden können und die unterschiedlichen regionalen und institutionellen Erfordernisse berücksichtigen
- insbesondere die Erfahrungen bereits laufender Modellprojekte im Dialog mit allen Beteiligten einbeziehen
- den Beruflichen Schulen die Möglichkeit einräumen als Träger von Weiterbildungsmaßnahmen eigene Angebote anzubieten und nicht wie bisher nur als Kooperationspartner zur Verfügung zu stehen
- allen Bürgern durch diese Zentren einen Zugang zu einem System vielfältiger Träger und Programmangeboten garantieren
- den freien Trägern, die im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes agieren, weiterhin den bisherigen hohen Stellenwert zukommen lassen
- durch die Einrichtung der Zentren die Zu- und Übergänge von Schulen in den Beruf weiter verbessern
- Möglichkeiten postgradualer Weiterbildung stärken.

## **2. Innovativ. Visionär. Zukunftsgewandt.**

### ***Moderne Hochschulpolitik für eine moderne Wissensgesellschaft in Hessen***

Hessen ist ein Wissenschaftsstandort im Aufbruch. In einem rohstoffarmen Land müssen wir alle Anstrengungen darauf konzentrieren, in die Bildung auf allen Ebenen zu investieren. Innovation ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft.

Wir wollen unter Wahrung der Vielfalt der Hochschullandschaft vorhandene Stärken und Potenziale bündeln und die hessischen Hochschulen und Berufsakademien in gesundem Wettbewerb miteinander um die besten Modelle, Hochschullehrer, Studierenden und Forschungsprojekte zu neuem Tatendrang beflügeln. Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen sowie Berufsakademien sind wichtige geistige Bil-



dungszentren der Wissensgesellschaft. Lernbegeisterung und Forscherdrang sollen von bürokratischen Fesseln befreit werden und sich in wissenschaftlicher Freiheit entfalten können. Die hessische Wissenschaftspolitik steht für diese Innovation und Modernität. In keinem anderen Bundesland wurden innerhalb eines so kurzen Zeitraums so konsequent und zielstrebig Reformen eingeleitet. So individuell wie unsere Hochschulen und Forschungsinstitutionen sind, so vielfältig müssen die von uns zu schaffenden Perspektiven sein. Essenzielle Voraussetzung für eine längerfristige Innovationsfähigkeit und erfolgreiche Positionierung unserer Hochschulen ist deren Autonomie. Dabei sind durch entsprechende Entscheidungs-, Management- und Verwaltungsstrukturen die Fähigkeiten zu entwickeln, in diesem Wettbewerb Prioritäten zu setzen.

Wir sprechen uns für einen Werte- und Ethikkodex an den Hochschulen aus. Lehrende haben Bildungsaufgaben an ihnen anvertrauten jungen Menschen wahrzunehmen. Dies verantwortlich zu tun ist ein wichtiger Dienst an unserer Gesellschaft. Zunächst sollen auf freiwilliger Basis – im Sinne einer Selbstverpflichtung – Leitlinien entwickelt werden. Hochschulen, die mit positivem Beispiel vorangehen und dadurch Wertschätzung in der Öffentlichkeit finden, werden Nachahmer finden, so dass sich eine neue „Kultur“ an unseren Hochschulen ausbreiten kann.

## **Lernen. Lehren. Forschen.**

### ***Das moderne Hochschulwesen gestalten***

Mit ihrer Forschungskompetenz sind die Hochschulen Impulsgeber und Motor für zukünftige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen unseres Landes. Wir treten für ein modernes Hochschulverständnis ein: Hochschulen müssen sich zunehmend als Dienstleister begreifen.

Das Land versteht sich als Partner der Hochschulen: soviel Autonomie und Eigenständigkeit wie möglich und so wenig staatliche Steuerung und Reglementierung wie nötig. Umgekehrt gilt: Das Land muss sich zwar auf seine Kernaufgaben beschränken, darf jedoch zugleich seine staatliche Gesamtverantwortung nicht vernachlässigen.

Nur dort, wo die eigenverantwortliche Hochschule gelingt, werden Forschung und Lehre konkurrenzfähig sein.

- Clusterbildung, Schaffung von Exzellenzzentren und -regionen, Hochschulkooperationen, gemeinsame Berufungen, Entscheidungen über den Studien-Zugang und die Studierendenmobilität – all das muss, auch über Ländergrenzen hinweg, möglich sein.

- Es ist ein Erfordernis des Arbeitsmarktes und der alternden Gesellschaft, allen entsprechend befähigten und interessierten jungen Menschen ein Hochschulstudium zu ermöglichen.

Der in den kommenden Jahren zu erwartende Anstieg der Studierendenzahlen macht es unausweichlich,

- mehr Finanzierungsmittel für die Hochschulen zur Verfügung zu stellen
- und flexible Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten zu ergreifen.

Für Hessen sind – entsprechend den Vereinbarungen des Hochschulpaktes 2020 – 9.000 zusätzliche Plätze für Studienanfänger unter Nutzung der Breite des Fächerspektrums einzurichten. Die CDU Hessen wird am Dreiklang Hochschulpakt, Zielvereinbarungen und leistungsorientierter Mittelzuweisung als Grundlage der Hochschulfinanzierung festhalten.

Nach unseren Vorstellungen

- entwickeln sich die hessischen Hochschulen zu modernen Dienstleistungsunternehmen und selbstverantwortlichen Einrichtungen mit öffentlichem Auftrag für Forschung und Lehre
- sind nach den gesetzlich neu geregelten Motivationsmaßnahmen für Hochschullehrer nun finanzielle Leistungsanreize abseits des starren Tarifsystems des öffentlichen Dienstes für besonders engagierte Dauerangestellte in Mittelbau, technischem Bereich und Verwaltungsbereich zu schaffen - Engagement und Leistungsbereitschaft müssen sich lohnen und finanziell honoriert werden
- sollen Hochschulprofessoren in Zukunft nicht mehr ausschließlich Beamte sein
- muss die befristete Einstellung hoch qualifizierter Gastwissenschaftler und Doktoranden künftig schneller und reibungsloser möglich sein - gleiches gilt für Berufungsverfahren.

Wir wollen darüber hinaus

- unser Augenmerk verstärkt auf die Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für Abiturienten hinsichtlich der Wahl ihres Studienfaches richten.
- ein so genanntes „Junior-Studium“ als Orientierungshilfe für Schüler, die kurz vor der Erlangung der Hochschulreife und damit unmittelbar vor der Entscheidung stehen, welchen Berufsweg sie einschlagen wollen, hessenweit einführen

- die Studienberatung qualitativ und quantitativ verbessern  
- durch verpflichtende Beratungstermine kann das Bewusstsein geschärft werden, dass der Studienerfolg von einer erfolgreichen Studienorganisation abhängig ist
- den Hochschulen ermöglichen, ihre Studenten selbst auszuwählen
- die Zeit von der Bewerbung bis zur Einschreibung verkürzen
- mit Blick auf die in Deutschland zu hohe Abbrecherquote verstärkt effektive Eignungs- und Eingangsprüfungen vornehmen, sowie durch die Einbindung der Praxiserfahrungen von Absolventen strukturierte Tutorienprogramme anbieten
- qualifizierte ausländische Studierende für ein Studium in Hessen begeistern
- qualifizierte Studierende unterstützen, für einen gewissen Zeitraum im Ausland zu studieren
- zur Professionalisierung und organisatorischen Straffung des Hochschulmanagements die probeweise Einführung hauptamtlicher Dekane prüfen
- bestehende hochschulübergreifende Verbände fördern und neue ins Leben rufen
- die bestehenden Angebote zum Teilzeitstudium erweitern
- durch ergänzende Landesprogramme transnationale Aktivitäten der Hochschulen unterstützen
- den zuständigen Gremien erlauben, frei darüber zu entscheiden, ob sie Professoren, die die Altersgrenze erreicht haben, eine Möglichkeit zur aktiven Weiterbeschäftigung geben
- den Ausbau und die Weiterentwicklung dualer Studienangebote und Fern-Studiengänge vorantreiben.

## **Hochschul Entwicklungs- und Umbauprogramm (HEUREKA)**

### ***Auf dem Weg zum modernsten Hochschulstandort Deutschlands***

Die Anforderungen an eine angemessene räumlich-technische Infrastruktur durch die Studienstrukturreform, die Internationalisierung der Hochschulen und die notwendige Stärkung der Forschung werden auch in den nächsten Jahren ständig steigen. Ihnen gerecht zu werden, ist eine entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit

unserer Hochschulen. Mit dem Investitionsprogramm HEUREKA setzt die Hessische Landesregierung einen Meilenstein in der Entwicklung des Hochschulbaus durch umfangreiche Investitionen in bauliche und apparative Maßnahmen mit struktureller Bedeutung für das hessische Hochschulsystem. Mit diesem einzigartigen 3-Milliarden-Euro-Programm erhöhen wir bis 2020 deutlich die jährlichen Investitionen, stärken die nationalen und internationalen Wettbewerbschancen für Studierende, Wissenschaft und Forschung und schaffen Planungssicherheit für die Verantwortlichen in den Hochschulen.

Hessen hatte noch Mitte der neunziger Jahre lediglich rund 66 Millionen Euro pro Jahr für Baumaßnahmen an seinen zwölf Hochschulstandorten ausgegeben. Diesen Ansatz hat die Landesregierung konsequent gesteigert und zuletzt 2006 rund 187 Millionen Euro in die Hochschulen und deren Gebäude investiert. Für 2007 haben wir die Ausgaben nochmals auf über 227 Millionen Euro erhöht; ab 2008 investieren wir dann bis 2020 jedes Jahr durchschnittlich die Rekordsumme von 250 Millionen Euro in den Hochschulbau.

Ausgehend vom ermittelten Bedarf werden wir jeder einzelnen Hochschule die zur Finanzierung erforderlichen Gelder zur Verfügung stellen. Die Größenordnung ist abhängig vom Volumen des jeweiligen Gebäudebestands und dessen Erhaltungszustand. Die geschätzten Investitionen differieren je nach Hochschulstandort; so ergibt sich beispielsweise für die Universität Frankfurt ein Volumen von über 500 Millionen Euro, für die Universitäten Gießen und Marburg ein Volumen von jeweils über 400 Millionen Euro, für die Technische Universität und die Hochschule in Darmstadt ca. 400 Millionen Euro, für die Universität Kassel ca. 200 Millionen Euro und für die Fachhochschule Gießen-Friedberg etwa 100 Millionen Euro. Wir ermöglichen damit für jede der hessischen Hochschulen ein maßgeschneidertes und bedarfsgerechtes Entwicklungsprogramm.

### **Den akademischen Nachwuchs fördern**

Wissenschaft muss als Beruf attraktiv gemacht werden. Dies ist eine wichtige Gestaltungsaufgabe. Wir wollen die Motivation stärken, Talente erkennen und zur Entfaltung bringen, um Anreize zu bieten, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Hervorragenden Absolventen muss eine attraktive finanzielle Perspektive geboten werden.

Wir wollen daher

- die Gewinnung wissenschaftlichen Nachwuchses forcieren

- engagierten und begabten Nachwuchswissenschaftlern verlässliche Karrierewege eröffnen, etwa im Wege eines Wissenschaftstarifvertrages
- die Stipendiatenförderung auf neue Beine stellen und erreichen, dass eine Kopplung mit den Hochschulen und eine Drittfinanzierung durch die Wirtschaft gelingt
- eine Talentschmiede Hessen als sichtbares Zeichen für Exzellenz und Nachwuchsförderung begründen. Aktive Talentförderung soll zu einem Markenzeichen hessischer Wissenschaftspolitik werden.

### **3. Perspektiven geben. Arbeit schaffen.**

#### ***Mut zu neuen Wegen in der Arbeitsmarktpolitik***

Gute Ausbildung, Fleiß, Engagement und Kompetenz zeichnen die Bürger unseres Landes aus. Dabei ist Arbeit mehr als Broterwerb. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Alle werden gebraucht; keiner darf ausgegrenzt werden. Arbeit schafft Einkommen und bleibt Grundlage gesellschaftlichen Wohlstands. Die CDU Hessen begreift die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit deshalb als die zentrale Herausforderung ihres politischen Handelns.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist hauptsächlich strukturell bedingt. Wir brauchen deshalb nicht nur mehr nachhaltiges Wachstum, sondern auch Bildungsinvestitionen und eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes. Wir wollen bessere Beschäftigungschancen für Ältere, gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose. Gerade sie fühlen sich von Freiheit und Teilhabe ausgeschlossen.

Auf dem Arbeitsmarkt geht es um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer und den Beschäftigungschancen der Arbeitslosen. Schutzbestimmungen auf dem Arbeitsmarkt sollen so ausgestaltet sein, dass sie Arbeitslosigkeit nicht begünstigen. Eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, die die Beschäftigungsaussichten verbessert, ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit. Es muss gelten: Vorfahrt für Arbeit. In diesem Sinne muss die Aufgabe des fairen Interessenausgleichs gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien angenommen werden.

Gemeinsam mit Fachleuten aus Wirtschaft und Gesellschaft haben wir innovative Instrumentarien entwickelt, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Arbeitssuchenden neue Perspektiven zu eröffnen. Mit Mut zu unkonventionellen Wegen haben wir Arbeitsmarktprojekte initiiert, die weit

über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus Anerkennung und Nachahmer gefunden haben.

## **Fördern und fordern.**

### ***Arbeit muss sich wieder lohnen.***

„Gestalten statt verwalten“ ist der Kernsatz unserer Arbeitsmarktpolitik. Wir fördern jene, die unserer Hilfe bedürfen, und fordern zugleich eigenverantwortliches Handeln ein. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ muss Leitlinie unserer Arbeitsmarktpolitik bleiben. Leistungsbereitschaft ist die Grundlage, um Arbeit zu finden. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Förderung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt Vorrang vor verwalteter Arbeitslosigkeit und passivem Bezug von finanzieller Unterstützung haben muss. Damit einher geht unser Ziel, die örtlichen Kompetenzen und Chancen der Kommunen bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu nutzen. In diesem Sinne haben wir erreicht, dass den Landkreisen und Städten die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in eigener Verantwortung als Option ermöglicht wird.

Hessen befindet sich auf einem erfolgreichen Weg und hat bei der Erarbeitung neuer Modelle im Bereich des Arbeitsmarktes eine Vorreiterrolle inne. Diesen Weg werden wir konsequent weiter beschreiten.

Wir werden deshalb

- die erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme fortsetzen und weiterentwickeln
- unsere Anstrengungen darauf richten, Menschen ohne Arbeit wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Hierbei gilt unser Augenmerk besonders benachteiligten Gruppen wie Langzeitarbeitslosen, Schwerbehinderten sowie älteren Arbeitslosen - dasselbe gilt auch für Frauen in der Wiedereinstiegsphase nach der Elternzeit
- die Vermittlung von älteren Arbeitslosen mit dem Programm „Erfahrung hat Zukunft“ vorantreiben und zu einem Schwerpunkt unserer Anstrengungen machen. Es gilt, die Arbeitskraft, das Wissen und den Erfahrungsschatz dieser Personengruppe anzuerkennen und stärker zu nutzen
- die demografische Herausforderung durch spezielle Arbeitsmarktprogramme für Ältere und Migranten sowie für gering qualifizierte Arbeitnehmer annehmen - dabei wird die Weiterbildung eine entscheidende Rolle spielen

- uns auch weiterhin auf Bundesebene für das Kombilohnmodell unseres Existenzgrundlagengesetzes (EGG) einsetzen. Grundprinzip muss sein: Wer arbeitet, muss mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet
- einer unberechtigten Inanspruchnahme entsprechender staatlicher Leistungen durch wirksame Kontrollen entgegenwirken
- auch von dem Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen Gebrauch machen; dies schützt den Wettbewerb und verhindert Lohndumping zu Lasten von Arbeitnehmern und klein- und mittelständischen Betrieben
- die unterschiedlichen Hilfesysteme besser verzahnen. Eine bessere berufliche Integration von arbeitslosen Jugendlichen ist nur durch eine verbesserte Qualifikation zu erreichen
- bereits im Rahmen der Berufsausbildung den Erwerb internationaler Erfahrungen fördern und ein Stipendiensystem aufbauen, das möglichst vielen Auszubildenden ein Auslandspraktikum ermöglicht.

## **Praxisnah ausbilden. Chancen erhöhen.**

### ***Gemeinsam Ausbildungsplätze schaffen***

Wir müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Jugendlichen zu einem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatzangebot zu verhelfen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat für uns oberste Priorität. In zahlreichen gemeinsamen Initiativen mit örtlichen Verbänden und Gremien sowie den zuständigen Kammern erfolgen gezielte Anstrengungen für die Schaffung eines adäquaten Lehrstellenangebots. Die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen muss weiter verbessert werden. Notwendig ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den Einrichtungen der beruflichen Bildung. Dies ist erforderlich, weil das Qualitätsniveau vieler Berufsbilder gestiegen ist. Höchstes Ziel unserer Ausbildungspolitik ist es, jedem Einzelnen seine Chance für eine erfolgreiche und glückliche Zukunft zu bieten. Nicht mit finanziellen Sanktionen, sondern mit modernen Rahmenbedingungen werden wir Unternehmen dabei unterstützen, Ihrer Verantwortung weiter und noch stärker als bisher nachzukommen.

Zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots werden wir deshalb

- gemeinsam mit der Wirtschaft und den Verbänden den Ausbildungspakt regelmäßig erneuern

- die Verbundausbildung, die im Handwerk sowohl Handwerksunternehmen als auch die Berufsbildungs- und Technologiezentren des Handwerks als Qualifizierungsgemeinschaft zusammenführt, weiter ausbauen
- die hohe Ausbildungsquote in der Landesverwaltung aufrecht erhalten
- schrittweise die finanziellen Mittel aus dem Bereich des Berufsvorbereitungsjahres in originäre Ausbildungsförderung verlagern
- die Entwicklung neuer Berufsbilder und modularer Ausbildungsgänge fördern, aber zugleich darauf achten, dass eine Zersplitterung von Berufsbildern unterbleibt
- in den Kreisen Netzwerke unterstützen, die sich frühzeitig gemeinsam für die Qualifikation der Jugendlichen für einen Ausbildungsberuf engagieren
- die frühe Qualifikation der Jugendlichen durch zusätzliche Coaches unterstützen und weiter begleiten.



# III. Unseren Wohlstand sichern

## 1. Hessen – Land der Ideen

Eine Volkswirtschaft muss ihre Kraft dort konzentrieren, wo sie besonders wettbewerbsfähig ist. Hessen als Land mit hoher Arbeitsproduktivität und hochwertiger Infrastruktur kann und braucht weder direkt mit den reinen Arbeitskosten noch mit den Steuersätzen mit Niedriglohnländern konkurrieren. Aber Hessen hat das Zeug, technologische Spitzenleistungen in der wissensbasierten Wirtschaft zu erbringen. Nur dann haben wir auf mittlere Sicht eine Chance auf weiterhin hohe Einkommen, gesicherte Beschäftigung und einen hohen Standard der sozialen Sicherung.

## Forschung und Technologie fördern

### *Innovationen sichern Zukunft.*

Hessen verfügt mit dem Frankfurter Flughafen, seinen renommierten Hochschulen und dem Finanzplatz Frankfurt über herausragende Standortvorteile. Frankfurt ist das Kompetenzzentrum der Finanzindustrie auf dem europäischen Kontinent. Mit der Umsetzung des Projekts „House of Finance“ erreichen wir eine weitere Stärkung dieser Profilbildung. Auch bei den wirtschaftlichen Zukunftsthemen Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Nanotechnologie ist Hessen deutschland- und europaweit Spitze. In der Biotechnologie arbeiten in Hessen mittlerweile 17.000 Menschen in 250 Betrieben, die durchschnittliche Arbeitsproduktivität beträgt hier beeindruckende 165.000 Euro. Das Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FIZ) ist erfolgreicher Ausdruck einer privat-öffentlichen Kooperation.

Nicht weniger bedeutend ist Hessen bei der Schlüsseltechnologie „Nano“. 20 Prozent aller Nanotechnologieanbieter Deutschlands und sogar 10 Prozent aller europäischen Hersteller haben ihren Sitz in Hessen. Ein einzigartiges „Nanonetzwerk Hessen“, das die hessischen Universitäten gestalten, forciert diese Entwicklung

Für die Informations- und Kommunikationstechnologie macht dies der größte deutsche Internetknoten DE-CIX in Frankfurt sichtbar: Rund 85 Prozent des deutschen Internetverkehrs werden über ihn abgewickelt. In der hessischen Informations- und Kommunikationsbranche sind 90.000 Menschen in 9.300 Betrieben tätig.

Auch die Automotive-Branche nimmt in Hessen eine Schlüsselstellung ein. Über 50.000 Beschäftigte sind in Hessen in ihrem Kernbereich tätig. Mit Opel in Rüsselsheim und dem

VW-Werk in Baunatal haben zwei große Automobilhersteller ihren Standort in Hessen. Die Wertschöpfungskette Automobil umfasst nicht nur die traditionellen Hersteller, sondern auch eine große Anzahl von Zuliefer- und Entwicklungsbetrieben.

Das Satellitennavigationsprojekt „Galileo“ bringt große Vorteile gegenüber GPS: größere Genauigkeit, höhere Zuverlässigkeit und keine Abschaltung im Krisenfall wie beim auch militärisch genutzten GPS. Der eigentliche wirtschaftliche Nutzen wird in völlig neuen Anwendungen mit unzähligen Einsatzmöglichkeiten liegen: Verkehr und Logistik, Telekommunikation, Vermessung, Finanzwesen, Tourismus, Sport, Katastrophenschutz. Von großer Bedeutung war deshalb die 2006 erfolgte Gründung der CESA H GmbH (Centrum für Satellitennavigation Hessen) in Kooperation mit der Stadt Darmstadt, der Fachhochschule und TU Darmstadt, mit T-Systems, Vega IT Deutschland GmbH, der INI-GraphicsNet-Stiftung und dem Schlüsselpartner ESA mit dem europäischen Satellitenkontrollzentrum ESOC.

Die Fähigkeit hessischer Unternehmen, Spitzentechnologien zu entwickeln und marktfähig zu machen, steht in direktem Zusammenhang mit der Qualität und Dichte der Forschungs- und Lehreinrichtungen im Land. Hessen weist von Nord bis Süd eine überdurchschnittliche Dichte von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen auf. Fünf Universitäten, fünf Fachhochschulen und zwei Kunsthochschulen prägen den Wissenschaftsstandort Hessen. Hier studieren über 164.000 Studenten und arbeiten über 18.000 Bedienstete im wissenschaftlichen Lehrbetrieb.

Dieses großartige Potenzial wollen wir nutzen und

- in den für Hessens Wirtschaft bedeutendsten Wirtschaftszweigen sogenannte Forschungs- und Technologie-Cluster bilden, in denen zunächst für zwei Jahre in institutionalisierter Form die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft deutlich verbessert wird - nach zwei Jahren werden diese Cluster evaluiert und unter der Voraussetzung einer zunehmenden Eigenfinanzierung durch die teilnehmenden Branchen bzw., Unternehmen fortgeführt
- weitere Anwenderzentren und Technologienetzwerke fördern
- die Unternehmen in den Bereichen Verkehrs- und Umwelttechnologie bei ihrer Forschung und internationalen Vermarktung unterstützen
- universitäre und außeruniversitäre Forschung besser vernetzen und sie stärker in die europäische Forschungspolitik integrieren

- dabei helfen, die Zusammenarbeit bei Forschung, Lehre und Entwicklung im Bereich von Hochschule und Industrie, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, zu fördern und internationale Netzwerke zur schnellen Vermarktung von Innovationen zu knüpfen
- eine eigene hessische Förderungsinstitution gründen, deren Finanzkraft ausreicht, um gleichzeitig fünf bis zehn Verbundprojekte über einen Zeitraum von fünf Jahren zu fördern
- ein Programm speziell für Existenzgründerinnen auflegen, da Frauen im Wissenschafts- und Forschungsbereich bislang unterrepräsentiert sind.

### **Zentral und international.**

#### ***Hessen: Marktplatz der Zukunft***

Neben einer besseren Vernetzung von Schule und Wirtschaft brauchen vor allem junge Menschen eine neue Begeisterung für Technologie und die damit verbundenen Zukunftschancen. Aus dem Land der Erfinder muss wieder ein Land der Gestaltung und ein Land der Umsetzung werden.

Hessen ist ein Hochtechnologiestandort, an dem viele Unternehmen und Hochschulen großartige Forschungsarbeit leisten. Gleichzeitig ist Hessen einer der weltweit bedeutendsten Verkehrsknoten und Messeplätze.

Wir wollen deshalb

- gemeinsam mit der Messe Frankfurt eine regelmäßige internationale „Zukunftsmesse“ entwickeln und durchführen, bei der Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstitute ihre Arbeit - soweit sie das können - öffentlich machen, um Studenten, Schüler, Unternehmen, Journalisten u. a. m. mit ihren Ideen und ihrer wissenschaftlichen Arbeit bekannt zu machen.

### **Schnell. Flexibel. Staufrei.**

#### ***Mobilität im 21. Jahrhundert***

Mobilität ist eine Schlüsselfunktion für wirtschaftliches Wachstum und damit auch für die soziale Sicherheit. Sie ermöglicht es, neue Märkte zu erschließen, stärkt regional und global die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, schafft neue Arbeitsplätze und macht diese auch erreichbar; Sie bereitet den Weg für zusätzliche Wertschöpfungsketten mit neuen Produktions- und Dienstleistungsstandorten. Mobilität sichern heißt für Hessen, in den Märkten der Gegenwart und der Zukunft vorne mitzuwirken. Die zentrale

Lage Hessens in einem erweiterten Europa ist dabei der erste Pluspunkt.

## **Luftverkehr**

Der Frankfurter Flughafen muss neben dem internationalen Schienen- und Straßennetz der zweite wichtige Trumpf des Wirtschaftsstandorts bleiben. Bereits heute bietet der Flughafen insgesamt nahezu 200.000 Menschen Arbeit und Beschäftigung. Mit dem Bau einer neuen Landebahn schaffen wir die Voraussetzungen, am Wachstum des internationalen Flugverkehrs teilzunehmen und damit insgesamt 100.000 neue Arbeitsplätze mit allen positiven Folgen für den Finanzplatz Frankfurt, für Hessen und die Bundesrepublik Deutschland. Die Ergebnisse des Mediationsverfahrens, insbesondere die Vereinbarungen des Regionalen Dialogforums zur Lärminderung haben dabei höchste Priorität.

Wir werden die großartigen Chancen im internationalen Luftverkehr nutzen und

- den Bau der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen umsetzen und damit seine Position im internationalen Wettbewerb deutlich stärken
- mit dem Bau des neuen Terminals 3 die Voraussetzungen für mehr Effizienz bei der Abfertigung gewährleisten
- die mit dem Ausbau verbundene Entwicklung der gesamten Verkehrsinfrastruktur im Umfeld des Flughafens fortsetzen
- nicht zuletzt in Kassel-Calden den bestehenden Flughafen für den Bedarf der Wirtschaftsunternehmen und des Tourismus neu bauen und so einen unübersehbaren Akzent für die Weiterentwicklung Nordhessens setzen
- die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Frankfurter Flughafens durch eine enge Verknüpfung mit dem Flughafen Frankfurt-Hahn verbessern.

## **Nah- und Fernverkehr mit Bus und Bahn**

Die bestehenden ICE-Strecken in Hessen, auch die zuletzt gebaute Verbindung Frankfurt – Köln, zeigen eindrucksvoll die Bedeutung der Schieneninfrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung.

Für die Erweiterung der Mobilität auf der Schiene wollen wir

- die schnelle Planung und Realisierung der ICE-Strecke Frankfurt – Darmstadt – Mannheim und
- den zeitnahen Ausbau der ICE-Strecke Fulda – Frankfurt voranbringen

- Frankfurt als Herz des deutschen und europäischen Eisenbahnverkehrs stärken und dazu das Konzept Frankfurt Rhein Main Plus beschleunigt umsetzen - beispielsweise durch den Neubau und Umbau der Eisenbahnzufahrten zum Hauptbahnhof Frankfurt und durch den Neubau einer weiteren Eisenbahnbrücke über den Main bei Niederrad.

Das wachsende Mobilitätsbedürfnis der Menschen kann nur bewältigt werden, wenn die Qualität des Angebots bei Bussen und Bahnen im Regional- und Öffentlichen Personennahverkehr kontinuierlich wächst. Hier ist Hessen vorbildlich. Der große Zuwachs der Zahl der Fahrgäste belegt den Erfolg des hessischen Weges einer Gleichberechtigung zwischen Individualverkehr und Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV). Deshalb wollen wir unter anderem

- die Nordmainische S-Bahn von Frankfurt nach Hanau
- den Ausbau der S-Bahn-Verbindung von Frankfurt-West nach Bad Vilbel und Friedberg
- den Ausbau der S-Bahn-Tunnel-Stammstrecke durch Frankfurt (Erhöhung der Kapazität von 22 auf 24 Züge pro Stunde und Richtung)
- den Bau der S-Bahn-Station Gate-Way-Gardens am Frankfurter Kreuz
- die Planung der Regionaltangente West (von Bad Homburg über Frankfurt/Höchst, Flughafen nach Neu-Isenburg)
- eine durchgängige S-Bahn-Verbindung zwischen der Region Rhein-Main und Rhein-Neckar mit einer Anbindung an das neue Terminal 3 am Frankfurter Flughafen.

## **Straßenbau**

Die Hessische Landesregierung hat die jährlichen Investitionen für die Landesstraßen – wie versprochen – auf 85 Millionen Euro aufgestockt. Ab 2008 sollen pro Jahr 100 Millionen Euro investiert werden - und damit gegenüber dem rotgrünen Mangelprogramm der neunziger Jahre mehr als das Dreifache. Bei diesen und darüber hinausgehenden Investitionen werden wir neue Finanzierungsformen, beispielsweise die Realisierung von PPP-Projekten, prüfen.

Mit großer Intensität werden wir auf der Planungs- und Genehmigungsebene den Aus- und Weiterbau folgender Fernstraßen forcieren:

- A 44
- A 49
- A 67 (sechsspuriger Ausbau)

- A 45 (sechsstreifiger Ausbau bis 2020 zwischen Herborn-Süd und Wetzlar-Ost)
- A 66 und A 661
- A4 (Lückenschluss zwischen Olpe und Hattenbach durch eine leistungsfähige, kreuzungsfreie, mehrspurige Bundesfernstraße)
- Riederwaldtunnel
- B 49 (zwischen Limburg und Wetzlar)
- B 3 (Lückenschluss bei Niederweimar)

Darüber hinaus werden wir zur Entlastung der Anwohner eine Vielzahl von Ortsumgehungen im Bereich von Bundesfernstraßen weiter vorantreiben.

### **Staufreies Hessen**

Vor allem für die Straßeninfrastruktur, aber auch besonders in der gemeinsamen Vernetzung der übrigen Verkehrsinfrastruktur wie dem ÖPNV, wollen wir für Hessen wichtige Mobilitätsziele erreichen.

Unter der Überschrift „Staufreies Hessen 2015“ haben wir hierzu eine ehrgeizige Vision und eine strategische Zielsetzung zugleich in Angriff genommen.

Es ist bereits heute absehbar, dass der notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht ausreichen wird, um die prognostizierte Zunahme des zukünftigen Verkehrs zu bewältigen. Deshalb wollen wir auf dem bestehenden Straßennetz durch intelligente Verkehrstechnik und durch wirkungsvolles Verkehrsmanagement vorhandene Kapazitätsreserven nutzen und so größere Freiräume auf Hessens Straßen schaffen.

Durch modernste Technologien, innovative Verkehrseinrichtungen (z. B. Verkehrszentrale Hessen, DIANA), durch zukunftsweisende Prozesse „Integration von Herstellern und Dienstleistern“ und durch neue Organisationsformen (Integriertes Verkehrsmanagement Frankfurt Rhein-Main GmbH, Centrum für Satellitennavigation Hessen GmbH (CESAH) ist es im Rahmen des Projekts „Staufreies Hessen 2015“ bereits gelungen, den Verkehrsfluss zu verbessern und erste erfolgreiche Meilensteine zu setzen. Dazu gehört beispielsweise auch die temporäre Freigabe des Seitenstreifens auf ca. 56 km hessischer Autobahnen.

Um das ehrgeizige Ziel „Staufreies Hessen“ zu erreichen und Hessen als Kompetenz-Zentrum für innovative Verkehrsmanagementkonzepte und moderne Verkehrstechnologien auszubauen, werden wir

- bereits begonnene Projekte im Bereich der Telematik fortführen und neue Initiativen ins Leben rufen
- die „Intelligente Straße“ und das „Intelligente Fahrzeug“ miteinander verzahnen und
- durch gezielte Kooperationen und gemeinsame Projekte den ÖPNV stärker in das Gesamtkonzept „Staufreies Hessen 2015“ einbinden
- das Baustellenmanagement der Hessischen Straßenbauverwaltung weiter optimieren (z.B. Verlagerung von Arbeiten in verkehrsschwache Zeiten und Verkürzung der Bauzeiten).

## **Hessen online**

### ***Die Breitbandoffensive geht weiter.***

Viele Unternehmen machen die Beurteilung der Qualität ihres Standorts nicht nur von den Angeboten an klassischer Infrastruktur abhängig. Unabdingbar ist darüber hinaus die uneingeschränkte Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs und mobiler Kommunikationsmöglichkeiten. Besonders Unternehmen außerhalb der Ballungsräume sind existenziell von einem weiteren Ausbau flächendeckender und schneller Zugänge abhängig. Die moderne Wissensgesellschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze sind in gleicher Weise darauf angewiesen, dass wir bei den Breitbandinfrastrukturen deutlich vorankommen. Um dies zu erreichen, müssen wir zum einen den Wettbewerb zwischen den Dienstleistungsunternehmen der Telekommunikationsindustrie stärken und zum anderen dafür sorgen, dass sich die Investitionen für diese Unternehmen auch lohnen.

Wir werden deshalb darauf drängen, dass bis zum Jahr 2010

- auch der ländliche Raum flächendeckend mit leistungsstarken Internetanschlüssen versorgt wird
- die privaten Netzbetreiber eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Mobil- und Datenfunknetzen gewährleisten.

## **Informativ. Vielfältig. Kompetent.**

### ***Medienpolitik im digitalen Zeitalter***

Wir werden den Übergang der klassischen analogen Medien, wie Radio und TV, in das digitale Zeitalter weiter begleiten und fördern.

Wir werden daher

- allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen gleiche Chancen geben, alle Informationsangebote nach eigenem Wunsch in Anspruch zu nehmen, denn: Medienvielfalt ist Meinungsfreiheit - dabei ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in besonderer Weise der Informationsvermittlung und Meinungsvielfalt verpflichtet
- regionale Berichterstattung zur Vermittlung hessischer Identität erhalten
- die Filmförderung intensivieren und zur Steigerung der Attraktivität des Standorts Hessen für die Film- und Medienbranche hessische Filmfestivals fördern. Gleichzeitig werden wir den Fokus auf kindgerechte Sendungen und Filme legen, um Kindern Medienkompetenz zu vermitteln
- uns trotz allen Fortschreitens neuer Medien und neuer Verbreitungswege dafür einsetzen, klassische Medien, insbesondere Printmedien, zu erhalten
- dafür Sorge tragen, dass Programmangebote zur Grundversorgung durch Fernsehen und Radio unverschlüsselt empfangen werden können
- das duale System von öffentlichem und private Rundfunk erhalten und im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben weiterentwickeln.

## **2. Kooperativ. Marktgerecht. Fair.**

### ***Wirtschaftspolitik nach Maß***

#### **Beraten und fördern**

#### ***Politik für Mittelstand und Existenzgründer***

Das Land Hessen hat mit der 2004 gegründeten Hessen Agentur GmbH alle Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung zusammengeführt und damit ein Kompetenzzentrum von der Gründungs- über die Standort- bis hin zur Technologieberatung geschaffen. Außerdem werden Leistungen vermittelt, die eigene und externe Einrichtungen anbieten. Die Hessen Agentur unterhält hierfür ein Netzwerk mit der Investitionsbank Hessen, der KfW-Mittelstandsbank, den Wirtschaftsförderungen des Landes, der Regionen und der Kommunen, dem RKW, dem Wirtschaftsministerium, den Kammern sowie mit den Business-Angel-Netzwerken, Transferstellen und Existenzgründungshilfe-Vereinen.

Marktzugang für Unternehmen zu eröffnen heißt auch, Gründern den Weg in den Markt zu ebnen und allen an einer Existenzgründung oder Betriebsübernahme Beteiligten einen optimalen Überblick über alle hessischen, nationalen



und europäischen Förderprogramme und Beratungsleistungen zu ermöglichen.

Wir werden deshalb

- dafür sorgen, dass alle zu einer Firmengründung von Behördenseite nötigen Mitwirkungsschritte binnen einer Woche durchgeführt werden
- alle bewährten Programme und Finanzierungshilfen für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen fortsetzen und vor allem auch die wirtschaftseigenen Verbände und Kammern bei ihren diesbezüglichen Dienstleistungsangeboten unterstützen
- eine zentrale Informationsstelle einrichten, bei der alle diesbezüglichen Informationen einschließlich der Fördermittel im Bereich der Berufsausbildung unter einer Telefonnummer abgefragt werden können
- ein Antragskompetenzzentrum als Servicestelle schaffen, das in Fragen der Teilnahme an europäischen Förderprogrammen allen Interessierten mit Rat und Tat zur Seite steht.

Wir werden uns weiter für den deutlichen Ausbau der Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung auch bei kleinen und mittelständischen Unternehmen einsetzen.

## **Modernes Vergaberecht**

### ***Mittelstandsfreundliche Vergabepolitik weiterentwickeln***

Das Land Hessen hat in den letzten Jahren das Vergaberecht mit Blick auf die mittelständischen Unternehmen verbessert und die Möglichkeiten der freihändigen Vergabe ausgebaut: In einer ersten Stufe wurde die Grenze für die freihändige Vergabe auf 25.000 Euro angehoben, in einer zweiten Stufe soll diese Grenze auf 50.000 Euro angehoben werden.

Um einen fairen Wettbewerb zu erreichen, sollen zukünftig im Rahmen von Vergabeverfahren Dumpingangebote nicht zum Zuge kommen. Dafür müssen die Bedingungen der VOB „Qualität, Zuverlässigkeit und Leistungsbereitschaft“ mehr in den Vordergrund gerückt werden. Ziel muss sein, bei öffentlichen Vergabeentscheidungen nicht das billigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot zum Zuge kommen zu lassen

## **Von Konkurrenz profitieren vor allem die Bürger.**

### ***Märkte für mehr Wettbewerb öffnen***

Marktwirtschaft braucht den Wettbewerb. Der Wettbewerb als Quelle von Innovation sichert die stetige Qualitätsverbesserung von Produkten und Dienstleistungen als Vorteil

beim Werben um die Kunden weltweit, reduziert Kosten und Materialeinsatz im Erstellungsprozess und schont damit die knappen Ressourcen. Der Staat hat zur Sicherung von Wettbewerb die zentrale Aufgabe, den Marktzugang für neue Marktteilnehmer zu sichern. Dazu müssen bestehende Marktzutrittsschranken beseitigt und – wo dies nicht möglich ist – notfalls auch eine eigentumsrechtliche Entflechtung verfestigter und teilweise monopolistischer Marktstrukturen durchgesetzt werden. Nur in Bereichen, in denen Wettbewerb aus technischen Gründen dauerhaft nicht möglich ist, wie Leitungsnetzen für Strom und Gas, Wasser oder dem Schienennetz der Bahn, sollte der Staat dauerhaft intervenieren und die Nachfrager vor dem Missbrauch der Marktmacht von Monopolisten schützen.

Wir werden

- den erfolgreichen Weg der Marktöffnung im Bereich des ÖPNV konsequent fortsetzen – im Interesse der Fahrgäste, der Steuerzahler und der Qualität
- auch bei der Wasserversorgung das Kartellrecht konsequent nutzen, um weitere Preissenkungen zu erreichen
- darauf achten, dass das in der Hessischen Gemeindeordnung verankerte Prinzip einer generellen Priorität der Privatwirtschaft eingehalten wird.

## **Schwarzarbeit bekämpfen**

### ***Damit der Ehrliche nicht der Dumme ist.***

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit muss konzertiert zwischen kommunalen Ämtern, Arbeitsverwaltung, Hauptzollämtern, Ortspolizeibehörden und der Handwerksorganisation erfolgen.

Wir werden dazu

- eine Initiative auf Bundesebene auf den Weg bringen, die eine Verbesserung des Steuerbonus für Handwerksleistungen zum Ziel hat
- die gerade das Handwerk sehr belastende sogenannte Scheinselbstständigkeit aktiv bekämpfen
- neben Maßnahmen auf EU-Ebene gerade auch nationale Maßnahmen unterstützen, die zur Verbesserung der Rechtslage und der Kontrollmechanismen beitragen
- alle Bestrebungen unterstützen, illegal Beschäftigte und Schwarzarbeiter von den Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung auszuschließen, denn den ordnungsgemäß in die gesetzliche Unfallkasse einzahlenden Unternehmen ist es nicht länger zuzumuten, ihre illegale Konkurrenz indirekt zu „subventionieren“.

### **3. International denken. Regional handeln.**

#### ***Starke Regionen in einer globalisierten Welt***

#### **Hessen als europäische Wirtschaftsregion**

Als europäische Wirtschaftsregion und bedeutender Finanzdienstleistungsstandort mit Sitz der Europäischen Zentralbank hat Hessen größtes Interesse an einer starken, wirtschaftlich integrierten EU und an einer erfolgreichen europäischen Wirtschaftspolitik. Die Europäische Union steht mitten im Prozess der Globalisierung. Unser Flughafen Frankfurt am Main z. B. wird bald mehr mit dem aufstrebenden Luftverkehrskreuz Dubai als mit London oder Paris konkurrieren. Auf diesen Wettbewerb müssen wir uns in Europa, Deutschland und Hessen besser einstellen. Hessische Europapolitik muss immer hessische Politik zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft in der EU sein.

Das gilt auch und besonders vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie: Wir unterstützen dieses Vorhaben nachdrücklich - insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung, Verbesserung der Qualität von allgemeiner und beruflicher Bildung sowie Ausbau der Wissensgesellschaft durch Stärkung von Forschung und Entwicklung.

Wir wollen

- auch weiterhin für faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in Europa eintreten. Ein unfairer Steuer- und Subventionswettbewerb zu Lasten deutscher und hessischer Arbeitsplätze und der öffentlichen Haushalte muss unterbleiben
- einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Regionen und Ländern und die dazu gehörigen eigenen Steuerkompetenzen
- uns dafür einsetzen, dass das Fördergefälle zu den EU-Hochfördergebieten deutlich reduziert wird
- dafür sorgen, dass EU-interne Umwelt- und Sozialstandards nicht zu Wettbewerbsnachteilen europäischer, deutscher und hessischer Unternehmen im globalen Wettbewerb führen

- den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping aufnehmen. Im Rahmen der Osterweiterung hat der Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zugenommen - deshalb setzen wir auf schnelle, wirksame und grenzüberschreitende Kontrollen und werden zur Bekämpfung des Missbrauchs der Niederlassungsfreiheit die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen, Ordnungsämter und Kammern verbessern
- flexible und unbürokratische Lösungen für ausländische Saisonarbeitskräfte, insbesondere in Landwirtschaft, Weinbau und Tourismus
- uns weiterhin für die strikte Erfüllung der Maastrichter Stabilitätskriterien bei der Einführung des Euro in weiteren Mitgliedstaaten der EU sowie die strikte Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaketes einsetzen
- die Leistungsfähigkeit und die regionale Verwurzelung der Sparkassen in Hessen gerade im Hinblick auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Unsere Sparkassen sind nah am Kunden und erfüllen die Aufgabe der Kreditvergabe an die mittelständische Wirtschaft. Dies ist gerade in Hessen wichtig, wo viele mittelständische Betriebe in den Regionen beheimatet und auf diese erfolgreiche Kooperation angewiesen sind. Wir bekennen uns zur Dreigliedrigkeit des Finanzsystems und damit zur öffentlich-rechtlichen Säule mit den Sparkassen vor Ort und der Landesbank mit ihrer Sparkassenzentralbank- und Kommunalbankfunktion. Durch die von uns veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen hat die S-Finanzgruppe mehr Möglichkeiten erhalten, um auch in Zukunft eine starke Säule in der dreigliedrigen Bankenlandschaft zu bilden.

## **Finanzplatz Frankfurt**

Für den Finanzstandort Deutschland hat der Finanzplatz Frankfurt eine herausragende Bedeutung. Unser Ziel ist es, den Finanzplatz im Wettbewerb mit den Finanzstandorten London und Paris weiter zu stärken.

Wir werden daher

- an einer weiteren Entlastung der Kreditwirtschaft von aufsichtsfremden Kosten arbeiten
- dafür sorgen, dass spätestens im Jahr 2009 in Deutschland die Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte eingeführt wird. Sie ist Bestandteil der Unternehmenssteuerreform 2008 und wurde in Hessen konzipiert - Ziel der Abgeltungssteuer ist vor allem die Stärkung des Finanzplatzes Deutschland mit seinem Zentrum Frankfurt am Main

- weiter das Ziel verfolgen, eine Ansiedlung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Frankfurt zu erreichen, um dadurch die Bedeutung des Finanzplatzes zu unterstreichen
- alle Möglichkeiten zum Bürokratieabbau für die Finanzdienstleistungsunternehmen nutzen
- die Stärkung der Bundesbank im Bereich der Bankenaufsicht forcieren
- die Einrichtung eines Fonds zur Bürgschaftsabsicherung prüfen
- die Weiterentwicklung moderner Finanzierungsformen auch und besonders für mittelständische Unternehmen fördern
- den Informationszugang im Bereich von PPP-Projekten insbesondere für die mittelständischen Unternehmen deutlich verbessern
- die Standardisierung von PPP-Projekten auf Landesebene vorantreiben
- weiter daran arbeiten, dass wir in Deutschland wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für neue, innovative Finanzprodukte entwickeln
- das finanzwissenschaftliche Kompetenzzentrum und künftige Aushängeschild europäischer Finanzforschung und -lehre, das House of Finance (HoF), fertigstellen
- das bereits konzeptionell begonnene Finanzplatz-Marketing unter Beteiligung der Finance-Community sukzessive umsetzen und ausbauen.

### **Gesundheits- und Wissensregion Mittelhessen**

Mittelhessen ist eine herausragende Wissensregion und ein starker Medizinstandort mitten in Deutschland. Die CDU hat für die Fortentwicklung in diesen zukunftssträchtigen Bereichen den Rahmen gesetzt und wird dies auch zukünftig tun.

Die Zahlen belegen, dass Mittelhessen ein Wissenschaftsstandort von nationaler Bedeutung ist. Hier existieren drei Hochschulen mit 50.000 Studenten und es ist die Region mit der größten Forschungsintensität im deutschen Hochschulbereich. Diese Bedingungen kommen dem Standort in Gänze zugute und werden mit zunehmender Bedeutung des Faktors Wissen in der Arbeitswelt immer wichtiger.

Von großer Bedeutung für den gesamten Medizinstandort Mittelhessen ist die positive Entwicklung der privaten Uniklinik Gießen-Marburg. Hier hat sich der private Betreiber verpflichtet, neben dem Kaufpreis von 112 Millionen Euro

weitere 367 Millionen Euro in die Kliniken zu investieren, davon rund 260 Millionen Euro in Neu- und Umbauten der Klinikgebäude. In Gießen wird ein Neubau die alten Klinikbauten weitgehend ersetzen. In Marburg wird bis 2012 ein Internationales Zentrum für Partikeltherapie zur Tumorbekämpfung aufgebaut (100 Millionen Euro). Zudem hat das Land eine Stiftung zur Förderung der Hochschulmedizin mit einem Kapital von 100 Millionen Euro errichtet.

Gerade in Mittelhessen ermöglicht der massive Ausbau der Investitionen im Bereich der Infrastruktur, dass mit dem hervorragenden Straßennetz die ideale geografische Lage der Region genutzt werden kann. Besondere Bedeutung kommt in dieser Hinsicht dem Lückenschluss der A 49 zwischen Kassel und Gießen sowie dem Ausbau der B 49 Limburg – Weilburg zu.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode

- Mittelhessen zu einer Wissens- und Gesundheitsregion mit internationalem Ruf weiterentwickeln
- im Sinne der Regionalentwicklung weiterhin die Universitäten in Gießen und Marburg sowie die Fachhochschule Gießen-Friedberg ausbauen und stärken
- die Hessen Agentur beauftragen, ein Gesamtkonzept zur Förderung der inter-nationalen Nachfrage nach Dienstleistungen auf dem Gesundheitssektor zu erstellen.

### **Nordhessen – starke Entwicklung bei Mobilität, Technologie, Tourismus und Kultur**

Nordhessen hat sich in den letzten Jahren zu einer Erfolgsregion entwickelt. Die CDU hat in Nordhessen viele Impulse gesetzt, um die Attraktivität der Region zu steigern und gezielt die Stärken des Standortes auszubauen. Die Entwicklung zu einer bedeutenden Logistikregion, einem Zukunftsstandort für Wissenschaft und Forschung sowie einem kulturellen Zentrum in Deutschland ist heute Markenzeichen Nordhessens.

Die CDU hat für Nordhessen die jahrelange Blockade im Straßenbau beseitigt. Gegenüber rot-grünen Zeiten haben sich die Mittel für Landesstraßen in Hessen verdoppelt. Nordhessen hat für die CDU beim Thema Straßenbau weiterhin hohe Priorität. Der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden steigert durch die verbesserten Verkehrsbedingungen die Attraktivität des Standortes Nordhessen für die Unternehmen. Laut Prognosen werden durch den Ausbau 1.150 dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen.

Auch im Bereich Wissenschaft ist Nordhessen Spitze. Die Hochtechnologie hat hier nicht zuletzt mit dem Zentrum für

Nanostrukturforschung einen bundesweiten Schwerpunkt. Die Anzahl von mehr als 200 Existenzgründungen aus der Universität Kassel heraus verdeutlicht, wie stark die gesamte nordhessische Wirtschaft von diesen Potentialen profitiert und weiter gestärkt wird.

Mit der CDU wurde Nordhessen zu einem wichtigen Logistikstandort europäischer Dimension ausgebaut. Wir haben die Wirtschaftsfördermittel für Nordhessen deutlich aufgestockt. In den letzten fünf Jahren konnten so fast 360 Projekte – wie moderne, gemeindeübergreifende Gewerbegebiete – mit einem Investitionsvolumen von fast 500 Millionen Euro realisiert werden. Mit millionenschweren Zuschüssen fördert Hessen vor allem die Rahmenbedingungen für die dort ansässige Automobilindustrie und das Güterverkehrszentrum Kassel. International bedeutende Logistikunternehmen schätzen den Standortvorteil.

Diese Maßnahmen führen dazu, dass Nordhessens wirtschaftliche Fortentwicklung unübersehbar ist. Dies verdeutlicht auch ein Blick auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Während die Arbeitslosigkeit zwischen 1999 und 2005 in Deutschland um 15 Prozent angestiegen ist, ging die Arbeitslosenzahl in Nordhessen um mehr als 8 Prozent zurück.

Mit Kassel als drittgrößtem Museumsstandort in Deutschland ist Nordhessen ein zentraler Kulturstandort. Allein in das Projekt „Museumslandschaft Kassel“ werden bis 2015 rund 200 Millionen Euro investiert. Die Weltausstellung documenta ist ein kulturelles Ereignis von internationaler Bedeutung und wird auch weiterhin entsprechend gefördert.

Wir werden in Fortführung unserer Politik

- Nordhessen zu einem europäischen Verkehrsknoten aller Verkehrsträger ausbauen
- zur Stärkung des nordhessischen Standortes dafür kämpfen, dass in jedem Fall eine Transrapidstrecke in Deutschland realisiert wird
- die Forschung und Entwicklung im Bereich nachwachsender Rohstoffe stärken
- die Zusammenarbeit von Firmen, Hochschulen und kommunalen Einrichtungen zu einem Netzwerk der dezentralen Energietechnik in Nordhessen unterstützen - durch dezentrale Energietechnik und Energieeffizienz wird die wirtschaftliche und soziale Perspektive für Nordhessen kontinuierlich verbessert
- die großartigen Chancen der Region in den Bereichen Tourismus und Wellness nutzen.

## **4. Klimafreundlich. Wirtschaftlich. Sicher.**

### ***Für eine nachhaltige Energiepolitik***

#### **Klimaschutz als oberstes Ziel**

Der globale Klimawandel einerseits und die Gewährleistung einer sicheren und preiswerten Energieversorgung andererseits stellen uns vor die Herausforderung, kostengünstige und effiziente Techniken und Strategien zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung zu entwickeln. Wir bekennen uns zu dem Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien an der Endversorgung bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent zu steigern. Auf Basis des Klimapaktes im Rahmen der Umweltallianz Hessen wurde für Hessen bereits ein Klimaschutzkonzept erarbeitet. Konkrete Kooperationsprojekte mit Unternehmen der Wirtschaft, mit Kommunen und Privaten sollen technische Innovationen fördern, die die als klimaschädlich eingestuften Emissionen reduzieren. Den Klimapakt wollen wir weiter konsequent umsetzen.

Wir wollen

- uns mit Gesetzesinitiativen im Bundesrat zur Verminderung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub> für Möglichkeiten erweiterter steuerlicher Begünstigungen baulicher Maßnahmen einsetzen, die der Energieeinsparung in privaten Haushalten dienen, wenn diese Arbeiten durch Fachbetriebe ausgeführt werden - neben der Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen werden damit Abhängigkeiten von Energieimporten verringert und gleichzeitig wichtige Investitions- und Beschäftigungsimpulse für das heimische, mittelständisch geprägte Bauhandwerk geschaffen
- weitere „Modellregionen für erneuerbare Energie“ einrichten. Neben der Energieerzeugung wird in diesen Modellregionen besonderer Wert auf Energiedienstleistungen einschließlich qualifizierter Beratung durch öffentlich-private Partnerschaften im Rahmen von Contracting-Modellen gelegt - dabei werden auch Nahwärmenetze eine wachsende Bedeutung erhalten
- die Vorreiterstellung Hessens bei der Beheizung öffentlicher Gebäude mit Holz weiter ausbauen
- die Geothermie als regenerative Energieform zur Beheizung von Gebäuden verstärkt berücksichtigen und somit die natürlich vorhandene Wärme unserer Erde nutzen
- die private Nutzung oberflächennaher Geothermie zur Gebäudeheizung durch Beratungsangebote und eine unbürokratische Genehmigungspraxis unterstützen



- die Forschung zur Nutzung tiefer Geothermie weiterhin finanziell fördern
- bei der Nutzung von Windenergie im windarmen Hessen besonders auf die Belange des Tourismus, des Landschaftsschutzes und des Immissionsschutzes achten
- durch die Förderung von Wärmeschutzmaßnahmen den Heizölverbrauch bei älteren Gebäuden deutlich senken und das Projekt „10-Liter-Haus“ als Zielstandard ausbauen.

Trotz erheblicher Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien im Rahmen eines ausgewogenen Energiemixes wird auf absehbare Zeit die Kernenergie nicht vollständig ersetzt werden können. Alle Untersuchungen zeigen, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus Gründen des Klimaschutzes nicht zu vertreten ist, da dann höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen die zwangsläufige Folge sind. Der Einsatz von Kernenergie ermöglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Deshalb werden wir uns aus Gründen des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hessen für einen Weiterbetrieb von Biblis A und B auf höchstem Sicherheitsniveau einsetzen.

### **Den Einsatz „grüner Energie“ verstärken**

Die Biomasse weist unter den erneuerbaren Energien die größten Wachstumspotentiale auf und zeichnet sich gegenüber Wind oder Sonne dadurch aus, dass die Energiegewinnung planbar und steuerbar ist. Biomasse lässt sich sowohl für die Erzeugung von Strom und Wärme als auch von Kraftstoffen einsetzen und setzt dabei nur soviel CO<sub>2</sub> frei, wie die Pflanze zuvor beim Wachsen aufgenommen hat. Damit leistet Biomasse einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen, kostengünstigen, umwelt- und klimaschonenden Energieversorgung.

Diese „grünen Energieträger“ bieten auch große Chancen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Neben der Produktion von Nahrungsmitteln werden Landwirte künftig als Energiewirte zur Erzeugung von Energie und nachwachsenden Bio-rohstoffen beitragen. Das eröffnet den Landwirten neue Einkommensmöglichkeiten, steigert die Wertschöpfung im ländlichen Raum, leistet einen positiven Betrag zum Klimaschutz und verringert die Abhängigkeit von Energieimporten.

Wir werden daher

- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die „grüne Energie“ und die stoffliche Nutzung von Biomasse zu zentralen Wirtschaftsfaktoren im ländlichen Raum werden
- die Biorohstoffe durch ein spezielles Landesprogramm fördern
- den Bereich angewandter Forschung und Entwicklung „Grüner Energie“ weiter voranbringen und auf strategische Partnerschaften mit der Wirtschaft und den Kommunen setzen
- die noch bestehenden Hindernisse zur Einspeisung von Biogas in das öffentliche Gasnetz beseitigen, um der Biogaserzeugung zum Durchbruch zu verhelfen
- uns bundesweit dafür einsetzen, dass Energiegetreide auch in kleinen und mittleren Anlagen unter 100 KW sinnvoll zur Energieerzeugung genutzt werden kann
- weitere BioRegioHolz-Regionen in Hessen einrichten
- eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Hinblick auf praxismgerechte Lösungen sowie Vergütungssätze für Gas und Wärme vorantreiben
- beim Regionalflughafen Kassel-Calden den nachhaltigen und ökologischen Ausbau, der erstmals bereits in der frühen Planungsphase eines bedeutenden Infrastrukturprojektes verfolgt, weiter fortsetzen - eine ganze Region – vom Landwirt bis zum Ingenieur – bringt sich hierbei mit Kreativität und Engagement ein - wir erwarten, dass der „Grüne Flughafen Kassel-Calden“ nach seiner erfolgreichen Realisierung beispielgebend für andere Großprojekte sein wird
- bei der Renovierung, Sanierung und dem Neubau von landeseigenen Liegenschaften auf die Energieeffizienz der Gebäude, die Verwendung von Baumaterialien aus Biorohstoffen und eine nachhaltige Energieversorgung achten
- dafür sorgen, dass die Straßenbauverwaltung des Landes zukünftig bei vergleichbaren Kosten Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen einsetzen wird
- im Rahmen der Umweltallianz Hessen verstärkt bei den Partnern in der Wirtschaft und den Kommunen nachdrücklich dafür werben, dass bei deren Investitionsvorhaben Energie aus heimischer Produktion, Energieeffizienz und Produkte aus Biorohstoffen den Vorzug erhalten.

### **Für einen freien Energiemarkt**

Auch der Energiemarkt braucht den Wettbewerb, denn dort, wo Wettbewerb herrscht, sind die Preise niedrig, wird Leistung belohnt und Innovation gefördert. Dazu müssen beste-

hende Marktzutrittsschranken beseitigt und – wo dies nicht möglich ist – notfalls auch eine eigentumsrechtliche Entflechtung verfestigter und teilweise monopolistischer Marktstrukturen durchgesetzt werden. Der Staat muss die Kunden vor dem Missbrauch der Marktmacht von Monopolisten schützen.

Wir werden

- uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass bei Strom und Gas wettbewerbsorientierte Marktordnungen geschaffen werden
- darauf achten, dass günstigere Anbieter Strom und Gas durch die Netze und Leitungen der Energieunternehmen transportieren können
- das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen weiterentwickeln und um eine Regelung zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen ergänzen, so dass die Anzahl der Stromerzeuger deutlich steigt
- uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass bei Strom und Gas die Last von direkten und indirekten Abgaben merklich abgesenkt wird.

### **Energieforschung forcieren**

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode verstärkt die Energieforschung fördern. Das betrifft Fragen nach der Optimierung bekannter und Gewinnung alternativer und neuer Energieformen sowie ihre sichere und kostengünstige Herstellung. Wir verfolgen hierbei eine Gesamtstrategie, um bundesweit eine Vorreiterrolle zu übernehmen: Ähnlich dem NanoNetzwerk Hessen werden wir eine flexible, interdisziplinär gestaltete Struktur schaffen und fördern, in der zum Beispiel Klimaforscher und Ingenieure zusammenwirken („Hessisches Forschungsnetzwerk Energie“). Ein solches landesweites „joint venture“ der wichtigsten Forschungsinstitutionen in der Energieforschung (Solarenergie, Wasserstoffspeicher, CO<sub>2</sub>-Sequestrierung etc.) wäre deutschlandweit einzigartig.

## **IV. Für einen starken Staat**

### **1. Freiheit in Sicherheit**

Freiheit ist das zentrale Grundrecht unserer Verfassung. Sicherheit ist die Grundbedingung zur Erfüllung dieser Freiheit. Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb genießt die Sicherheit als herausragendes Bürgerrecht bei uns höchste Priorität. Wir haben auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit hervorragende Erfolge erzielt. Die Aufklärungsquote wurde Jahr für Jahr auf den Rekordwert von über 55 Prozent gesteigert. Die Zahlen der Straftaten sind gesunken und befinden sich teilweise auf historischen Tiefstständen.

Diese Erfolge waren nur möglich durch die hohe Motivation, Sachkunde und Einsatzfreude aller Mitarbeiter der Polizei, des Verfassungsschutzes und anderer Behörden und Institutionen der Inneren Sicherheit. Aber die Herausforderungen der inneren Sicherheit stellen sich täglich neu. Deshalb werden wir für die Freiheit und Sicherheit unserer Bürger entschlossen weiterarbeiten.

### **Unsere Polizei stärken**

Wir werden die Spitzenstellung der hessischen Polizei durch personelle, technische, strategische und rechtliche Maßnahmen sicherstellen und ausbauen.

Wir wollen

- die Personalstärke der hessischen Polizei in der nächsten Wahlperiode im Rahmen unserer Möglichkeiten erhöhen - dazu streben wir an, ab dem Jahr 2008 jährlich 500 Polizeianwärter einzustellen
- den Anteil der Beamten mit Migrationshintergrund erhöhen
- durch Fort- und Weiterbildungsangebote die „interkulturelle Kompetenz“ der Polizei stärken
- die technische Spitzenstellung der hessischen Polizei ausbauen durch kontinuierliche Weiterentwicklung der Informationstechnik und zeitgerechten Austausch von technischem Gerät und Fahrzeugen
- den konsequenten Ausbau des Digitalfunks für Sicherheitsbehörden (BOS), wenn die notwendigen bundeseinheitlichen Standards gegeben sind
- das Arbeitsumfeld der Bediensteten durch weitere Bauinvestitionen und Fortführung des „Wachenprogramms“ kontinuierlich verbessern.

## **Die Mittel zur Verbrechensbekämpfung schärfen**

Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur effektiven Verhinderung und Aufklärung von Straftaten verbessern durch

- die rechtliche Gleichstellung des genetischen mit dem herkömmlichen Fingerabdruck. Mit der Einführung einer bundesweiten Gendatei für Straftäter nach Vorbild des Verfahrens für Fingerabdrücke können die Zufallsfunde vervielfacht werden. Dies trägt zur Sicherung der Bevölkerung vor Schwerkriminellen gerade im Bereich von Sexualdelikten bei - Mehrfachtäter können schneller ermittelt und von weiteren Straftaten abgehalten werden
- die Einführung eines Registers für Sexualstraftäter
- die verbesserte Nutzung der bei der Überwachung des Verkehrs anfallenden Mautdaten zur Bekämpfung schwerer Straftaten.

Außerdem werden wir die erfolgreiche Strategie zur Verbrechensbekämpfung fortsetzen und ausbauen durch

- die Intensivierung der ereignis- und verdachtsunabhängigen Kontrollen (Schleierfahndung)
- die Stärkung des Intensivtäterprogramms
- den kontinuierlichen Ausbau der Videoüberwachung auf den Straßen und Plätzen mit besonderer Kriminalitätsgefährdung
- die Intensivierung des Kontakts zum Bürger durch das Programm „Schutzmann vor Ort“
- den Ausbau der DNA-Analyse auf modernsten Standard in Europa
- die entschlossene Bekämpfung der Internetkriminalität durch den Ausbau der „Internetstreifen“ beim Landeskriminalamt
- den konsequenten Ausbau der Staatsschutzdienststellen und des Programms zur Früherkennung islamistischer Strukturen bei allen hessischen Polizeidienststellen, um damit den Gefahren des Extremismus und Terrorismus entschlossen zu begegnen.

## **Der organisierten Kriminalität entgegentreten**

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität bleibt auch zukünftig eine der großen Herausforderungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit.

Wir werden

- uns für die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung im Umfeld der organisierten Kriminalität einsetzen

- das Instrument der Vermögensabschöpfung intensiver nutzen - wir setzen dabei auf den konsequenten Zugriff auf die Gelder des organisierten Verbrechens - so treffen wir die organisierte Kriminalität an ihrem Lebensnerv
- die internationale Zusammenarbeit, etwa im Rahmen von Europol und Eurojust, weiter ausbauen - nur international aufgestellte Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichte werden grenzenloser Kriminalität unbegrenzt Recht entgegenhalten können.

## **Menschen stärken. Sucht bekämpfen.**

### ***Keine Macht den Drogen!***

Die Freigabe harter und weicher Drogen lehnen wir strikt ab, da sie dem Ziel der Ausstiegsorientierung widerspricht. Sucht ist ein verbreitetes und vielschichtiges Problem, das in vielen Teilen der Gesellschaft vorkommt und Männer wie Frauen, Jugendliche wie ältere Menschen gleichermaßen betrifft. Wir haben in Hessen daher ein effektives und erfolgreiches Suchthilfesystem erarbeitet. Dieses gilt es zu erhalten, den gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen und qualitativ weiterzuentwickeln.

Mit unserer Politik verfolgen wir folgende Ziele:

- Prävention
- Früherkennung und Reduzierung von speziellen Konsummustern
- Überlebenshilfe für Betroffene
- Behandlung einer Abhängigkeit mit allen nach aktuellem Stand der Wissenschaft zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

Wir werden dazu

- weiterhin Präventionsunterrichtsmodelle an den Schulen unter Beteiligung von Ärzten, ehemaligen Drogenabhängigen, Sozialarbeitern und Suchtexperten durchführen
- durch konsequente Rechtsanwendung und intensive polizeiliche Fahndungs- und Aufklärungsarbeit sowie strikte Überwachung bekannter Drogenumschlagsplätze, regelmäßig durchgeführte Razzien in Diskotheken und Jugendclubs die Szene permanent verunsichern, um so den Drogendealern ihr Handwerk so schwer wie möglich zu machen, und die Gefahren für Kinder und Jugendliche zu minimieren

- auch zukünftig dafür sorgen, dass bei Drogenabhängigen gesundheitliche Maßnahmen mit Therapie, Beratung und Rehabilitation durchgeführt werden - drogenersatzprogramme müssen zur Stabilisierung und Sozialisierung des Abhängigen führen und das Ziel verfolgen, ein Leben ohne Drogen zu führen
- mit Informationskampagnen Jugendliche über die Gefahren des Alkoholmißbrauchs aufklären und die Einhaltung der einschlägigen Jugendschutz-Bestimmungen streng überwachen.

### **„Kleinkriminalität“ nicht bagatellisieren**

Auch „Kleinkriminalität“ ist Kriminalität und häufig der Beginn krimineller Karrieren bis hin zu schweren Straftaten.

Wir werden deshalb

- auch zukünftig allen Bestrebungen zur Entkriminalisierung von Delikten wie Ladendiebstahl oder Schwarzfahren entschieden entgegenzutreten - Toleranz gegenüber Straftaten führt dazu, dass Täter den Respekt vor dem Rechtsstaat verlieren und weitere, oft schwerere Straftaten begehen
- Verwahrlosung und Beschädigung fremden Eigentums, etwa durch Graffiti-Sprayer nicht dulden und die Anti-Graffiti-Einsätze der hessischen Polizei fortsetzen.

### **Sicherheit durch Prävention**

Sicherheit kann am besten dann gewährleistet werden, wenn Straftaten erst gar nicht begangen und die Bürger gar nicht erst Opfer von Straftaten werden. Prävention ist deshalb die herausragende Aufgabe moderner Sicherheitspolitik. Die vielfältigen Initiativen und Projekte in Hessen werden fortgesetzt, ausgebaut und sollen in einem intelligenten Netzwerk den Bürger als Sicherheitspartner einbeziehen.

Wir werden daher

- das Erfolgsmodell des Freiwilligen Polizeidienstes konsequent weiter ausbauen - die Mitgliedschaft im Freiwilligen Polizeidienst ist unabhängig von der Staatsangehörigkeit und formalen Ausbildungsabschlüssen ein einzigartiges Angebot für alle und in besonderer Weise geeignet, Integration und friedliches Zusammenleben aller Bevölkerungsteile zu fördern
- den konsequenten Ausbau des „Netzwerks gegen Gewalt“ vorantreiben - im Zusammenwirken von Polizei, Kommunen, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Vereinen wollen wir möglichst frühzeitig Gewalttendenzen erkennen und ihnen wirksam begegnen

- mit Hilfe des Landespräventionsrats weiterhin die Kriminalprävention auf der Ebene des Landes vorantreiben, das ehrenamtliche Engagement und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen einbinden sowie die Präventionsarbeit vor Ort vernetzen und unterstützen
- Initiativen ergreifen, dass Anbieter und Nutzer illegaler Angebote im Internet nicht mehr auf den Deckmantel der Anonymität vertrauen können. Zumindest in Deutschland muss es für die Provider und Netzbetreiber zur Pflicht gemacht werden, dass nur solche Angebote erscheinen dürfen, deren Absender erkennbar und verfolgbar sind
- dafür werben, dass auch in Privatgebäuden der Schutz vor Kriminalität etwa durch den Einsatz von Alarmanlagen verstärkt wird
- „Schutzengel-Programme“ aufbauen, bei denen vor allem junge Frauen nach einem Antigewalt- und Kompetenztraining in Diskotheken und anderenorts als Präventionshelferinnen andere junge Leute davor bewahren, Konflikte mit Gewalt auszutragen, alkoholisiert Auto zu fahren oder Drogen zu konsumieren.

### **Sicherheit ist Bürgermeisterpflicht.**

Wichtige Partner der Prävention sind die Kommunen. Gerade in seinem unmittelbaren Umfeld erfährt der Bürger Stärken und Schwächen der Inneren Sicherheit am intensivsten. Deshalb muss gerade in der Kommunalpolitik Sicherheit integriert mitgedacht und mitgeplant werden.

Wir wollen

- dass keine „Angsträume“ entstehen, in denen die Bürger sich fürchten, und die sie meiden - deshalb wollen wir dafür sorgen, dass in Zukunft kein Baugebiet geplant, keine Buslinie festgelegt und keine Freizeiteinrichtung geschaffen wird, ohne dass die Aspekte der Sicherheit von vornherein mitgeplant und mitbedacht werden
- dafür werben, dass auch bei der Wohnungsbelegung zukünftig die Gesichtspunkte der Sicherheit entscheidende Bedeutung erhalten - gerade im Zusammenhang mit den Herausforderungen einer gelungenen Integrationspolitik muss vermieden werden, dass durch kommunales Handeln „Problemviertel“ entstehen
- dafür werben, dass in allen Gemeinden kommunale Ordnungssatzungen geschaffen werden, mit denen zukünftig nicht nur Straftaten, sondern auch Ordnungswidrigkeiten besser begegnet werden kann



- die Zusammenarbeit mit den kommunalen Ordnungsbehörden intensivieren, damit durch abgestimmte Konzepte die Bürger besser geschützt werden
- dafür werben, dass sich noch mehr Kommunen an die Informations- und Bürgerfrühwarnsysteme (Ringmastersystem) anschließen
- die Arbeit der Präventionsräte intensiv fortsetzen. Unter Führung des Bürgermeisters und mit fachlicher Begleitung der Polizei sollen je nach örtlichen Gegebenheiten möglichst viele Partner in diese Präventionsarbeit eingebunden werden. Neben den bisherigen Partnern den Schulen und der Jugendhilfe sollen künftig auch Vereine, der Einzelhandel und die Betreiber von Gaststätten, Diskotheken sowie Jugendclubs in diese Präventionsarbeit integriert werden.

### **Verfassungsschutz – tragende Säule einer wehrhaften Demokratie**

Die Herausforderungen des international operierenden Terrorismus, des politischen Extremismus und der organisierten Kriminalität fordern auch zukünftig höchste Wachsamkeit und entschlossenes Handeln. Dies macht frühzeitige Information und fachlich kompetente Beratung über diese Gefahren durch den Verfassungsschutz notwendig.

Die Bundesrepublik Deutschland und Hessen sind Teil eines allgemeinen Gefahrenraums und stehen insbesondere im Visier des islamischen Terrorismus. Auch die Bedrohung durch Extremisten von rechts, links und von ausländischen Organisationen darf nicht unterschätzt werden. Schließlich sind auch die Gefahren der organisierten Kriminalität gerade im Zusammenwirken mit ausländischen staatlichen oder halbstaatlichen Stellen eine besondere Herausforderung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit.

Wir werden dazu

- das Landesamt für Verfassungsschutz personell und organisatorisch weiter stärken. Dabei werden wir insbesondere die intellektuelle Kompetenz ausbauen, um noch besser Tendenzen und Entwicklungen insbesondere des islamistischen Extremismus und Terrorismus begegnen zu können. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf den Bereich des „Home-Grown-Terrorismus“ richten - damit sollen extremistische und terroristische Entwicklungen bei hier geborenen bzw. aufgewachsenen Islamisten frühzeitig erkannt werden
- einen Leitfaden für Lehrer und Interessierte zur Gefahr des Islamismus herausgeben

- uns um Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Gemeinden und Moscheevereinen bemühen. Hierzu werden wir den offensiven Dialog mit den islamischen Repräsentanten fortführen
- die operative Arbeit zur Enttarnung von Hasspredigern und Werbern für den „Dschihad“ konsequent fortsetzen
- die rechtsextremistische Szene weiterhin sorgfältig beobachten und entschlossen bekämpfen - besonderes Augenmerk gilt dabei den Versuchen rechtsextremistischer Gruppen und Parteien, sich durch betont bürgerliches oder intellektuelles Auftreten Kontakte und Vertrauen in der Gesellschaft zu erwerben
- durch vielfältige Initiativen insbesondere Jugendliche davor schützen, etwa über rechtsextremistische Musik in die nazistische oder neonazistische Szene abzurutschen - hierzu werden wir die erfolgreiche Aufklärungsarbeit an den Schulen fortsetzen, unser Programm „Wölfe im Schafspelz“ und unseren Schulwettbewerb zur Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterführen
- das sehr erfolgreiche Programm „Ikarus“ für Ausstiegswillige aus der rechts-extremistischen Szene fortsetzen
- die linksextremistischen Gruppen intensiv beobachten und insbesondere deren Bemühen, ihre wahren Absichten durch sog. breite gesellschaftliche Bündnisse zu verschleiern, offenlegen
- extremistische Ausländerorganisationen sorgfältig beobachten und insbesondere mit den Mitteln des Straf- und Ausländerrechts entschieden bekämpfen. Wo rechtlich möglich, müssen solche Organisationen aufgelöst und ihre Publikationen eingestellt werden. Die Verantwortlichen müssen ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland verlieren
- die Versuche der organisierten Kriminalität - insbesondere aus der früheren Sowjetunion - sich über Tarnfirmen, Scheingeschäfte und grenzüberschreitende Verbrechenstrukturen auch in Hessen zu etablieren, durch frühzeitige Beobachtung und engstes Zusammenwirken von Polizei und Justiz entschieden bekämpfen
- die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes intensivieren.

### **Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienste**

Wir haben in Hessen eine vorbildliche und gut integrierte Struktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, die sich sehr gut bewährt hat. Zukünftig wird die Hauptaufgabe darin liegen, genügend qualifizierte Bürger für diesen Dienst

zu gewinnen. Durch die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft werden künftig immer weniger junge Menschen für diese Dienste zur Verfügung stehen. Auch konnten bislang nur wenige Migranten für diese Ehrenämter gewonnen werden. Zudem ist es bisher insbesondere im Brand- und Katastrophenschutz nicht gelungen, den Anteil von Frauen angemessen zu erhöhen.

Wir werden deshalb

- Initiativen zur Nachwuchsgewinnung fortführen und verstärken
- die Förderung der Jugendfeuerwehren sowie der Jugendgruppen der Hilfs- und Rettungsdienste fortsetzen
- das Eintrittsalter bei der Feuerwehr auf sechs Jahre senken - durch die sog. „Bambini-Gruppen“ soll das Interesse der Kinder für den Brand- und Katastrophenschutz frühzeitig geweckt werden
- die grundsätzliche Altersbeschränkung von 60 Jahren aufheben, damit auch Ältere in weniger anstrengenden Bereichen – z. B. der Versorgung, der Atemschutzgeräteüberwachung etc. – wertvolle Beiträge leisten können
- gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Wettbewerbe für diejenigen Feuerwehren durchführen, die besonders erfolgreich den Anteil von Frauen in den Einsatzabteilungen erhöht haben
- gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Wettbewerbe durchführen, um den Anteil an Migranten in den Einsatzabteilungen der Feuerwehren deutlich zu erhöhen
- die Kommunen und Feuerwehren weiter unterstützen durch konsequente Fortführung der Förderprogramme für Bauten, Fahrzeuge, Aus- und Fortbildung
- durch noch stärkere Koordination der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bei Einsätzen, Ausbildung, Fortbildung und Ausstattung den Einsatz der Ressourcen optimieren - dabei sollen die Organisationen der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste ihre Selbständigkeit behalten, jedoch beim Land in einer Verantwortlichkeit gebündelt werden, um Parallelstrukturen, Doppelausstattungen und Mehrfachzuständigkeiten zu vermeiden
- uns konsequent für den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren einsetzen. Nur durch die unmittelbare Ansprache und das Erleben vor Ort können zukünftig die personellen Strukturen ehrenamtlicher aktiver Hilfeleistung erhalten werden
- die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen

- die Leitstellen weiter auf technisch höchsten Standard umrüsten
- Vorsorge dafür treffen, dass nach entsprechenden Vorarbeiten im Bund und entsprechende Abstimmung unter den Ländern auch die Feuerwehren und die Hilfs- und Rettungsdienste den BOS-Digitalfunk nutzen können
- prüfen, welche Möglichkeiten für Feuerwehrleute eröffnet werden können, damit diese ihren Dienst nicht nur am Wohnort, sondern z. B. auch am Arbeitsort erbringen können
- eine Bundesratsinitiative einbringen mit dem Ziel, den Anteil der Feuerschutzsteuer an verbundenen Sachversicherungen verbindlich zu erhöhen
- die seit 40 Jahren bewährte zivil-militärische Zusammenarbeit fortsetzen und intensivieren.

Vorbeugung und Information sind auch im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Rettungsdienst die besten Grundlagen, um Gefahren gar nicht erst entstehen zu lassen.

Wir werden deshalb

- die Brandschutzerziehung in den Kindergärten und Schulen fördern
- die intensive Kontrolltätigkeit von Gefahrguttransporten beibehalten
- darauf drängen, dass den zunehmenden Hochwasser- und Sturmgefahren durch entsprechende Bauplanungs- und Baumaßnahmen entschieden begegnet wird.

## **2. Leistungsstark. Sicher. Konsequenz.**

### ***Justiz und Justizvollzug***

#### **Leistungsfähige Justiz**

Eine leistungsfähige und unabhängige Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaats. Sie dient der Herstellung des Rechtsfriedens. Dabei leistet sie umfassende Rechtsgewährung für die Bürger in ihren zivilen Belangen wie in ihren Ansprüchen auf Überprüfung staatlichen Handelns. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Bürger in Hessen so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen und werden dafür die Hessische Justiz bei den Verfahrenslaufzeiten zu einem Spitzenplatz führen. Die Justiz sorgt aber auch für eine rechtsstaatliche Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung.

Wir werden im Interesse der Freiheit und Gerechtigkeit in unserem Land

- auch in Zukunft eine sachgerechte und moderne Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie die Bereitstellung der erforderlichen Personalmittel gewährleisten
- für kürzere Verfahrenslaufzeiten im Strafrecht sorgen. Strafen sind umso wirkungsvoller, je schneller sie der Tat folgen - das beschleunigte Verfahren wird daher in Hessen auch in Zukunft einen hohen Stellenwert haben
- Die enge Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und Polizei in organisatorischer, räumlicher und technischer Hinsicht weiter ausbauen
- die Eingreifreserve bei der Generalstaatsanwaltschaft intensiv nutzen - wir haben diese Einheit immer weiter ausgebaut, so dass sie inzwischen eine schnelle und intensive Bearbeitung von Großverfahren aus dem Bereich des Wirtschaftsstrafrechts, insbesondere der Korruption, und der organisierten Kriminalität hessenweit und unbürokratisch garantiert
- die Möglichkeit der Konzentration aller Wirtschaftsstrafverfahren in Hessen an einem Landgericht prüfen.

### **Sicherer Strafvollzug**

Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Bevölkerung durch eine sichere Unterbringung der Gefangenen geschützt wird. Die neuen Gestaltungsspielräume für die Landesgesetzgebung werden wir konsequent nutzen und dabei auf den Erfolgen im hessischen Justizvollzug seit 1999 aufbauen.

Wir werden

- ein Erwachsenenstrafvollzugsgesetz schaffen, das einen sicheren, konsequenten Strafvollzug gewährleistet und Rückfälle vermeidet - während nach dem bislang geltenden Strafvollzugsgesetz die Resozialisierung alleiniges Vollzugsziel ist, werden wir die Sicherheit der Allgemeinheit und die Resozialisierung auf eine Stufe stellen
- bei der Ausgestaltung der Haft den Sühnecharakter von Strafe berücksichtigen - Vollzugslockerungen dürfen nicht Selbstzweck sein, sondern müssen streng an den Zielen der Sicherheit, der Resozialisierung und Reintegration in die Gesellschaft ausgerichtet werden
- auch die Kriterien für den Freizeitbereich diesen Zielen unterordnen und Aktivitäten, die allein der Unterhaltung dienen, zurückdrängen - hierzu gehört auch der Einsatz von DVDs und Computerspielen

- die Behandlungsangebote des Vollzugs auf diejenigen Gefangenen konzentrieren, die bereit sind, an dem Ziel der Vermeidung von Rückfällen mitzuwirken
- die Zahl der Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Gefangene in unseren Justizvollzugsanstalten weiter erhöhen, weil die Arbeit ein besonders Erfolg versprechendes Mittel ist, erneute Straftaten nach der Haftentlassung zu verhindern
- die konsequente Bekämpfung von Drogen in den Vollzugsanstalten fortführen - dazu gehören regelmäßige Urinkontrollen ebenso wie der verstärkte Einsatz von Drogen-spürhunden sowie die harte und konsequente Sanktionierung von Drogenkonsum einschließlich des Ausschlusses vorzeitiger Haftentlassung in solchen Fällen
- zur Sicherheit der Anstalten weiterhin unangekündigte Razzien durchführen
- die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für ein System der Handy-Unterdrückung in den Anstalten schaffen
- zur Verbesserung des Übergangs von der Haft in die Freiheit die Zusammenarbeit der Beteiligten innerhalb und außerhalb des Vollzugs verbessern
- die positiven Erfahrungen mit der Elektronischen Fußfessel auch in dieser Phase nutzbar machen, um die Gefangenen besser auf ein strukturiertes Leben in Freiheit vorzubereiten.

Ein moderner Strafvollzug setzt eine angemessene Personal-ausstattung und eine ausreichende Anzahl von Haftplätzen voraus. Beides werden wir gewährleisten.

Die deutschlandweit erste teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt in Hünfeld arbeitet effizient und wirtschaftlich. Wir werden daher eine Übertragung des Modells auf weitere hessische Strafvollzugsanstalten auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen prüfen.

### **Jugendkriminalität konsequent bekämpfen**

Die Bekämpfung der Jugendkriminalität bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Der deutschlandweite Anstieg an Gewaltkriminalität bei jungen Menschen macht ein frühzeitiges konsequentes Einschreiten erforderlich. Es ist unser Ziel, sowohl den Schutz der Allgemeinheit vor jugendlichen Straftätern zu sichern als auch die Rückfallquote, die zurzeit bundesweit bei 78 Prozent liegt, deutlich zu senken.

Wir fordern daher

- die grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Volljährigen unter 21 Jahren
- die Schaffung eines „Warnschussarrestes“ - den Jugendgerichten soll dadurch die Möglichkeit eröffnet werden, neben einer Bewährungsstrafe auch eine kurze Freiheitsstrafe zu verhängen, um jugendlichen Straftätern die Folgen fortgesetzter Straffälligkeit plastisch vor Augen zu führen.

Wir wollen die Chancen der Erziehung von Gefangenen im Jugendstrafvollzug durch ein konsequentes Programm des Förderns und Forderns auf der Basis des neuen hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes intensiv nutzen.

Dazu werden wir

- die jungen Gefangenen vom ersten Tag ihrer Haft an intensiv betreuen und mit schulischen, pädagogischen und psychologischen Maßnahmen auf sie einwirken
- Gefangene, die als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind, zur Teilnahme an einem Anti-Aggressivitäts-Training verpflichten
- einen Schwerpunkt der Erziehungsarbeit auf die Vermittlung der Werte unseres Staates legen
- das Einüben von sozialem Verhalten durch die Unterbringung in Wohngruppen fördern
- die Gefangenen nachts grundsätzlich in Einzelzellen unterbringen, um Gewalttaten innerhalb des Vollzugs vorzubeugen
- Drogentests auch im Jugendvollzug konsequent durchführen
- ehemalige Gefangene auch in der Zeit nach der Entlassung intensiv betreuen
- durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel die Gefangenen auf ein geordnetes Leben in Freiheit vorbereiten.

Bei minderschweren Delikten Jugendlicher werden wir weiter solche alternative Sanktionsformen wie das Projekt „Teen Court“ fortsetzen und ausweiten. „Teen Courts“ sind kriminalpädagogische Jugendprojekte, bei denen ein Schülergremium erzieherische Maßnahmen gegen jugendliche Straftäter aussprechen kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Einsicht in das Unrecht der Tat. Akzeptiert der jugendliche Straftäter den „Richterspruch“, ist der Fall damit abgeschlossen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen so früh wie möglich vermitteln, dass es Werte und Regeln gibt. Dazu werden wir bestehende Angebote und Einrichtungen, die eine schnelle Reaktion im Vorfeld von strafbaren Handlungen

und auf strafbares Handeln unter einem Dach ermöglichen, wie beispielsweise das Jugendrechtshaus in Marburg-Biedenkopf unterstützen. Weiterhin werden wir für die hessischen Besonderheiten eine weitergehende Konzeption hin zu einem hessischen „Kompetenzzentrum Jugendrecht“ entwickeln.

### **Opferschutz geht vor Täterschutz**

Unser besonderes Augenmerk gilt den Opfern von Straftaten.

Wir wollen

- dass eine Verständigung im Strafverfahren vor Gericht nur abgeschlossen werden darf, wenn die Interessen auch der Nebenklage deutlich berücksichtigt wurden - Prozessökonomie darf sich niemals zu Lasten der berechtigten Opferinteressen auswirken
- durch ein flächendeckendes Angebot an Opferhilfeeinrichtungen die intensive Betreuung von Opfern sicherstellen
- über den bereits bestehenden Fond zur Entschädigung der Opfer von Strafgefangenen hinaus einen Fond schaffen, aus dem Opfer von Gewaltdelikten finanzielle Hilfe erhalten können
- den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tätern ausbauen. Die deutschlandweit registrierten Rückfalltaten von Gewalt- und Sexualstraftätern zeigen, dass die Voraussetzungen für Entlassungen aus der Haft deutlich verschärft werden müssen
- uns im Bund dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten einer vorzeitigen Haftentlassung bei Delikten mit einer besonders hohen Rückfallgefahr erschwert werden
- die Anforderungen an die Prognose zur Rückfallgefahr verschärfen, indem wir immer zwei unabhängige Sachverständige zu dieser Frage bei Gewalt- und Sexualverbrechen einsetzen
- die Kontrolle von gefährlichen Tätern auch nach der Entlassung aus der Haft intensivieren. Dazu gehört insbesondere die flächendeckende Ausweitung des positiv verlaufenen Modellprojekts zur konzentrierten Führungsaufsicht - hierdurch wird eine wirkungsvolle Überwachung auch in der Zeit nach der Haft ermöglicht



- den Schutz von Kindern und Frauen vor Straftaten weiter als Schwerpunkt behandeln und die Bekämpfung häuslicher Gewalt mit hoher Priorität verfolgen. Dazu wird die Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt alle Aktivitäten auf diesem Gebiet bündeln und im Dialog mit allen Beteiligten Maßnahmen für eine effektive Bekämpfung häuslicher Gewalt entwickeln und umsetzen - Sonderdezernate bei den größeren hessischen Staatsanwaltschaften gewährleisten ein konsequentes und frühzeitiges Einschreiten der Strafverfolgungsbehörden
- durch Sonderdezernate für eine konsequente Verfolgung des so genannten „Stalking“ Sorge tragen, das auf hessische Initiative hin unter Strafe gestellt wurde.

# V. Für einen schlanken und bürger-nahen Staat

## 1. Weniger Bürokratie – schnellere Entscheidungen

Die zunehmende Verrechtlichung unserer Lebensbeziehungen ist eine Herausforderung für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Wir lehnen einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Menschen reglementiert. Wir wenden uns gegen die Überbürokratisierung der Verwaltung und die Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen. Der Gesetzgeber muss die Notwendigkeit jeder Vorschrift prüfen und belegen. Es gilt der Grundsatz: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.

In Weiterführung unserer erfolgreichen Entbürokratisierungsmaßnahmen werden wir

- dafür sorgen, dass es im Jahr 2013 in Hessen keine Verwaltungsvorschrift gibt, die im Vergleich zu anderen Bundesländern zu einem höheren Verwaltungsaufwand oder einem erschwerten und/oder längeren Verfahren führt
- die Statistikpflichten überprüfen und um mindestens 20 Prozent zurückfahren
- prüfen, ob Daten so verknüpft werden können, dass verhindert werden kann, dass gleiche Daten mehrfach geliefert werden müssen oder Kontrollen in Betrieben mehrfach stattfinden (Bsp.: Arbeitsschutz, Umweltschutz)
- die Online - Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger weiterentwickeln. Der Bürger soll immer mehr Behördenangelegenheiten über das Internet erledigen können - die ressortübergreifende Bündelung und Standardisierung muss unter Berücksichtigung der notwendigen Organisationsanpassung konsequent fortgesetzt werden, um Synergieeffekte nutzbar zu machen
- prüfen, ob das Standard-Kosten-Modell auf Landesebene dergestalt angewandt werden kann, dass der Bürger schon am Anfang des Gesetzgebungsverfahrens weiß, welche Kosten durch das Gesetz auf ihn zukommen können
- die Neue Verwaltungssteuerung weiter optimieren (Produkthaushalt, Bilanzerstellung, Zielsysteme) und das effiziente und effektive Controlling weiterentwickeln
- „Best Practice“-Projekte zielgruppenorientiert in verschiedenen Bereichen installieren, um Erleichterungen im bürokratischen Aufwand zu schaffen

- die erfolgreiche Entbürokratisierungsoffensive für die Bereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau und Veterinärwesen fortführen und uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass überzogene Reglementierungen und Dokumentationspflichten entfallen und nur dringend notwendige Vorschriften beibehalten werden - hierzu zählt ebenfalls, dass die EU-Flächenstilllegung abgeschafft wird, da sich die Rahmenbedingungen seit ihrer Einführung grundlegend geändert haben
- in einem Mittelstandsentlastungsgesetz solche Deregulierungen für den Mittelstand bündeln und damit zahlreichen bürokratischen Aufwand für Betriebe beseitigen
- uns bei der Umsetzung von EU-Vorgaben dafür einsetzen, dass diese 1:1 erfolgt – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Die überlangen Planungs- und Genehmigungszeiten müssen ein Ende haben. Die hessische Initiative für das neue bundesweite Planungsbeschleunigungsgesetz ist ein wichtiger Erfolg.

Wir werden deshalb auch

- alle landesplanerischen Planungs- und Genehmigungsprozesse auf den Prüfstand stellen und
- auch auf dem Gebiet des Landesrechts ein Planungsbeschleunigungsgesetz verabschieden.

## **Leistungsfähig. Attraktiv. Bürgernah.**

### ***Für einen modernen Öffentlichen Dienst***

Ein leistungsfähiger, attraktiver und bürgerfreundlicher Öffentlicher Dienst ist Garant eines geordneten und erfolgreichen Staatswesens.

Nachdem durch die Föderalismusreform den Ländern weitgehende Kompetenzen im Beamtenrecht übertragen wurden, ist es jetzt Aufgabe der Länder, durch eigene Regelungen den Öffentlichen Dienst auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten.

Wir wollen deshalb

- in den Bereichen der Besoldung, der Versorgung und des Laufbahnrechts neue, flexible und zukunftsweisende Lösungen erarbeiten
- durch leistungsorientierte Besoldung stärker die konkrete Aufgabenwahrnehmung zur Grundlage der Bezahlung machen

- durch Trennung der „Altersversorgungssysteme“ für die Beamten die Möglichkeit eröffnen, auch andere Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes wahrzunehmen, ohne automatisch ihre Versorgung zu verlieren
- das Laufbahnrecht so verändern, dass einerseits die notwendige Sachkunde gewährleistet, andererseits die Flexibilität für einen Laufbahnwechsel eröffnet wird.

Wir streben an, diesen Veränderungsprozess gemeinsam mit den Gewerkschaften und Berufsvertretungen zu gestalten.

Die Tarifbeschäftigten leisten ebenfalls einen unverzichtbaren Beitrag für einen leistungsfähigen und bürgerfreundlichen Öffentlichen Dienst. Auch für diesen Teil des Öffentlichen Dienstes streben wir attraktive und zukunftsfähige Dienstverhältnisse an. Wir wollen deshalb mit den Tarifpartnern eigenständige Regelungen vereinbaren, die diesem Ziel entsprechen.

## **Bürgerfreundlich und modern**

### ***Informationstechnologie in der Verwaltung***

Hessen hat im E-Government und in der Verwaltungsinformatik eine Spitzenstellung erreicht und gilt national wie international als Vorreiter auf diesem Gebiet. Diese Position wollen wir ausbauen.

Wir werden dazu

- die deutschlandweite Behördenrufnummer 115 einführen und damit den Bürgern einen einfachen Zugang zur öffentlichen Verwaltung anbieten
- unsere erfolgreichen E-Government-Projekte konsolidieren
- alle Dienstleistungen der Landesverwaltung für die Wirtschaft online über das Hessenportal anbieten
- die Kooperation zwischen IT-Dienstleistern und Kommunen ausbauen, um Kosten zu senken und Standardisierungen voranzutreiben.

Die starke Stellung Hessens im E-Government werden wir nutzen, um die Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und Europa voranzutreiben.

Wir werden daher

- uns weiterhin mit Nachdruck in der Initiative „Deutschland online“ engagieren
- unser Engagement bei der bundesweiten Standardisierung des Steuerverfahrens im Bund-Länder-Projekt KONSENS intensivieren

- unsere Spitzenstellung in der polizeilichen Informatik durch Ausbau des IPOL-POLAS-Kompetenz-Zentrums und weitere Kooperationen festigen
- strategische Kooperationen mit anderen Bundesländern und europäischen Regionen suchen, um Kosten zu senken und Standardisierungen voranzutreiben
- gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft interdisziplinäre Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Verwaltungsinformatik fördern.

### **Wirtschaftlich. Effizient. Transparent.**

#### ***Neue Verwaltungssteuerung für Hessen***

Mit der Neuen Verwaltungssteuerung geht das Land Hessen neue Wege im öffentlichen Rechnungswesen. Durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente und den Einsatz hochentwickelter Software wird Hessens Verwaltung immer effizienter. Wir werden sie auf allen Ebenen zu einem modernen Dienstleister für unsere Bürger ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, die überkommene kamerale Haushaltswirtschaft in den kommenden Jahren vollständig durch eine an Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Effizienz orientierten Verwaltungssteuerung abzulösen.

Ziel ist es, jedes Jahr eine nach den Grundsätzen des Handels- und Gesellschaftsrechts erstellte und testierte Bilanz vorzulegen, die sowohl über Mittelherkunft und -verwendung als auch über den Vermögensstatus des Landes Hessen Auskunft gibt. Nach der bereits vollzogenen flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie der Umstellung auf einen Produkthaushalt wollen wir die Modernisierung unserer Verwaltung auch durch die Einrichtung dezentraler Verantwortlichkeiten und individueller Anreizsysteme für die Mitarbeiter unterstützen und insgesamt zu mehr Wirtschaftlichkeit innerhalb der Landesverwaltung führen.

### **Modernisieren. Vereinfachen. Verfahren straffen.**

#### ***Gutes und schnelles Recht für alle***

Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Bürger in Hessen so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen. Es ist unser Ziel, dass die hessische Justiz bei den Verfahrenslaufzeiten einen Spitzenplatz in Deutschland einnimmt.

Dazu werden wir

- die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Vergleiche innerhalb der hessischen Justiz und über die Landesgrenzen hinaus transparent machen

- bundesweite Initiativen prüfen, die eine schnellere gerichtliche Entscheidung durch eine Optimierung des Verfahrensrechtes hinsichtlich der Terminierung und Durchführung von Verhandlungen ermöglichen
- durch Einsatz von Proberichtern in einer richterlichen Task Force die flexible Unterstützung von Gerichten bei einem kurzfristigen Ausfall von Richtern sicherstellen
- den Austausch von Richtern und Staatsanwälten im Sinne einer gezielten Personalentwicklung intensivieren
- eine Fortbildungspflicht für Richter einführen.

Wir werden den Weg der Modernisierung der Justiz konsequent weiter beschreiten. Die hessische Justiz wird auch in Zukunft mit modernster EDV ausgestattet sein. Die elektronische Bearbeitung von Justizverfahren („e-justice“) führt hierbei zur Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahrensabläufe.

Daher werden wir

- den elektronischen Rechtsverkehr konsequent ausbauen - dort, wo sinnvoll und rechtlich möglich, soll die elektronische Akte und Verfahrensbearbeitung das bisherige System ersetzen
- die Online-Dienste der Justiz erweitern und zum Beispiel die elektronische Antragsstellung und Zustellung sowie Online-Auktionen ermöglichen
- in Zukunft die baulichen Voraussetzungen für eine bürgerfreundliche und moderne Justiz schaffen, die auch durch örtliche Konzentration von Justizbehörden Synergien nutzt
- Aufgaben privatisieren, die effektiver in privater Form erledigt werden - so werden wir uns für eine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens einsetzen, damit Gläubiger ihre Ansprüche schneller durchsetzen können
- familiengerichtliche Verfahren verbessern und beschleunigen, indem Möglichkeiten der Streitbelegung im Konsens außerhalb des eigentlichen Verfahrens ausgebaut werden
- uns für eine Übertragung der Schlichtungspraxis im Familienrecht nach dem „Cochemer Modell“ auf ganz Hessen einsetzen - es sollen landesweit regionale Arbeitskreise gebildet werden, die im Interesse der Trennungs- und Scheidungskinder durch eine interdisziplinäre Vernetzung der zuständigen Institutionen die Eltern dazu motivieren, sich auf alltagstaugliche Umgangsregelungen zu einigen, damit wird die gemeinsame Verantwortung der Eltern gestärkt

- uns für einen gerechten Belastungsausgleich zwischen den verschiedenen Gerichtsbarkeiten einsetzen - die Verwaltungsgerichte sollen durch neue Zuständigkeiten, zum Beispiel im Amtshaftungsrecht, gestärkt werden.

Wir werden uns für eine Entbürokratisierung von Justizverfahren stark machen. Dazu gehört zunächst die Schaffung von Verfahrensordnungen, die für die Beteiligten verständlich sind.

Wir werden uns daher einsetzen für

- eine Zusammenführung der für jeden einzelnen Gerichtszweig unterschiedlichen Verfahrensordnungen
- eine Straffung der Rechtsmittel, damit gegen eine gerichtliche Entscheidung grundsätzlich nur ein Rechtsmittel möglich ist - zu lange Instanzenzüge missachten das berechtigte Interesse an einer zügigen Wiederherstellung des Rechtsfriedens
- eine schnellere und einfachere Gründung von Gesellschaften und einen Verzicht auf überflüssige Eintragungsvoraussetzungen. Dabei werden wir jedoch in jedem Fall den Schutz von Ansprüchen der Gläubiger wie Handwerkern und Selbständigen gegen die Gesellschaften und die Gesellschafter gewährleisten - so kann die Justiz einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wirtschaftsstandortes leisten
- eine rechtliche Erleichterung bei der Gründung von Vereinen.

## **Privatisieren und kooperieren**

### ***Weniger Staat bedeutet mehr Freiheit.***

Der Staat muss sich überall dort zurückhalten, wo Private Aufgaben ebenso gut oder besser erfüllen können wie staatliche Stellen. Die bisherige erfolgreiche Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft bei Planungs-, Bau-, Finanzierungs-, Betriebs- und Verwertungsleistungen in Form von PPP-Projekten wollen wir daher fortsetzen und weiter ausbauen. Damit wollen wir den Grundsatz „künftig mieten statt selbst zu bauen“ im staatlichen Hochbau konsequent umsetzen.

Die Arbeit des 2005 im Finanzministerium eingerichteten PPP-Kompetenzzentrums wird neben der bisherigen Optimierung landeseigener PPP-Projekte künftig auf die umfassende Unterstützung der hessischen Kommunen erweitert, um diese in die Lage zu versetzen, auch kleinere PPP-Projekte erfolgreich abzuwickeln. Die Standardisierung von Verträgen, Fragen des Vergaberechts, die faire Verteilung

der Risiken auf Vermieter und Mieter sowie die Prüfung von Finanzierungsmodellen sind dabei wichtige Aspekte, die im Zuge einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kommunen berücksichtigt werden müssen.

Wir begreifen PPP zudem als eine Chance für den heimischen Mittelstand und werden prüfen, welche Maßnahmen notwendig sind, um auch mittelständischen Unternehmen eine faire Chance einzuräumen, in PPP-Projekten als leistungsfähiger Marktteilnehmer zu agieren. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob PPP neben dem staatlichen Hochbau auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zur Anwendung kommen kann.

Die Konzentration der Landesverwaltung auf ihre Kernaufgaben wollen wir auch künftig konsequent fortführen.

Wir werden daher

- die systematische Überprüfung aller Bereiche der Landesverwaltung auf Privatisierungspotenziale auch in der neuen Legislaturperiode intensiv fortsetzen
- bei den Beteiligungen des Landes Hessen im Einzelfall überprüfen, ob eine Fortsetzung weiterhin im Interesse des Landes liegt, oder ob ein privates Unternehmen die gleiche Leistung erbringen kann
- an der strategischen Beteiligung am Frankfurter Flughafen auch nach 2011 festhalten.



## **VI. Solide Finanzpolitik**

### **Aus Verantwortung für künftige Generationen**

Hessens Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschaften das höchste Pro-Kopf-Einkommen aller deutschen Flächenländer. Das wirkt sich auch in den Staatseinnahmen aus. Dennoch werden auch die kommenden Jahre finanziell anstrengend bleiben. Sie werden geprägt sein durch Sparen und Schuldenabbau.

Dabei können wir auf eine Haushaltswirtschaft nach modernsten betriebswirtschaftlichen Methoden aufbauen. In den vergangenen Jahren wurde die Ausgabeplanung der jeweiligen Haushalte trotz des Milliardenvolumens mit großer Genauigkeit verwirklicht. Diese zuvor nicht gekannte Präzision ermöglicht uns, Einsparpotentiale genau zu beschreiben und realistische Planungen für neue Projekte vorzunehmen. Auf dieser Basis werden wir auch in Zukunft knapp kalkulierte Haushalte zielorientiert verwirklichen. Darüber hinaus haben wir mit einem bundesweit einzigartigen Personalvermittlungssystem bewiesen, dass wir ohne Kündigungen rund 7.000 Personalstellen abbauen können. Damit werden Freiräume geschaffen, um Haushaltskonsolidierung und zusätzliche Ausgaben für Bildung miteinander zu vereinbaren. Diese Erfahrungen wollen wir auch in Zukunft nutzen.

### **1. Neuverschuldung beenden**

Ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung ist kein Selbstzweck. Er steht vielmehr in erster Linie im Zeichen der Generationengerechtigkeit. Jeder Euro, mit dem wir mehr in die Verschuldung gehen, erhöht die Zinslast für die nachfolgenden Generationen. Mit steigender Zinslast schränken sich aber die Spielräume im Haushalt -zum Beispiel für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder Innere Sicherheit- weiter ein. Hessen hat als wohlhabendes Land unter rot-grüner Mehrheit trotz guter Steuereinnahmen nicht sparsam gewirtschaftet und damit im Gegensatz zu Ländern wie Bayern oder Baden-Württemberg eine Hypothek angehäuft, die in den zurückliegenden Jahren der Finanzkrise besonders schwer gedrückt hat. Heute belegt Hessen mit seiner erfolgreichen Konsolidierungspolitik einen Spitzenplatz bei der Senkung der Neuverschuldung. Um dies zu erreichen, waren im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ harte Einschnitte, eine klare Prioritätensetzung und die Schaffung schlanker Strukturen notwendig. Uns ist bewusst, dass insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen erheblichen

Beitrag zu unserer erfolgreichen Finanzpolitik geleistet haben.

Wir empfinden es als unsere wichtigste politische Verantwortung, die kommende Generation aus der Schuldenspirale zu befreien. Jede politische Entscheidung muss sich vor diesem Grundsatz rechtfertigen. Auch unsere Vorhaben für die nächste Legislaturperiode unterliegen dem Grundsatz, dass die geplanten Konsolidierungsziele eingehalten werden. Alle neuen finanziellen Festlegungen stehen deshalb ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass sie mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung vereinbar sind. Die Erfolge bei der Verbesserung der Wirtschaftskraft in ganz Deutschland geben uns, wenn sie wie erhofft anhalten, die Chance, sowohl die Beendigung der Neuverschuldung als auch die weitere Verbesserung der Leistungen für Bildung und Sicherheit zu bewirken.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir

- bis zum Anfang des kommenden Jahrzehntes die Nettoverschuldung Hessens beenden - sollte die wirtschaftliche Entwicklung weiter so erfolgreich sein wie gegenwärtig und die erdrückende Belastung des Länderfinanzausgleichs nicht noch mehr steigen, kann das Ende der Nettoverschuldung schon früher erreicht werden
- weiterhin alle Einsparpotentiale nutzen. Verwaltungsmodernisierung und Aufgabenüberprüfung eröffnen auch in den kommenden Jahren zusätzliche Chancen der Haushaltskonsolidierung. Dabei wissen wir, dass in den vergangenen Jahren die Belastungen der einzelnen Mitarbeiter beträchtlich erhöht wurden. Wir sind stolz auf die Leistungsfähigkeit der Hessischen Bediensteten, wir wissen aber auch, dass hier eine Grenze erreicht ist - der weiterhin notwendige Personalabbau muss durch den Wegfall von Aufgaben oder die Verkürzung und Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen ermöglicht werden
- auch in Zukunft geeignete Aufgaben an Private übertragen oder Einrichtungen gemeinsam mit Privaten bauen und betreiben - Hessen will Vorreiter bei PPP-Projekten bleiben und mittelständische Unternehmen möglichst daran beteiligen

- im Interesse der nächsten Generation weiter in Bildung und Sicherheit investieren. Wir wollen im Laufe der Legislaturperiode aufwachsend für beide Bereiche insgesamt rund 3.000 zusätzliche Personalstellen schaffen, wobei dafür etwa 500 auf den Bereich der Sicherheit entfallen. Diese Stellen sollen überwiegend durch den Wegfall von Stellen in anderen Bereichen finanziert werden - soweit für die Stellen zusätzliche dauerhafte Mittel notwendig sind, stehen sie unter dem allgemeinen Finanzierungsvorbehalt
- mit den Kommunen auf der Basis des Konnexitätsprinzips zusammenarbeiten. Dabei wollen wir den Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen des Landes auf einem hohen Niveau erhalten. Beim Kommunalen Finanzausgleich setzen wir auf einen möglichst hohen Anteil ungebundener Mittel im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung.

## **2. Subventionsabbau – Förderprogramme auf den Prüfstand**

Die Förderprogramme des Landes bleiben auf dem Prüfstand. Ziel ist die weitere Bündelung, Straffung und Vereinfachung von Fördermaßnahmen, damit die Haushaltsmittel so zielgenau wie möglich zum Einsatz kommen. Wir werden besonders darauf achten, dass die mit den Förderprogrammen angestrebten Ziele auch tatsächlich erreicht werden und die beabsichtigten Wirkungen in der Praxis eintreten. Bei den Förderprogrammen sind Zuschüsse vorrangig durch zinsgünstige Darlehen zu ersetzen.

## **3. Vorsorge für die Versorgungslasten der Landesbeamten**

Bedingt durch die steigende Zahl und die deutlich höhere Lebenserwartung der Versorgungsempfänger im Öffentlichen Dienst werden die Versorgungslasten weiter ansteigen. Die öffentlichen Haushalte treffen hierfür bereits Vorkehrungen. Hessen hat hier seit einigen Jahren eine Vorreiterrolle in Deutschland. Wir wollen Hessens führende Position bei der Kapitaldeckung der Beamtenversorgung weiter ausbauen. Dabei ist es unser Ziel, bis zum Ende der Wahlperiode für neu eingestellte Beamte auskömmliche Rücklagen zu bilden, die in einer mit den Rentenversicherungsbeiträgen bei den übrigen Arbeitnehmern vergleichbaren Kontinuität Vorsorge für die Pensionsansprüche schaffen.

## **4. Länderfinanzausgleich reformieren**

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung des Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern sind

die größten Risiken der zukünftigen Haushaltsentwicklung. Jeder hessische Bürger zahlte in 2006 doppelt so viel in den Ausgleichstopf wie irgendein Bürger in einem anderen Flächenland. Mit Ausnahme Hamburgs ist nur noch der starke Süden - Hessen, Bayern, Baden-Württemberg - stabiler Finanzier des Ausgleichs; 11 Länder sind schon seit langem nur noch Empfänger von Zahlungen. Der gegenwärtigen Finanzverfassung unseres Bundesstaates fehlt es an Anreizen, die steuerliche Basis in den Ländern grundlegend zu verbessern. Die Frage einer vermeintlichen Verteilungsgerechtigkeit spielt im gegenwärtigen System eine wesentlich größere Rolle als die Frage der dynamischen Anreize zur Ausweitung der Wirtschaftskraft und der damit verbundenen Verbesserung der Finanzkraft der Länder.

Hessen wird im Zeitraum von 1999 bis 2007 9,8 Milliarden Euro Kreditmittel aufgenommen, aber über 19,4 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben. Dies bedeutet: Hessen müsste ohne die LFA-Zahlungen keine Kredite aufnehmen und könnte sogar Schulden abbauen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hessen wie kaum ein anderes Bundesland an jeder noch gerade vertretbaren Stelle rigoros spart, damit andere Länder sich höhere Standards leisten können.

In diesem Zusammenhang werden wir uns für die Festlegung einer bundeseinheitlichen Höchstgrenze für die Neuverschuldung der Länder einsetzen, bei der sowohl die Investitionen als auch die Wirtschaftskraft der Länder einbezogen wird.

Zentrale Anliegen einer Reform des Länderfinanzausgleichs müssen deshalb Leistungsanreize zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft und vergleichbare Rahmenbedingungen in den Ländern sein. Stärkerer föderaler Wettbewerb zwischen den Ländern muss unter angemessenen und fairen Bedingungen ermöglicht werden. Die Länder brauchen eine höhere Disponibilität ihrer Haushalte. Über höhere Selbstbehalte beim Zuwachs der eigenen Wirtschaftskraft muss den Ländern ein höherer Anreiz zur Steigerung ihrer Wirtschaftskraft gegeben werden. Seit der letzten Einigung über den Länderfinanzausgleich im Jahr 2001 haben sich die Rahmenbedingungen erneut zu Lasten Hessens verschlechtert. Hessen ist an der Grenze der Überforderung. Da es Angesichts der zahlenmäßigen Übermacht der Empfängerländer keinen Anlass zu der Erwartung einer freiwilligen Verbesserung zu Gunsten Hessens gibt, muss die Notwendigkeit einer erneuten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ständig geprüft werden.

## VII. Lebens- und liebenswertes Hessen

### 1. Umwelt erhalten. Natur bewahren. Tiere schützen.

#### *Für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung*

#### **Umwelt- und Naturschutz**

Beim Schutz von Umwelt und Natur ist für uns das Prinzip der Nachhaltigkeit fester Bestandteil christlich-demokratischer Politik. Ziel verantwortlichen Handelns ist es, unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt zu bewahren. Zentrale Bedeutung besitzt in diesem Anspruch der Dreiklang aus wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Wohlstand und einer intakten Umwelt.

Bei einer verantwortungsvollen Umwelt- und Naturschutzpolitik ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ein gesamtgesellschaftliches Anliegen von Bürgern, Wirtschaft und Staat. Wir verfolgen dabei einen partnerschaftlichen Ansatz von „Kooperation statt Konfrontation“. Wir wollen Natur erfahrbar machen. Damit erreichen wir mehr Verständnis für die gleichrangigen Interessen eines nachhaltigen Natur- und Umweltschutzes sowie einer zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung unseres Landes.

Nachhaltiger Umweltschutz setzt sich aus vielen Einzelmaßnahmen zusammen. Unsere Ziele sind insbesondere

- die Beseitigung kommunaler Altlasten bis zum Jahr 2015
- die Verringerung von Feinstaubemissionen bei Industrie, Haushalten und Straßenverkehr
- der Einsatz emissionsarmer Fahrzeuge in der Landesverwaltung
- die Senkung der Lärmbelastung
- Abfallvermeidung und Wettbewerb im Bereich der Abfallwirtschaft
- der Schutz vor Hochwasser.

Dazu werden wir

- mit einem Altlastensanierungsprogramm Kommunen gezielt dabei unterstützen, die Sanierung und umweltgerechte Sicherung problematischer Altdeponien zeitnah umzusetzen
- unseren Weg zur Reduktion der Feinstaubbelastung mit den hessischen Aktionsplänen und der von Hessen initiierten Plakettenverordnung für Kraftfahrzeuge fortsetzen
- das erfolgreiche Bio-Ethanolprojekt des Landes am Regierungspräsidium Gießen fortführen

- den Einsatz von Biokraftstoffen bei allen Behördenfahrzeugen forcieren
- bei den turnusmäßig neu zu beschaffenden Fahrzeugen aller Behörden des Landes schon heute die Stickstoffoxidgrenzwerte der zukünftigen EURO-5 Norm einhalten und einen Flottendurchschnitt der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 130 g/km erreichen
- auf Basis der Bundesimmissionsschutzverordnung eine Lärmkartierung erarbeiten, auf deren Grundlage mit Lärmaktionsplänen die Lärmbelastung nachhaltig gesenkt werden kann
- Versuche unterstützen, die Sortierung von Verpackungsmüll weiter zu vereinfachen.
- die Deichsanierung auf hohem Niveau fortführen
- zur Abmilderung von Hochwasserereignissen die erfolgreichen Renaturierungsmaßnahmen zur Schaffung von natürlichen Überschwemmungsräumen fortsetzen
- Wasser für Beregnungs- und Bewässerungszwecke sammeln, da infolge des Klimawandels Perioden längerer Trockenheit wahrscheinlicher werden. Dies wird Bestandteil eines nachhaltigen Wassermanagements für Oberflächen- und Grundwasser.

Von zentraler Bedeutung hessischer Naturschutzpolitik ist die Umsetzung europäischer Vorgaben für Natura 2000. Höchste Anforderungen europäischer Schutzvorschriften, die einhergehen mit beachtlichen finanziellen Herausforderungen, werden wir mit einem professionellen Schutzregime beantworten.

Wir werden dazu

- alle Anstrengungen unternehmen, um die europäische FFH-Richtlinie in praxisgerechte und finanzierbare Bahnen zu lenken
- zur Verfügung stehende Finanzmittel vorrangig für ausgewiesene Schutzgebiete einsetzen
- Managementpläne zur Pflege der Naturschutzflächen in enger Abstimmung mit Land- und Forstwirtschaft erstellen.

Mit dem in Hessen erstmals eingeführten Ökopunktehandel im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen haben wir bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen, die es weiter auszubauen gilt.

Wir werden

- die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, um das Flächenmanagement für Eingriff und Ausgleich bei staatlichen Projekten in einer Hand zu bündeln
- mit einem vorausschauenden und integrierten Flächenmanagement verschiedene Nutzungsansprüche an den knappen Faktor Boden bei gleichzeitiger Minimierung von Landnutzungskonflikten befriedigen
- im Offenlandbereich diese Aufgaben bei der Hessischen Landgesellschaft bündeln.

## **Wald- und Forstwirtschaft**

Knapp 42 Prozent der hessischen Landesfläche sind mit Wald bedeckt. Damit ist der Wald nicht nur das größte hessische Biotop, sondern auch ein bedeutender Umweltfaktor. Unsere heimischen Wälder erfüllen eine Vielzahl unterschiedlicher Funktionen: Sie bieten Lebensraum für eine Vielzahl einheimischer Tier- und Pflanzenarten. Sie sorgen für frische Luft, ein ausgeglichenes Klima, frisches Wasser und verhindern Bodenerosionen. Daneben ist der Wald ein hochgeschätztes Refugium für Erholungssuchende. Gleichmaßen ist der Wald aus ökonomischer Sicht von besonderer Bedeutung: Holz ist der wichtigste einheimische nachwachsende Rohstoff. Seine Erzeugung und Gewinnung ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Natur- und Umweltschutz, sondern sichert vielen forstlichen Betrieben in Hessen Einkommen und Beschäftigung. Forstbetriebe brauchen wegen ihrer langen Wirtschaftszeiträume und der hohen Kapitalbindung bei gleichzeitig geringer Rendite dauerhaft zuverlässige Rahmenbedingungen.

Daher werden wir

- die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen der Forst- und Holzwirtschaft durch Entwicklung regionaler Clusterstrukturen stärken
- den nachwachsenden Rohstoff Holz für eine nachhaltig umweltgerechte Entwicklung konsequent nutzen
- Belastungen der Forstbetriebe durch öffentlich-rechtliche Vorschriften abbauen
- den Naturschutz im Wald vorrangig in Kooperation mit den Grundeigentümern umsetzen. Auch zukünftig räumen wir freiwilligen vertraglichen Vereinbarungen Vorrang vor Ordnungsrecht ein - die dafür erforderlichen haushaltsunabhängigen und dauerhaften Finanzierungsinstrumente müssen weiter ausgebaut werden

- die Finanzierung der Kleinprivatwaldbetreuung sicherstellen und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse zu wirtschaftlich eigenständig lebensfähigen und stabilen Organisationen der Waldbesitzer entwickeln
- den Landesbetrieb HESSEN FORST als Wirtschaftsbetrieb weiterentwickeln bei gleichzeitiger Berücksichtigung nachhaltiger und naturnaher Waldbewirtschaftung. Dadurch bleiben die Gemeinwohlfunktionen des Waldes auch künftig in vollem Umfang erhalten.

Nachhaltige Forstwirtschaft und wettbewerbsfähige Strukturen in der Waldbewirtschaftung stellen für uns keinen Widerspruch dar. Über alle Eigentumsarten – Staatswald, Kommunalwald und Privatwald – hinweg haben hessische Forstbesitzer gezeigt, dass sich Ökonomie, Ökologie und Waldpädagogik nicht ausschließen, sondern einander sinnvoll ergänzen können.

Wir wollen

- die erfolgreiche Kooperation aller hessischen Forstbesitzer auch künftig im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen
- mit Waldumbaumaßnahmen, für die sich der Handel mit Öko-Punkten anbietet, naturnahe Waldgesellschaften und Waldbestände schaffen, die an sich ändernde klimatische Bedingungen angepasst sind
- das „Walderhaltungsprogramm Rhein-Main Gebiet“ fortführen.

## **Tierschutz**

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Der Mensch trägt für ihren Schutz eine besondere Verantwortung.

Wir wollen daher

- das Bewusstsein für den Tierschutz weiter schärfen
- die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Hessischen Tierschutzbeauftragten fortsetzen
- Tierschutz und Tierhaltung enger aufeinander abstimmen - die Tiergesundheit ist dabei ein wichtiges Kriterium bei der artgerechten Tierhaltung
- uns für eine bundesweit einheitliche Regelung für das Schächten in Verbindung mit einer geeigneten Betäubungsmethode einsetzen, die sowohl den Tierschutz achtet, als auch religiösen Anforderungen gerecht wird
- uns für eine bundeseinheitliche Regelung zu einer tierschutzgerechten Haltung von Zirkustieren einsetzen



- bei der Haltung exotischer Tiere wie Reptilien einen Sachkundenachweis der Halter einführen.

## **Jagd**

Hessische Jäger tragen zur Pflege der Tierpopulationen in unseren Wäldern bei und erfüllen so eine wichtige Aufgabe innerhalb des Naturschutzes. Für uns stellt das untrennbar mit dem Eigentum an Grund und Boden verbundene Jagdrecht ein hohes Gut dar. Diesem Anspruch wird das Hessische Jagdgesetz in seiner jetzigen Form gerecht, so dass wir jegliche Versuche ablehnen, dieses durch Regelungstatbestände im Umwelt- oder Tierschutzbereich zu überlagern.

Wir wollen

- bei der Anpassung des Bundesjagdgesetzes an die neue rechtliche Situation nach der Föderalismusreform die bewährten Vorgaben des Bundes- und des Hessischen Jagdgesetzes erhalten
- zur Sicherung der Wildbestände für Offenlandprojekte auch zukünftig Anfangsunterstützungen leisten
- auf Grundlage bewährter Regelungen an den Lebensraum angepasste Schalenwildbestände erhalten - hierzu soll die Wanderbewegung des Wildes näher erfasst werden
- zum Ausbau und zur Stabilisierung der Hessischen Fischbestände ein ausgewogenes Verhältnis zur Kormoranpopulation herstellen
- angesichts zunehmender Probleme mit Wildschäden die strikte Trennung von Wald- und Feldjagden aufheben und Neuzuschnitte der Reviergrenzen vornehmen.

## **2. Traditionen bewahren. Kulturlandschaft pflegen.**

### ***Politik für Landwirtschaft und ländlichen Raum***

#### **Ländlicher Raum**

Ländliche Gebiete erfüllen vielfältige Funktionen als Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsräume. Je weiter entfernt diese von städtischen Ballungszentren und gut ausgebauten Verkehrswegen liegen, desto mehr sind sie den Herausforderungen des demografischen Wandels ausgesetzt.

Wir wollen daher

- in ländlichen Räumen nachhaltigen Umwelt- und Naturschutz im Einklang mit Identität stiftender Regionalentwicklung ermöglichen wie z. B. durch den Schutz des Streuobstbestandes, auch als wichtige Grundlage der Produktion des typisch hessischen Getränkes „Apfelwein“ und des für Hessen wichtigen Keltereichandwerkes
- ländliche Räume als Wirtschaftsstandort stärken, indem einerseits die Herausforderung der Globalisierung als Chance begriffen und andererseits die regionale Identität gefördert wird
- die Kommunen bei der Dorfentwicklung unterstützen, um mit dem vorhandenen Bestand von Ortskernen attraktive und zeitgemäße Voraussetzungen für Wohnen und Arbeiten zu schaffen - hierzu zählt auch die Verringerung von Denkmalschutzaufgaben, um zu verhindern, dass Investitionen immer mehr von den Stadt- und Ortskernen auf die Peripherie verlagert werden
- ländliche Räume als attraktive Lebens- und Erholungsräume stärken, indem neue Formen generationenübergreifenden Zusammenlebens gefördert und die öffentliche Infrastruktur modernsten Anforderungen angepasst werden - neue Formen des Zusammenlebens und -wohnens in generationenübergreifenden Hausgemeinschaften („Alt und Jung unter einem Dach“) können gerade im ländlichen Raum die Folgen des demografischen Wandels abmildern, zunehmender Isolierung älterer Menschen entgegenwirken und der jüngeren Generation eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen
- in einem neu zu gründenden Innovationsforum für den ländlichen Raum Ideen bündeln, Akteure zusammenführen und gemeinsam mit den Menschen vor Ort neue, zukunftsweisende Wege beschreiten - unter Einbeziehung der praktischen Anforderungen der Kommunen im ländlichen Raum sollen Chancen und Strategien für eine moderne Regionalentwicklung angestoßen werden, die die Stärken der Region betonen, die Wettbewerbsfähigkeit fördern und Attraktivität steigern
- eine moderne Infrastruktur, die neben Straßen, Schienen und Ver- und Entsorgungsleitungen auch den Bereich der Telekommunikation umfasst, da diese für den ländlichen Raum ebenso unverzichtbar ist, wie für städtische Gebiete. Wir setzen uns daher mit Nachdruck dafür ein, dass Breitbandanschlüsse (etwa DSL) flächendeckend verfügbar sind.

## Landwirtschaft

Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ist untrennbar verbunden mit moderner Agrarstrukturentwicklung.

Die notwendige Orientierung landwirtschaftlicher Produktion an Entwicklungen des Marktes wird den seit Jahren erkennbaren Strukturwandel in der Landwirtschaft noch weiter verstärken. Kostenreduzierung, Flexibilität, hohe Wertschöpfung und Spezialisierung werden die zentralen Herausforderungen der landwirtschaftlichen Betriebe in Zukunft sein. Erforderlich sind nicht nur eine Intensivierung der überbetrieblichen Zusammenarbeit, sondern auch erhebliche Zukunftsinvestitionen. Das hierzu notwendige Kapital kann jedoch nur zum Teil von den Betrieben selbst aufgebracht werden. Auch in der Landwirtschaft bedarf es somit innovativer Finanzierungsmodelle. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Politik ist die weitere Förderung der „grünen Energie“ und die stoffliche Nutzung von Biomasse.

Ausbildung, Fortbildung, Beratung und Zugang zu neuen Informationen für landwirtschaftliche Unternehmer müssen sich dem wandelnden Markt anpassen. Professionelle Beratung soll deshalb weiter durch das landwirtschaftliche Kuratorium angeboten werden, in dem die Inhalte jeweils von den Nutzern definiert werden.

Zur Stärkung der Zukunftschancen der hessischen Landwirtschaft werden wir

- die Bedingungen für Landwirte und Investoren beim Bau effizienter und standortgerechter Anlagen zur Erzeugung von Lebensmitteln und grüner Energie verbessern
- den Land- und Bauernhoftourismus weiter unterstützen
- den zukünftigen Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen kritisch betrachten und auf das notwendigste Maß begrenzen
- besonderes Augenmerk darauf legen, dass sich vorhandenes Ordnungsrecht und Förderprogramme im Interesse des ländlichen Raums und der Landwirtschaft ergänzen

- uns für die Schaffung innovativer Finanzierungsmodelle in Form von Agrarfonds einsetzen, um zusätzliches Kapital anzuziehen. Landwirte, die gemeinsam mit außerlandwirtschaftlichen Anlegern effiziente und standortgerechte Anlagen zur Erzeugung von Lebensmitteln und grüner Energie finanzieren, können eine wirksame Antwort auf die Herausforderungen der sich in diesen Bereichen rasch entwickelnden Märkte sein - gleichzeitig können die Agrarfonds dazu beitragen, dass die Landwirte stärker in die Wertschöpfungskette einbezogen und nicht auf die Rolle als reine Zulieferer von Rohstoffen beschränkt werden
- administrative Hürden abbauen, die die Bildung größerer Parzellen verhindern.

Hessische Agrarprodukte genießen im Handel und bei Verbrauchern höchste Wertschätzung. Regionale Erzeugung, schonende Verarbeitung, hohe Qualität und unabhängige Kontrolle dokumentiert die hessische Qualitätsmarke „Geprüfte Qualität Hessen“.

Wir wollen

- diese hessische Qualitätsmarke weiter ausbauen und das Sortiment erweitern
- das hessische Agrarmarketing von der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ weiterhin bündeln und betreuen lassen
- gemeinsam mit dem Berufsstand nach geeigneten Möglichkeiten suchen, um mit der Bündelung des Sortiments und der Dienstleistungsfähigkeit landwirtschaftliche Produkte professionell bei Handelspartnern zu platzieren.

## **Weinbau**

Die Weinbaubetriebe im Rheingau und an der Hessischen Bergstraße pflegen seit Generationen eine einzigartige Kulturlandschaft von überregionaler Bedeutung. Dieses Engagement für den Erhalt der Kulturlandschaft werden wir durch die Steillagenförderung weiter unterstützen.

Die hessischen Winzer tragen dem besonderen Charakter des Weins als Naturprodukt und Kulturgut Rechnung, indem sie die gewachsene Weinbautradition fortsetzen und sich zu hohen Qualitätsstandards verpflichten.

Wir wollen

- die Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen der hessischen Weinbaubetriebe im globalisierten Wettbewerb stärken und ihre Existenz sichern

- uns bei der anstehenden Reform der EU-Weinmarktordnung für die Interessen unserer Weinbaubetriebe einsetzen
- die Umsetzung des „Terroir-Konzepts“, das Charakteristika einzelner Weinbaugebiete und Weinbergslagen fest schreibt, für den Rheingau und die Bergstraße als Beitrag zur Produktion standorttypischer Weine fördern
- den umweltschonenden Pheromoneinsatz bei der Schädlingsbekämpfung weiter fördern
- die Winzer bei der Entwicklung innovativer Ansätze zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels (z. B. Bewässerung, Schädlingsbekämpfung) unterstützen.

### **3. Sportland Hessen – ein Programm für alle**

Der Sport ist die breiteste gesellschaftliche Bewegung in unserem Lande. Seine hohe soziale, kulturelle, gesundheitliche und politische Bedeutung verdient höchste Anerkennung und kontinuierliche staatliche Hilfe. Der Sport überspringt kulturelle, ethnische, staatsbürgerschaftliche und Generationsgrenzen. Seine Leistungen für die Kinder und Jugendlichen sowie die Integration von Migranten in unserer Gesellschaft sind vorbildlich.

#### **Sportförderung – Hessen bleibt Spitze**

Mit unserer Politik für den Sport waren wir im Sportland Hessen sehr erfolgreich. Durch Unterstützung der gemeinnützigen Tätigkeit der Sportvereine, die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements und eine angemessene Sportförderung auf allen Ebenen konnte viel für den Sport erreicht werden. Gemeinsam mit unseren Partnern, dem Landessportbund, den Fachverbänden und Sportkreisen sowie den rund 8.500 Vereinen und den Kommunen ist die Balance zwischen der Autonomie des organisierten Sports und dessen notwendiger staatlicher Unterstützung vorbildlich gelungen.

Als Standort der wichtigsten Verbände des Sports in Deutschland, wie etwa dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Deutschen Fußballbund oder dem Deutschen Turnerbund, pflegen wir in Hessen intensiven Austausch und intensive Partnerschaft mit diesen Verbänden und unterstützen sie vielfältig in ihrer Arbeit.

Wir werden in Fortführung unserer erfolgreichen Politik

- für den Breitensport auch zukünftig durch intensive Vereinsförderung, Fortführung des Sportstättenbauprogramms und Förderung interkommunaler Zusammenarbeit beim Sport die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung schaffen
- im Leistungssport die vielfältigen Initiativen fortsetzen und verstärken - hierzu gehören insbesondere die Fortsetzung des Landestrainerprogramms, die Unterstützung des Olympiastützpunktes sowie des Sportmedizinischen Instituts, des Kaderförderprogramms und der Fortsetzung der Förderung der Sportstiftung
- auch zukünftig der besonderen Bedeutung der Verbindung zwischen Spitzensport und Beruf Rechnung tragen - das Erfolgsmodell der Sportfördergruppen in der hessischen Polizei wird deshalb fortgesetzt
- zur Anerkennung sportlicher Spitzenleistungen die Studienbeiträge an den hessischen Hochschulen für Spitzensportler übernehmen
- mit den Kommunen Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Schulschwimmunterrichts erörtern
- die Möglichkeiten des Sportes für die Integration von Migranten nutzen und ausbauen
- der Bildung von ethnisch abgeschlossenen Vereinen durch ein Wettbewerbsprogramm gemeinsam mit dem Landes-sportbund und den Fachverbänden entgegenwirken
- der großen Bedeutung des Sports für behinderte Menschen durch die Fortsetzung der Unterstützung der Behindertensportverbände Rechnung tragen
- Gesundheitsprävention insbesondere bei Kindern so früh wie möglich fördern - das Programm „Bewegungsorientierter Kindergarten“ soll deshalb fortgeführt und ausgebaut werden
- der Gewalt im Zusammenhang mit dem Sport durch Fortsetzung der Präventionsprogramme entschieden begegnen
- die völkerverbindende Kraft des Sportes stärken durch Unterstützung von Sportbegegnungen im Rahmen kommunaler Partnerschaften und Förderung von Sportbegegnungen mit den Partnerregionen Hessens
- die Positionierung Hessens als herausragender Sportstandort durch Förderung besonderer Sportereignisse wie etwa dem Deutschen Turnfest, dem Radrennen „Rund um den Henninger Turm“ oder dem „Ironman“ unterstreichen.

## **Finanzierung sichern**

Die Grundvoraussetzungen der finanziellen Sicherung des Sportes sind durch Entscheidungen der Gerichte und der Europäischen Gemeinschaft erheblich gefährdet. Ungeachtet der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet wollen wir diese finanzielle Grundsicherung des Sportes erhalten.

Wir werden deshalb

- zur Sicherstellung der finanziellen Grundlagen des Sportes am Sportwettenmonopol festhalten, bis ein anderes rechtlich unumstrittenes und in gleichem Maße ertragreiches Finanzierungskonzept etabliert ist
- gemeinsam mit dem Landessportbund das Stiftungskapital der Sportstiftung des Landes Hessen auf 10 Millionen Euro für die finanzielle Grundsicherung erhöhen, um den Leistungs- und Spitzensport in Hessen zu gewährleisten
- die Profivereine in Hessen dazu gewinnen, durch Einführung eines „10 Cent-Spitzensportzuschlags pro Eintrittskarte“ einen Solidarbeitrag für die Sportstiftung des Landes Hessen zu erheben.

## **Sport ist Ehrensache**

Eine erfolgreiche Sportentwicklung ist ohne vielfältiges ehrenamtliches Engagement nicht denkbar. Dieses durch vielfältige Maßnahmen anzuerkennen und zu fördern, bleibt für die CDU stete Verpflichtung. Die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und des Wandels innerhalb unserer Gesellschaft erfordern auch im Sport erhebliche Veränderungen. Nur wenn es gelingt, etwa aus dem stetig größer werdenden Kreis der Migrant\*innen Bürger für ehrenamtliches Engagement im Sport zu gewinnen, werden die Voraussetzungen für ein aktives und alle Bereiche der Bevölkerung umfassendes Sport- und Vereinsleben auch zukünftig gewährleistet sein.

Auch durch den immer größer werdenden Anteil älterer Menschen wird sich insbesondere der Breitensport verändern. Diese Entwicklung bietet aber auch Herausforderungen und Chancen. Gerade ältere Menschen brauchen für ihre sportliche Betätigung keine großen Sportstätten. Durch eine neue Zusammenarbeit zwischen dem Sport und den Kirchen könnten so z. B. Gemeindesäle genutzt und zwischen beiden Institutionen neue Möglichkeiten der Begegnungen und der Zusammenarbeit gefördert werden.

Die Förderung des Ehrenamtes und die Freude am Sport und Wettkampf sollen auch dadurch gefördert werden, dass, wo

immer möglich, die Arbeit der Ehrenamtlichen unterstützt und nicht unnötig behindert wird.

Wir werden deshalb

- konsequent auf eine Entbürokratisierung bei der sportlichen Betätigung und dem Wettkampfgeschehen dringen
- darauf dringen, dass die Sportkreise der Vereine zu Serviceeinrichtungen ausgebaut werden können
- die Vereine dadurch unterstützen, dass wir die Plätze für Bewerber für ein freiwilliges soziales Jahr ausbauen
- das Landesprogramm „50 Plus – Erfahrung hat Zukunft“ auch für die Sportvereine nutzen und ihnen hauptamtliche Kräfte für ihre Arbeit zur Verfügung stellen.

### **Sport macht Schule**

Besondere Bedeutung für die Entwicklung des Sportes hat das Zusammenwirken von Schule und Sport.

Wir werden deshalb den Ausbau sogenannter sportbetonter Schulen in allen Landesteilen ausweiten.

Im Rahmen des weiteren Ausbaus der Ganztagsangebote laden wir die Sportvereine ein, sich an der Gestaltung der Nachmittagsangebote zu beteiligen. Durch intelligente Kooperation von Schulen und Vereinen kann so beiden Einrichtungen gedient und einer zeitlichen und inhaltlichen Überforderung der Schüler begegnet werden. Wir werden deshalb Modellprojekte fördern, um die Herausforderungen einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen auch zukünftig gemeinsam zu lösen.

### **Immer fair: Kein Platz für Doping**

Doping zerstört die Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Sports, täuscht Öffentlichkeit und Konkurrenz und gefährdet die Gesundheit der Sportler. Bei der Bekämpfung des Dopings unterstützen wir die Arbeitsteilung zwischen staatlichen und verbandlichen Einrichtungen im Sport, die darauf beruht, dass beide institutionellen Ebenen weiterhin in ihren jeweiligen Bereichen tätig werden. Gemeinsam mit dem Landessportbund, den Fachverbänden und den Vereinen werden wir engagiert gegen Doping im Sport arbeiten.

## **4. Vorsorgen. Helfen. Unterstützen.**

### ***Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz***

Prävention, Behandlung und Rehabilitation: Die drei Säulen jeder erfolgreichen Gesundheitspolitik sind uns gleichermaßen wichtig. Wir handeln in der Überzeugung, dass ein gut funktionierendes Gesundheitswesen nicht nur den Kranken



nutzt, sondern auch den Gesunden, da der Gesundheitsmarkt ein zukunftssträchtiger Wachstumsmarkt ist, der tausende von hessischen Arbeitsplätzen sichert und neue Arbeitsplätze schafft. Damit sich die Menschen auch in Zukunft auf ein leistungsfähiges und bezahlbares Gesundheitssystem verlassen können, hat die CDU Hessen in den vergangenen fünf Jahren hierfür Rahmenbedingungen geschaffen und Qualitätsstandards gesetzt.

## **Eigenverantwortung stärken. Gesünder leben.**

### ***Gesundheit braucht verlässliche Politik.***

Alle Bürger müssen unabhängig von Gesundheitszustand, Alter oder Einkommen Zugang zu den medizinisch notwendigen Behandlungsmaßnahmen in bestmöglicher Qualität erhalten. Dazu gehört die Freiheit, unter alternativen Angeboten auswählen zu dürfen. Lebensrettende und lebenserhaltende Notfallmaßnahmen müssen landesweit gewährleistet sein. Eine wohnortnahe Grundversorgung ist unerlässlich. Für spezielle Gesundheitsleistungen in hoher Qualität können aber auch längere Wege in Kauf genommen werden. Lange Wartezeiten auf Operationen, wie man sie in anderen europäischen Ländern kennt, sind nicht akzeptabel.

Wir werden

- dafür sorgen, dass in Hessen tragfähige Strukturen und Qualitätsstandards erhalten bleiben, die eine optimale und zeitgemäße Gesundheitsversorgung gewährleisten
- uns in den auf Bundesebene geführten Diskussionen zur Zukunft der Krankenhausfinanzierung dafür einsetzen, dass diejenigen Länder, die – wie Hessen – schon bisher erhebliche Investitionen erbracht haben, nicht benachteiligt werden
- uns im Rahmen unserer Zuständigkeit als Land ebenso wie gegenüber dem Bundesgesetzgeber dafür einsetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit aller Leistungserbringer im Gesundheitswesen gestärkt wird
- uns für PPP-Modelle im hessischen Krankenhausbereich stark machen
- das Netz von gerontopsychiatrischen Zentren mit Tagesklinik, ambulantem Dienst und Altenberatung weiter ausbauen
- im Hinblick auf die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung das hessische Geriatriekonzept mit seinem ganzheitlichen Ansatz weiterentwickeln

- einen Lehrstuhl für Geriatrie (Alterserkrankungen) schaffen und die Verankerung eines verpflichtenden Moduls „Geriatrie“ in der medizinischen und pflegerischen Ausbildung befördern
- die Vernetzung der Akteure in der Palliativversorgung und der Hospizbewegung auf der Grundlage der bisher gewonnenen Erfahrungen weiter vorantreiben
- an den Schulen Aktionen zur Aufklärung über AIDS und andere übertragbare Geschlechtskrankheiten durchführen
- um die Organspendebereitschaft in der hessischen Bevölkerung zu erhöhen, werden wir die Organspendekampagne „Ich bin dabei!“ fortführen; hinsichtlich der Absicherung des Risikos von Lebendspendern sehen wir Handlungsbedarf für eine bundesgesetzliche Regelung, die zügig geschaffen werden soll.

Eine wichtige Säule des Gesundheitswesens in Hessen ist der Landeswohlfahrtsverband (LWV). Er ist nicht nur Hessens größter Krankenhausträger und Träger von Wohn- und Pflegeheimen, heilpädagogischen Einrichtungen, Sonderschulen und sozialpädagogischen Zentren, sondern auch verantwortlich für eine Vielzahl anderer Leistungen für kranke, behinderte oder sozial benachteiligte Menschen.

Zugleich hat er - insbesondere auch in Nordhessen - erhebliche Bedeutung als Arbeitgeber. Entsprechend den sich wandelnden Bedürfnissen der Menschen und den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hat sich der LWV in den letzten Jahren mehr und mehr zu einem leistungsstarken sozialen Dienstleistungsunternehmen entwickelt.

Im Interesse der Menschen, die sich auf die vielfältigen Leistungen des LWV verlassen können, und im Interesse der Kommunen, die von einer wirtschaftlichen Leistungserbringung des LWV profitieren, werden wir diese Entwicklung auch in Zukunft begleiten, indem wir die Rahmenbedingungen für ein ebenso effizientes wie an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtetes Handeln des LWV sicherstellen.

### **Kontrolle ist gut. Information ist besser.**

#### ***Verbraucherschutz für mündige Bürger***

Entscheidend für ein gesundes Leben ist eine gesunde Ernährung. Dazu wollen wir zum einen durch effiziente Kontrollen sicherstellen, dass in Hessen nur gesundheitlich einwandfreie Lebensmittel in den Handel kommen. Zum anderen wollen wir dem Verbraucher alle Informationen an die Hand geben, die er für verantwortungsvolle Entscheidungen beim Lebensmittelkauf benötigt.

Wir werden daher

- Verbraucherschutzthemen in die Lehrpläne der Schulen ab der 7. Klasse integrieren, um bereits Jugendliche in ihrer Rolle als Konsumenten zu stärken - neben Ernährungsfragen sollen altersgerecht Themen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes behandelt werden, um junge Menschen frühzeitig in die Lage zu versetzen, mit ihrem Einkommen auszukommen und ihre Rechte und Pflichten als Marktteilnehmer kennenzulernen
- für die wachsende Konsumentengruppe der über Fünfzigjährigen spezielle Beratungsangebote für Ernährung, Gesundheitsschutz und Seniorendienstleistungen bereitzustellen
- von uns eingeführte Verbraucherfenster als Internetportal für Verbraucherinformationen weiter ausbauen dabei soll insbesondere in rechtlicher Hinsicht dem wachsenden Internethandel, auch mit ausländischen Marktteilnehmern, hohe Aufmerksamkeit gewidmet werden
- die Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Hessen und des Deutschen Hausfrauenbundes unterstützen
- in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben gemeinsam mit den Wirtschaftspartnern ein System der freiwilligen Selbstkontrolle einrichten, um die behördliche Lebensmittelüberwachung wirksam zu unterstützen
- den Personalbestand für Lebensmittelkontrollen gemeinsam mit den Verantwortlichen auf kommunaler Ebene sichern.

## **5. Kunst und Kultur**

Hessen ist ein Land mit einzigartigen Traditionen und kunsthistorischen Schätzen. Darüber hinaus gibt es eine lebendige zeitgenössische Kulturszene. Die CDU Hessen ist sich dieser wichtigen Werte bewusst, sie bewahrt und pflegt die kulturelle Vielfalt und entwickelt sie für die Zukunft nachhaltig fort.

Die Förderung von Kunst und Kultur in ihrer ganzen Breite ist uns auch deshalb wichtig, weil es sich hierbei um einen entscheidenden Standortfaktor handelt. Kunst und Kultur tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen bei: Die Kulturwirtschaft in Hessen stellt mit rund 120.000 Beschäftigten einen ähnlich bedeutenden Arbeitsmarktfaktor dar wie die Automobil- oder Chemiebranche. Sie erzielt einen Jahresumsatz von rund 19 Milliarden Euro; dies entspricht etwa fünf Prozent aller in Hessen erreichten Umsätze. Auch die vielfältigen Initiativen im Bereich der kultu-

rellen und wirtschaftlichen Filmförderung sichern und schaffen neue Arbeitsplätze in Hessen.

Ein fundiertes Angebot an kultureller Bildung ist gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil im sich verschärfenden Ringen der Standorte.

Kunst- und Kulturförderung findet gerade in den Kommunen statt.

Bibliotheken sind öffentliche Bildungseinrichtungen und damit zugleich Kooperationspartner von Schulen und Hochschulen, Orte lebenslangen Lernens und der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie Vermittler von Informationskompetenz. Sie sind Stätten der kulturellen Begegnung und der Kommunikation. Gleichzeitig sind Bibliotheken der wichtigste außerschulische Ort, um Lesekompetenz zu erwerben. Hier wird Kindern und Jugendlichen der Spaß am Lesen vermittelt und ihre Medienkompetenz gestärkt.

Wir wollen

- dass alle Bürger eine wohnortnahe Versorgung durch öffentliche Bibliotheken vorfinden, die sie mit aktuellen Medien ausstatten, und sie darüber hinaus auch einen Zugang zum Internet erhalten
- dazu beitragen, dass das Nord-Süd Gefälle bei der Ausstattung mit kommunalen Bibliotheken in Hessen schrittweise abgebaut wird.

Mit ihrer Initiative zur Einrichtung eines Fonds der Kulturregion Rhein-Main hat die CDU-geführte Landesregierung deutlich gemacht, wie wichtig ihr – auch finanziell – die kulturelle Vernetzung der Regionen ist. Wir befürworten darüber hinausgehend einen hessenweiten Förderfonds speziell für die Finanzierung von Kulturprojekten mit überregionaler oder sogar länderübergreifender Ausstrahlung.

Wir wollen

- die Jugend für Kultur in Hessen begeistern und beide möglichst frühzeitig unter Einbindung sämtlicher Schulformen zusammenbringen
- ein Kulturland Hessen 2020 initiieren, das auch der Identitätsstiftung dienen soll: Viele junge Menschen, die 2008 mit der Schule beginnen, legen 2020 ihr Abitur ab. Sie sowohl aktiv als auch als Interessierte und Förderer für die Kultur zu gewinnen, muss unser Ziel sein - wir werden deshalb unter anderem ein Kinder- und Jugendkulturjahr ausrufen

- Hessens äußerst vielfältige Geschichte präsentieren und zur Förderung des Verbundenheitsgefühls der Hessen das „Haus der hessischen Geschichte“ auf der Grundlage bestehender Konzepte (wie bspw. in Bayern) zu errichten; eine Anbindung an bestehende landeshistorische Einrichtungen erscheint sinnvoll
- die Einrichtung eines Lehrstuhls „Hessische Geschichte“ an der Philipps-Universität-Marburg
- die Vielfalt der Heimatmuseen weiter fördern und die örtlichen Initiativen bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen
- eine Initiative zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur auf den Weg bringen
- die kulturelle Erziehung im Vorschulalter stärker in den Vordergrund rücken, da wir kulturelle Güter und überliefertes Wissen bewahren und an kommende Generationen weitergeben wollen
- einen speziellen Förderfonds ausloben, dessen Mittel dann ausgeschüttet werden, wenn die jeweiligen Projekte über lokale Aktivitäten und Kooperationen hinausgehen
- das Kulturinvestitionsprogramm neu auflegen und ein zentrales archäologisches Funddepot einrichten.

## **6. Tourismus**

Hessen ist ein beliebtes Reiseland. Jede hessische Tourismusregion - vom Reinhardswald im Norden bis zum Odenwald im Süden – wartet dabei mit ihren eigenen Besonderheiten auf. Herrliche Naturlandschaften und touristisch attraktive Ziele charakterisieren Hessen in allen Regionen. Beispielhaft dafür sind der Rheingau als Teil des UNESCO-Weltkulturerbes Mittelrheintal das große Freilichtmuseum Hessenpark im Taunus und der neu geschaffene Nationalpark Kellerwald-Edersee.

Unter unserer Verantwortung hat sich der Tourismus in Hessen überaus positiv entwickelt. Rund 10,6 Millionen Gäste durften wir alleine im Jahr 2006 begrüßen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt Hessen bei der Zahl der Übernachtungen immerhin an fünfter Stelle. Der Tourismus bietet mit einem Umsatz von jährlich rund 4,8 Milliarden Euro die wirtschaftliche Grundlage für schätzungsweise 200.000 Arbeitsplätze. Wir haben für den Ausbau touristischer Infrastruktur im Zeitraum von 2000 bis 2006 rund 60 Millionen Euro investiert. Die Fördersumme löste ein Investitionsvolumen von mindestens 145 Millionen Euro aus.

Wir wissen allerdings, dass die Zukunftsfähigkeit der Tourismuswirtschaft davon abhängt, ob Trends rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden. Für den Erfolg ist es entscheidend, die Wünsche und Vorstellungen der Reisenden zu kennen. Die Angebote sind zum einen an den spezifischen Zielgruppen zu orientieren, zum anderen an den eigenen regionalen und spezifischen Potenzialen und Stärken auszurichten.

Deshalb wollen wir

- Hessen national wie international noch stärker als Tourismusland – insbesondere auch für den Städtetourismus – präsentieren und dabei durch Imagekampagnen wie die der Hessen-Agentur die eigenen Vorteile noch stärker herausstellen (Theater, Museen, Natur- und Nationalparks, Schlösser, Burgen und Baudenkmäler sowie Festspiele und bedeutende Ausstellungen)
- den Fahrradtourismus weiter ausbauen: Es ist in den letzten Jahren gelungen, viele attraktive Radwege auszubauen und neue Radrouten zu beschildern
- die weitere Errichtung von „Qualitätswanderwegen“ - diese Angebote entsprechen den Bedürfnissen eines erlebnisorientierten und anspruchsvollen Wanderpublikums
- die demografische Entwicklung als Chance begreifen: die ältere Generation gewinnt an Bedeutung. Zu erwarten ist daher, dass die Reiseintensität gerade für Inlandsreisen hoch bleiben wird - diese Entwicklung sehen wir als eine Herausforderung für das Reiseziel Hessen
- Hessen als Deutschlands „Bäderland“ weiter etablieren - hohe medizinische Kompetenz, kreative Ideen und die fantasievolle Umsetzung der Angebote sind die Quellen, an denen man neue Energien und Lebensfreude tankt
- die enge Kooperation der Akteure auf und zwischen allen Ebenen stärken. Dazu gehören das Land Hessen, die Hessen Agentur, der Hessische Tourismusverband mit seinen Mitgliedern, die Destinationen, die Orte und touristischen Arbeitsgemeinschaften sowie die touristischen Leistungsträger und die privaten Betriebe.

## VIII. Stark vor Ort

### 1. Kommunalpolitik vor neuen Herausforderungen

Unsere Kommunen tragen maßgeblich dazu bei, den Bürgern ein Gefühl von Heimat und Lebensqualität zu vermitteln. Daher ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung von herausragender Bedeutung. Sie festigt die Demokratie und eröffnet dem Bürger Chancen der Mitgestaltung.

### 2. Verlässlicher Partner der Kommunen

Die CDU ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir haben der kommunalen Familie ein besonderes Beteiligungsrecht im Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren eingeräumt, die kommunale Legislaturperiode verlängert, ein modernes und bürgernahes kommunales Wahlrecht geschaffen und die Kommunalverfassung in wesentlichen Bereichen moderner gestaltet. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass im Rahmen der Föderalismusreform das Konnexitätsprinzip auch auf Bundesebene eingeführt wird, damit der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ in jedem Bereich gilt. Mit der Kommunalisierung der unteren staatlichen Verwaltung bei den Landräten und Oberbürgermeistern wurde auf Wunsch der Kommunen eine der größten Verwaltungsreformen, die es in diesem Bereich je in Hessen gab, erfolgreich durchgeführt.

Insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel werden sich die Kommunen neuen Herausforderungen gegenüber sehen, die sie nicht alleine bewältigen können.

Wir werden daher insbesondere

- den Kommunen im Umgang mit dem demografischen Wandel unterstützend zur Seite stehen
- die Entlastung von bürokratischen Standards bei gleichzeitiger Stärkung der Verantwortung vor Ort vorantreiben, damit unsere Verwaltungen als moderne Dienstleistungsbetriebe für den Bürger gestärkt werden
- die bewährte hervorragende Ausbildung der Kommunalbediensteten in den Verwaltungsfachhochschulen sichern und weiterentwickeln.

### 3. Gemeinsamkeit macht stark

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass die interkommunale Zusammenarbeit immer mehr Bedeutung erlangt. Strukturschwache ländliche Gegenden, aus denen junge Mitbürger abwandern, werden mit diesem Instrument Synergieeffekte und Effizienzsteigerungen erzielen und den Folgen des demografischen Wandels entgegentreten können.

Die Kommunen müssen selbst entscheiden können, wie sie dem demografischen Wandel begegnen. Freiwilligkeit ist hier der Schlüssel zum Erfolg.

Wir werden

- gemeinsam mit den Spitzenverbänden ein Kompetenzzentrum als Anlaufstelle für interessierte Kommunen aufbauen - es soll dabei helfen, die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern, ohne dass Traditionen oder Identitäten verloren gehen
- interkommunale Zusammenarbeit und freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen unterstützend begleiten, wo dies gewünscht wird.

#### **4. Ballungsraum und Metropolregion Rhein-Main**

Das Rhein-Main-Gebiet zählt zu den wachstumsstärksten und wohlhabendsten Regionen der Europäischen Union. Der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist eine der bedeutendsten Verkehrsdrehscheiben in Europa und in einem Atemzug mit den Großräumen London, Paris oder Mailand zu nennen. Hier sind der größte Flughafen auf dem europäischen Festland, der verkehrsreichste Bahnhof und einer der größten Verkehrsverbünde Deutschlands beheimatet. Am Frankfurter Kreuz treffen sich die am stärksten befahrenen Autobahnen. Durch die direkte Anbindung an den Flughafen und den ICE-Bahnhof entstand der erste intermodale Verkehrsknoten in Europa. Mit dem Rhein steht der Schifffahrt die wichtigste Binnenwasserstraße Europas zur Verfügung.

Der Planungsverband als verfasstes Organ der Rhein-Main-Region arbeitet zum Wohle der in ihr lebenden Bürger, denn viel zu selten begreift sich die Region als Einheit. Dabei gibt es gute Gründe für ein stärkeres regionales Selbstbewusstsein. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass der Wettbewerb sich zunehmend zwischen Regionen und weniger zwischen Ländern abspielt. Der Planungsverband stellt die erforderliche einheitliche planerische Entwicklung im Ballungsraumgebiet Rhein-Main sicher. Durch den regionalen Flächennutzungsplan des gesamten Gebietes wird zudem die planerische und städtebauliche Entwicklung der Region einheitlich dokumentiert.

Mit der Verlängerung des Ballungsraumgesetzes haben wir in vorbildlicher Art und Weise den Spagat bewältigt, einerseits den Kommunen die größtmögliche Eigenverantwortung und Freiheit bei der Frage der interkommunalen Zusammenarbeit zu belassen, andererseits jedoch auch der Landesregierung die Möglichkeit zu eröffnen, im Interesse einer regi-



onalen und überregionalen Förderung des Ballungsraumes lenkend einzugreifen.

Mit dem Rat der Region haben wir die Voraussetzungen zur Förderung und Sicherung einer geordneten Entwicklung der Region und zur Kreierung eines gemeinsamen Erscheinungsbildes geschaffen. Wir werden die Ergebnisse der Arbeit dieses Gremiums unter Einbeziehung der beteiligten Kommunen einer kritischen Überprüfung unterziehen und dafür sorgen, dass die Vorteile einer intensiven Zusammenarbeit innerhalb des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main zukünftig noch stärker genutzt werden.

## **5. Kommunalfinanzen auf sicherer Grundlage**

Der kommunale Finanzausgleich ist ein zentraler Baustein, um in allen Städten und Gemeinden des Landes Hessen unabhängig von ihrer Finanzkraft für die Bürger gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten zu können. Dies gilt in besonderer Weise für die Schaffung und Vorhaltung gleichwertiger Angebote für die Kinderbetreuung und -erziehung. Gerade in diesem Bereich müssen in allen Kommunen gleich gute Lebenschancen für Kinder und junge Familien unter Berücksichtigung sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen erreicht werden.

Wir werden den kommunalen Finanzausgleich als zentralen Baustein kommunaler Selbstverwaltung zukunftsorientiert weiterentwickeln. Wir werden dazu eine Strukturreform im Kommunalen Finanzausgleich durchführen, die neben der Einwohnerzahl und der Finanzstärke auch zentralörtliche Funktionen berücksichtigt.

Wir wollen insbesondere

- unverschuldete Strukturdefizite weiterhin ausgleichen
- den Finanzausgleich vorrangig durch Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Eigenverantwortung ausgestalten
- dadurch Anreize zur Ausschöpfung eigener kommunaler Einnahmemöglichkeiten und zu Einsparungsmöglichkeiten bieten
- Zweckgebundene Zuweisungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung auch künftig zugunsten der zweckfreien Zuweisungen zurückführen - insofern ist restriktiv mit sogenannten „kleinen Töpfen“ umzugehen - sie sind zudem in der Regel zeitlich zu befristen

- den kommunalen Finanzausgleich als Instrument zur Förderung interkommunaler Zusammenarbeit weiterentwickeln. Hier sehen wir für den ländlichen Raum eine besondere Chance, die notwendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

# **IX. Starkes Hessen in Europa**

## **1. Herausforderungen für Europa im 21. Jahrhundert**

Die Europäische Union steht im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen: zunehmende Globalisierung, Integration der neuen Mitgliedstaaten, Notwendigkeit der inneren Reform, ein Europa der Bürger, internationaler Terrorismus, außen- und sicherheitspolitischen Erfordernisse, Energiesicherung und Wiederbelebung der Begeisterung für Europa.

## **2. Hessen – mitten in Europa**

Hessen liegt im Herzen Deutschlands und Europas – seit dem 1. Januar 2007 befindet sich der geografische Mittelpunkt der Europäischen Union in Meerholz bei Gelnhausen. Unser Land bietet seinen sechs Millionen Einwohnern eine Heimat mit reichem Brauchtum und langer geschichtlicher Tradition. Unser Heimatgefühl in Hessen, unsere Vaterlandsliebe zu Deutschland und unsere gemeinsame Zukunft in Europa ergänzen einander.

In der europäischen Schicksals- und Wertegemeinschaft wollen wir Hessen mit Selbstbewusstsein unseren Beitrag zum Gelingen der Zukunft Europas leisten. Wir wollen ein bürgernahes Europa und suchen Partner und Freunde in allen EU-Mitgliedstaaten für gemeinsame Projekte. Unsere Partnerregionen in der EU - Emilia-Romagna, Aquitaine und Wielkopolska - spielen dabei eine sehr wichtige Rolle.

Wir werden uns auch weiterhin nachdrücklich für die Gleichbehandlung der deutschen Sprache gegenüber dem Englischen und Französischen einsetzen. Mit mehr als 90 Millionen Muttersprachlern rangiert Deutsch in der Europäischen Union mit großem Vorsprung an erster Stelle – vor Französisch und Englisch. Dem muss auch die EU in stärkerem Maße Rechnung tragen.

## **3. Ein durch die Regionen geprägtes Europa**

Europa ist durch einen langen geschichtlichen Einigungsprozess der Nationalstaaten entstanden und lebt durch diese Vielfalt in der Einheit. Seine Vielgestaltigkeit, die Buntheit und Unterschiedlichkeit ist die große Stärke unseres Kontinents. Die CDU Hessen wird Gleichmacherei, Vereinheitlichung und Nivellierung in der Europäischen Union entgegengetreten und alles dafür tun, dass Europa weiterhin sehr viele verschiedene Gesichter, Farben und Prägungen hat. Unser Leitbild bleibt das Europa der Regionen. Kommunen, Vereine und Verbände müssen ermutigt und unterstützt werden, Partnerschaften in der EU einzugehen, damit Bürger

unterschiedliche Kulturen, Brauchtum und Lebensart erleben und gegenseitig schätzen lernen.

Die partnerschaftlichen Verbindungen Hessens stärken den Zusammenhalt und damit das höchste Gut der Europäischen Idee: den Frieden. Wir werden die bewährte und gute Zusammenarbeit mit unseren Regionalpartnern in der EU fortführen und intensivieren. Zugleich wollen wir die Parlamentspartnerschaften des Hessischen Landtages mit regionalen und nationalen europäischen Parlamenten weiter ausbauen. Beides sind wichtige Instrumente um auf regionaler Ebene Menschen näher zueinander zu bringen und regionale Interessen auf europäischer Ebene stärker zu vertreten.

Daneben bedeutet interregionale Zusammenarbeit in Europa immer stärker auch, dass wir für unsere Projekte frühzeitig strategische Partner außerhalb Deutschlands suchen müssen. Das Land Hessen hat hier mehrere Ansatzpunkte: den Ausschuss der Regionen (AdR), unsere Regionalpartnerschaften und darüber hinaus eine Vielzahl direkter bilateraler Kontakte innerhalb Europas.

#### **4. Vertiefung vor Erweiterung**

Die Europäische Union hat eine große Anziehungskraft auf ihre europäischen Nachbarn. Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 und der jüngsten Erweiterung um Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 hat ein neues Kapitel in der Geschichte der Europäischen Union begonnen. Die bisherigen Erweiterungsrounden haben die politische Stabilität in Europa erheblich ausgeweitet. Bevor mit weiteren Ländern Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, müssen die Erfahrungen mit den letzten Erweiterungen ausgewertet werden. Die CDU Hessen spricht sich entschieden dafür aus, nur beitriffsreife Länder in die Europäische Union aufzunehmen und bei allen Diskussionen über zukünftige Beitritte in die EU die Aufnahmefähigkeit der Union als zusätzliches entscheidendes Kriterium zu berücksichtigen. Ohne einen Verfassungsvertrag kann es keine erneute Erweiterung der Europäischen Union geben: Vertiefung geht vor Erweiterung.

Dabei verkennen wir nicht, dass die europäische Perspektive wichtig für den Reformprozess der Staaten des westlichen Balkans und Osteuropas ist und bleibt. Die CDU Hessen sieht zu diesem Zweck in Assoziierungsverträgen und Partnerschaften wichtige Zwischenschritte oder auch dauerhafte Lösungen. Eine differenziert angelegte Europäische Nachbarschaftspolitik spielt aus unserer Sicht eine entscheidende Rolle. Die CDU Hessen unterstützt mit Nachdruck vertiefte Beziehungen und eine privilegierte Partnerschaft mit der

Türkei. Wir wollen eine europäische Orientierung der Türkei nachdrücklich fördern. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union lehnen wir allerdings ab, weil sie die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union überfordern würde.

## **5. Wir brauchen die innere Reform der EU**

Das Europa der 27 muss stärker und fester werden, damit die Bürger es auch in Zukunft akzeptieren. Grundvoraussetzung dafür sind Handlungsfähigkeit, Transparenz und Bürgernähe. Eine Reform der EU ist daher unerlässlich. Die CDU Hessen steht deshalb zum Europäischen Verfassungsvertrag. Er garantiert die Grundrechte für alle EU-Bürger und ist Voraussetzung für die Verbesserung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die im Vertrag festgelegten institutionellen Reformen stärken die gemeinsame demokratische Entscheidungsfindung und die Handlungsfähigkeit der 27 Mitgliedsstaaten durch klare Kompetenzabgrenzungen. Die CDU Hessen tritt für die Aufnahme eines Gottesbezuges in den europäischen Grundlagenvertrag ein.

Gegen die latente Gefahr einer ausufernden Bürokratie in Brüssel setzen wir zusätzlich auf die Einführung des Prinzips der Diskontinuität bei Gesetzgebungsvorhaben sowie auf die generelle Befristung von Richtlinien und Verordnungen. Damit haben wir in Hessen seit Jahren gute Erfahrungen gesammelt.

So wird sich eine CDU-geführte Hessische Landesregierung dafür einsetzen,

- dass die Rolle der nationalen Parlamente durch die Anwendung des Subsidiaritäts-Frühwarnsystems spürbar stärker wird, denn nicht jedes Problem in Europa ist auch eine Aufgabe, der sich die Europäische Union widmen muss
- dass die Zuständigkeiten zwischen Europäischer Union und den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen klarer abgegrenzt werden
- dass Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit europäischer Regelungen hinterfragt werden - grundsätzlich müssen Richtlinien und Verordnungen der EU besser auf ihre Notwendigkeit und ihre Folgen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung geprüft werden
- dass eine Debatte über die Rückübertragung einzelner Kompetenzen von der Europäischen Gemeinschaft zu den Mitgliedstaaten geführt wird

- dass der Vorschlag zur Einrichtung eines unabhängigen „Europäischen Kompetenzgerichtshofes“ sorgsam geprüft wird
- dass EU-Regelungen künftig nur noch 1:1 umgesetzt werden.

## **6. Hessen gestaltet Europa – mit Ideen und Initiative**

Um der Bedeutung Hessens als wichtigem Land in Deutschland und Europa gerecht zu werden, wird sich die CDU Hessen auch zukünftig für eine effiziente Europakoordinierung in der Hessischen Staatskanzlei und starke Landesvertretungen in Berlin und Brüssel einsetzen.

Die Landesvertretung in Brüssel wird dabei weiter an Bedeutung gewinnen. Sie ist der hessische „Brückenkopf“ in Brüssel und zugleich eine Plattform für hessische Unternehmen und Kommunen. Mit ihren Veranstaltungen erreicht sie tausende Menschen – darunter Kommissionsvertreter, Parlamentarier, Kabinettsmitglieder, Journalisten und Unternehmer.

Wir wollen,

- dass Hessen noch mehr Gewicht in Brüssel bekommt und unsere Landesvertretung als Knotenpunkt im hessischen Europanetz weiter gestärkt wird
- dass die Spielräume für die hessische Politik im rechtlichen und politischen Rahmen Europas größer werden
- dass die Durchsetzungskraft hessischer Politik in den EU-Institutionen noch besser wird.



# Impressum

## Herausgeber

**CDU HESSEN**

Frankfurter Straße 6

65189 Wiesbaden

Tel. 0611.1665 – 0

info@cduhessen.de

www.cduhessen.de

## Verantwortlich

Michael Boddenberg MdL

Generalsekretär der CDU Hessen









[www.cduhessen.de](http://www.cduhessen.de)

**Herausgeber:**

**CDU Hessen, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden**